

Sand im Getriebe 148

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

E-Mail: sig@attac.de

Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden



Inhaltsverzeichnis

Menschenrechte3	Frieden24
Meinungsfreiheit.....7	<u>Jeffrey Sachs, Romano Prodi et al.</u> :
Klima8	Schritte für einen gerechten und dauerhaften
<u>89 Organisationen (u.a. Europäisches Attac</u>	Friedens in der Ukraine.....24
<u>Netzwerk): Schluss mit der Finanzierung der</u>	Internationaler Appell für einen Waffenstillstand
Klimakatastrophe!8	in der Ukraine über Weihnachten.....27
Profite der Konzerne.....9	Krieg in der Ukraine – Was jetzt?.....27
<u>Urgewald: NGOs enthüllen die Verantwortli-</u>	Begehrlichkeiten gegenüber der Ukraine.....28
<u>chen hinter der Expansion fossiler Brennstoffe</u>	867 US-Militärbasen weltweit.....30
in Afrika.....10	Glänzende Waffendeals.....31
<u>Roland Kulke: Das 1,5-Grad-Ziel ist tot –</u>	<u>Walter Baier: Wir brauchen ein europäisches</u>
Hoffnung kann nur von der globalen Klima-	Sicherheitssystem.....31
gerechtigkeitsbewegung kommen.....13	KURDEN kämpfen um ihre Selbstbestimmung...32
<u>Ingeborg Schellmann: Der Klimawandel,</u>	<u>Dastan Jasim und Pedram Zarei (Medico):</u>
aus dem All gesehen.....14	Kurdistan - Angriff zweier Großmächte.....32
Gute Nachrichten.....15	„Frankfurter Appell“:
Weder Atom noch Kohle noch Öl noch Gas...16	Stopp der Angriffe auf Rojava.....34
Ja zu regenerativen Energien – aber nicht so...18	Erklärungen, Aktionen und Analysen.....34
Europa19	Iran: Massenproteste und äußere Bedrohungen ...35
Europäisches Sozialforum in Florenz:	Palästina36
„Der Beginn eines gemeinsamen Weges“.....19	<u>Norman Paech: Bericht der UN-Sonderbericht-</u>
Politische und soziale Situation in Europa.....19	erstatteurin Francesca Albanese zur „Situation
<u>Komitee für Grundrechte und Demokratie:</u>	der Menschenrechte in den palästinensischen
Menschenrechte im Krisenmodus.....20	besetzten Gebieten seit 1967“36
Grundenergiebedarf sozial und ökologisch	<u>Norman Paech: Bericht der „Internationalen</u>
decken!.....21	Untersuchungskommission der besetzten
Gutes Leben für alle statt Überfluss für wenige 22	palästinensischen Gebiete einschließlich
<u>NaturFreunde Deutschlands: CETA-Ratifizierung:</u>	Ost-Jerusalem und Israel“38
Ein schwarzer Tag für Klima und Umwelt.....23	Auftakt zum NAKBA-Gedenkjahr.....39
<u>Attac Österreich: EU-Kommission will Österreichs</u>	#KeinHandel Mit Siedlungen.....40
Veto bei EU-Mercosur aushebeln.....23	Einblicke.....40

Vorwort

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) vom 10. Dezember 1948 beginnt mit der Feststellung, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“.

28 Jahre später trat der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ in Kraft, dessen Grundsätze in der Erkenntnis formuliert wurden, „dass nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie seine bürgerlichen und politischen Rechte genießen kann“.

Weltweit ringen Menschen um die Schaffung von Verhältnissen, die „Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ gewährleisten könnten. Auch in Europa sind die „Menschenrechte im Krisenmodus“ und in jedem Land wehren sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen.

Angesichts der zunehmenden Klimakrise sind die Ergebnisse der COP27 sehr bescheiden. Energiekonzerne haben eine „gute“ Lobbyarbeit geleistet, freuen sich über enorme Profite und intensivieren ihre Raubzüge insbesondere in Afrika. Der Ausstieg aus Kohle, Öl, Gas muss forciert werden – „Lützerath bleibt!“ –, aber weder mit Atomenergie noch mit einem einfachen Ersetzen der fossilen durch eine regenerative Energie.

Bezogen auf die Ukraine obläge es den Regierungen, „die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern“ (AEMR) und einen Friedensplan zu entwickeln, dessen erster Schritt ein Waffenstillstand wäre.

Billige Arbeitskräfte, fruchtbarer Boden, Bodenschätze der Ukraine: Das weckt Begehrlichkeiten. Kurden kämpfen um ihre Selbstbestimmung, in Iran dauern die Massenproteste an, dies überschattet von erneuten Angriffsdrohungen seitens der USA und Israel. Norman Paech berichtet über die „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967“.

Foto: <https://act.globaljustice.org.uk/tell-big-polluters-pay-their-climate-damage>

2

Newsletter und Magazine aus dem **Europäischen Attac-Netzwerk**:

Attac Belgien (**Wallonie**): Veröffentlichungen von lokalen Gruppen (u. a. „**Lignes d’Attac**“ von Attac Liège).

Attac Deutschland veröffentlicht vierteljährlich einen **Rundbrief**. Einzelne Debattenbeiträge findet man im **Blog**.

Attac Frankreich veröffentlicht vierteljährlich „**Lignes d’Attac**“.

Der wissenschaftliche Beirat von Attac Frankreich veröffentlicht den Newsletter „**Les possibles**“.

Global Justice Now (= Attac Großbritannien) veröffentlicht einen **Blog**.

Attac Italien bringt das Magazin „**Granello di sabbia**“ zwei- bis viermal im Jahr heraus.

Attac Österreich bringt halbjährlich ein „**Magazin**“ heraus.

Attac Schweiz veröffentlicht „**Angles d’Attac**“, zweisprachig.

Attac Spanien hat einen **Newsletter**, Artikel vom **wissenschaftlichen Beirat** und **Links** zu alternativen Seiten.

Website der Attac-Gruppe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens.

Weitere Attac-Verbände: u. a. **Attac Québec**, Newsletter „**L’aguillon**“; Attac Marokko (**Arabisch, Englisch, Französisch**).

Das **SiG-Dossier** „**Leben in Zeiten des Corona-Virus**“ – **Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weitergeführt. Die **Werkstatt für SiG148** enthält ergänzende Artikel.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Coordintrad! Coordintrad braucht noch Unterstützung! www.coordintrad.attac.org

E-Mail: sig@attac.de – Der Rundbrief kann abonniert werden: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto).

Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Redaktion dieser Nummer: Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Attac Deutschland). Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Menschenrechte

Zusammenstellung der Dokumente und Kommentare von Martina Jäger

1. Grundlegende Texte

1.1. Die Charta der Vereinten Nationen

(UN-Charta) <https://unric.org/de/charta>

ist der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen (United Nations). Ihre universellen Ziele und Grundsätze bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft, zu der sich inzwischen 193 Mitgliedstaaten bekennen.

Sie wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco am Ende der Konferenz der Vereinten Nationen für internationale Organisation unterzeichnet und trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Das Statut des Internationalen Gerichtshofs ist ein wesentlicher Bestandteil der Charta.

Präambel - „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,

- künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,
 - unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,
 - Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,
 - den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,
- und für diese Zwecke
- Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,
 - unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,
 - Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und
 - internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern –

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken. [...]“

1.2. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948

Text: <https://www.ohchr.org/en/human-rights/universal-declaration/translations/german-deutsch>

1.3. Die verschiedenen Kategorien der Menschenrechte

1. die bürgerlichen und politischen Rechte (auch Freiheitsrechte genannt),
2. die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (auch Sozialrechte genannt) und
3. die kollektiven Rechte.



Quellen:

<https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/>
<https://www.ohchr.org/en/what-are-human-rights>

1.4. Von der AEMR (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) zu den UNO-Pakten von 1966

Mit der im Dezember 1948 erfolgten Verabschiedung der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» setzte die Generalversammlung der UNO den Grundstein für einen universellen Menschenrechtsstandard.

Es dauerte jedoch noch fast zwanzig Jahre bis zu den ersten völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtskonventionen auf universeller Ebene. 1966 verabschiedete die UNO-Generalversammlung die beiden Menschenrechtspakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bzw. über bürgerliche und politische Rechte. Zusammen mit der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» bilden diese beiden Menschenrechtspakte die «Internationale Charta der Menschenrechte», die durch eine Vielzahl spezieller Konventionen – die entweder ein einzelnes Menschenrecht weiter konkretisieren oder die Rechtsstellung bestimmter, besonderen Risiken ausgesetzter Personengruppen schützen – sowie von Deklarationen und Verfahren auf UNO-Ebene ergänzt werden.

Alle UNO-Menschenrechts-Abkommen auf der Seite des Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights: [englisch](#).

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 (Inkrafttreten: 3. Januar 1976) - [Text](#)

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 (Inkrafttreten: 23. März 1976) – [Text](#)

Walden Bello: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin (2006), in SiG 49

2. Menschenrechte und der Frieden im Spiegel der Realität

2.1. Friedensnobelpreis

2.1.1. Alfred Nobel und Bertha von Suttner

In einem historisch aufschlussreichen Artikel über den schwedischen Erfinder und Chemiker Alfred Nobel, veröffentlicht in [Planet-Wissen](#), wird u.a. über die wissenschaftlichen und persönlichen Ambitionen und des gesellschaftlich privilegierten und gebildeten Alfred Nobel geschrieben. Er wertschätzte das Engagement der österreichischen Pazifistin Bertha von Suttner, die ihn zum Friedensnobelpreis inspirierte. Suttner trat beispielsweise für die Abrüstung aller Nationen und eine friedfertige Beilegung von internationalen Streitigkeiten ein. Diese Ideen sind seit 1945 in der Charta der Vereinten Nationen und im Statut des Internationalen Gerichtshofes aufgegriffen und beschrieben worden. 1905 erhielt von Suttner selbst als erste Frau den Friedensnobelpreis. Nach ihr wurde auch eine Stiftung der DFG-VK benannt ([Biographie](#) von Bertha von Suttner)

2.1.2. Friedensnobelpreis oder Nobelpreis für Menschenrechte? Eine Widmung von Prof. Dr. Sabine Schiffer an den kürzlich verstorbenen und engagierten Erlanger Pazifisten Manfred Diebold greift u.a. die Entwicklung des Friedensnobelpreises auf und geht auf gesellschaftsrelevante, friedenssichernde und kritische Aspekte ein. Auf die Hintergründe zur Preis-Vergabe an verschiedene FriedensnobelpreisträgerInnen, möchte ich hinweisen. Das Testament Alfred Nobels fordere zur besonderen Anstrengung gegen militärische Auseinandersetzungen auf und trete ein für die "Verbrüderung der Völker" als grundlegendes Maß für den Zuspruch des Friedensnobelpreis. Die Überwindung des Freund-Feind-Denkens sei wichtig. Der Friedenspreis-Kontext der Geopolitik wird differenziert und informativ beschrieben. In einer Textpassage um den "humanitären" Friedensnobelpreis weist Schiffer auf die besondere Bedeu-

tung hin, dass humanitären Fragen im komplexen globalen Kontext betrachtet werden müssen. Es gehe ihr nicht mehr (nur) um den Friedensnobelpreis, sondern um eine friedliche Welt. ([Heise.de](#))

Prof. Dr. Sabine Schiffer erinnert an noch ausstehende Auszeichnungen an Frauen und nennt Beispiele, wie u.a. Code Pink <https://www.codepink.org>.

Abschließendes Zitat von Schiffer: „Davon, den globalen Frieden mit der Natur, in dem sich niemand mehr auf Kosten von anderen bereichert und die Hierarchien, die das verhindern, abgebaut werden, sind allerdings die bisherigen Preisentscheidungen noch weit entfernt.“

Anmerkung - mj

Eine zunehmend stattfindende Instrumentalisierung des Friedensnobelpreises in Richtung „den westlichen Werten Vorrang geben“ und dabei die Völkerverständigung zu vernachlässigen, entwickelt eine zwischenstaatliche Gegnerschaft und ist nicht im Sinne Nobels. Eine Verbindung zu schaffen zwischen friedensstiftendem Engagement, Friedensgebot, Sozial- und Freiheitsrechten, schließt die Menschenrechtsfrage und Kritik an Menschenrechtsverletzungen nicht aus. Frieden und das Recht auf Leben ist die Grundlage für die Entwicklung der Menschenrechte.

Eine Friedensnobelpreis-Vergabe könnte auch gehen an: **Julian Assange**, dessen Familie zur Zeit mit dem Dokumentarfilm „Ithaka - a father. a family. a fight for justice“ <https://ithaka.movie> in Deutschland unterwegs ist.

VertreterInnen der russischen, ukrainischen und belarussischen Friedensbewegungen, die u.a. für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und Desertation stehen und die auch verfolgt werden. ([SiG 147](#))

2.2. Wie steht es mit dem Friedensgebot im Bundesdeutschen Grundgesetz und im Vertrag über die Europäische Union?

2.2.1. Deutschland: Friedensgebot in Zeiten des Krieges

Aus dem [Artikel](#) von **Hermann Theisen**, *ZivilCourage* (DFG-VK) 3/2022:

„Die in Artikeln 1 und 2 der Charta verankerten Grundprinzipien des Völkerrechts sind für die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen nicht nur aufgrund ihrer Ratifizierung der Charta verbindlich, sie sind auch anerkannte Normen des Völkergewohnheitsrechts.

Die wesentlichen Grundgesetznormen, die das Friedensgebot zum Gegenstand haben, sind die Präambel sowie Art. 1 und 26 Grundgesetz (GG). Mit Art. 25 GG finden die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, in denen sich das Friedensgebot vor allem im Gewaltverbot und der Pflicht zur friedlichen Zusammenarbeit manifestieren, in der deutschen Rechtsordnung unmittelbare Anwendung. Als wichtigste allgemeine Regel des Völkerrechts im Sinne des Art. 25 GG und als damit wesentlicher Bestandteil des Friedensgebots gilt das umfassende Verbot der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zwischen Staaten. Die zentrale Aussage zur Friedenswahrung enthält die Präambel des Grundge-

setzes mit der Rechtspflicht, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

Das Grundgesetz erhebt damit das Friedensgebot zum Staatsziel und stellt in diesem Sinne einen verfassungsrechtlich determinierten Auftrag zur Friedenswahrung und Friedensgestaltung sowie eine Orientierung für die Auslegung der Bestimmungen des Grundgesetzes mit Friedensbezug dar. Daraus lässt sich die Verpflichtung einer an Gewaltfreiheit orientierten Handlungsmaxime für die Verfassungsorgane und die Bundesregierung ableiten. Ein Krieg geht seinem Wesen nach mit schwersten Menschenrechtsverletzungen einher und ist dennoch kein rechtsfreier Raum.

In außerordentlichen Ausnahmesituationen, wie bewaffnete Konflikte sie darstellen, werden einzelne Menschenrechte als derart fundamental betrachtet, dass sie nicht gegenüber anderen Erfordernissen geopfert werden dürfen. So sind in Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention u. a. das Recht auf Leben und das Verbot der Folter als notstandsfest erklärt worden und haben somit stets Vorrang vor politisch-militärischen Zwecken jeglicher Couleur.

2.2.2. Martin Singe, Pax Christi : 70 Jahre Grundgesetz - Zur Geschichte des Verrats am Friedensgebot -

veröffentlicht am 23.05.2019 ([Grundrechte-Komitee](#)):

Martin Singe fasst seine Argumente zusammen:

Das Friedensgebot ist am Ende. Die Entwicklung der grundgesetzlichen Bestimmungen zu Friedensfragen durch Praxis und Rechtsprechung in den zurückliegenden 70 Jahren des Bestandes des Grundgesetzes ist gekennzeichnet durch eine immer radikalere Abkehr von den Ursprüngen der Verfassung von 1949. Auch wenn in seltenen einzelnen Urteilen höchster Gerichte die Friedensmahnung des Grundgesetzes noch zu lodern scheint (z.B. das Urteil des BVerfG zum Luftsicherheitsgesetz oder vor kurzem das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Verantwortung der Bundesregierung für den US-Drohnenkrieg, der von Ramstein ausgeht), stützt der Gesamttrend der Rechtsprechung die Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik. Die Führung von Kriegen gehört wieder zu einer „normalen“ Möglichkeit von Regierungsentscheidungen beim „Wahrnehmen von weltweiter Verantwortung“. Grundgesetz und Völkerrecht wurden dahingehend verboten und zurechtgeschnitten. Gemäß einem Buchtitel von Wolfram Wette und Helmut Kramer gilt: „Recht ist, was den Waffen nützt.“

Weiterer Literaturhinweis von Dieter Deiseroth, Das Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta in: [FriedensForum](#) 2/2010

2.2.3. Volkert Ohm, Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied von IALANA Deutschland Bremen:

Das Friedensgebot im EU-Vertrag, 20.03.2019

Die gesamte Schrift ist zu lesen unter [ialana.de](#)

In seiner jetzigen Fassung - auch „**konsolidierte Fassung**“ genannt - enthält der Vertrag über die Europäische Union (EUV) in Titel V Bestimmungen über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP Art. 22 ff. EUV) wurde als Politikbereich bereits mit dem Vertrag von Maastricht 1993 eingerichtet. Sie wird geleitet durch die in Art. J.1 Abs.2 genannten Ziele, enthält also ein Friedensgebot, das mit dem im Grundgesetz als Staatsziel enthaltenen Friedensgebot zu vergleichen ist. Die Bedeutung und Wirkung dieses Friedensgebotes wurde im Vertrag von Lissabon im Hinblick auf die Eingliederung der Verteidigungspolitik (GSVP) noch einmal wesentlich verstärkt. [...] Art. 21 Abs. 1 und 2 EUV: „(1) Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten [...]: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität

sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. [...]“

(*Volkert Ohm zitiert Bestimmungen zum Friedensgebot auch aus den Art. 3 Abs5, Art. 8 Abs 1, Art.4 Abs.3, Art. 32*) Das im GG verankerte Friedensgebot wird in juristischen Diskussionen ebenso wie in der politischen Umsetzung geschwächt und an den Rand gedrängt, und zwar durch die ideologische Unterstellung, dass Hochrüstung im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich sei und gleichzeitig – wegen der damit bewirkten Abschreckung - auch der Friedenssicherung diene.

Dem im EUV enthaltenen Friedensgebot droht trotz des beschriebenen gewichtigeren Stellenwertes das gleiche Schicksal. Das zeigen die seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten betriebenen Rüstungsprojekte, die militärischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten im Zuge der Ukraine-Krise, die Rüstungsexporte in Drittländer und alle darum im EU-Parlament und den nationalen Parlamenten geführten Debatten. [...] Die enge Verknüpfung der GSVP mit der NATO-Politik ergibt sich aus Art. 42 Abs. 2 und 7 EUV.

Art. 42 Abs. 2 lautet: „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat. [...] Die Politik der Union nach diesem Abschnitt berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

und Art. 42 Abs. 7 S.3: „Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen, die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist.“

Durch diese Vereinbarungen wird praktisch der gesamten NATO-Strategie der Vorrang vor den Zielen und Geboten des EUV eingeräumt [...] . Das ist ein im Völkerrecht ziemlich einmaliges, absurdes Konstrukt.

Die [SiG-Broschüre](#) „**Die europäischen Attacs sagen "Nein" zum EU-Reformvertrag**“ (2008) enthält Kritiken an der Militarisierung der EU (Seite 3, 6 und 30ff) und alternative Vorschläge vom Europäischen Attac Netzwerk: „**10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag**“ (Punkt 10 „Friedenspflicht und Solidarität“, S. 17)

2.3. Erhard Crome: Zu den Auswirkungen der Vorstellungen von einer „systemischen Konkurrenz“ auf die zwischenstaatlichen Beziehungen, 22.11.2022

Erhard Crome war für die öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Systemischer Wettbewerb – Menschenrechte als integraler Bestandteil der Weltordnung“ nominiertes Sachverständiger der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Textauszug – Fazit aus dem [Gutachten von Crome](#): Wenn nun die Frage steht, wie sich partikularistische Ansätze der Außenpolitik – feministisch, wertebasiert, regelbasiert – im Verhältnis zu universellen und inklusiven Herangehensweisen des Multilateralismus stellen, so fördern sie

nicht den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der Welt, sondern eher Konstellationen, die eine neue Blockkonfrontation herbeiführen und verhärten. Das schadet den außenpolitischen Interessen Deutschlands, dem Wohlergehen und der friedlichen Perspektive seiner Bürgerinnen und Bürger, der hier lebenden Menschen.

Die Vorstellung, man könne China oder andere Staaten in den einen Konstellationen mit Boykott, Sanktionen und Druckpolitik überziehen und sie wären an anderer Stelle willfähriger Partner der Zusammenarbeit, ist völlig absurd, im Grunde unpolitisch. Eine Außenpolitik, die intellektuell und strategisch von falschen Voraussetzungen ausgeht, kann

den Interessen des Landes und seiner Bewohner nicht gerecht werden.

Dazu gehört dringend, ein konsistentes Konzept der Vertretung menschenrechtlicher Positionen umzusetzen, die einheitlich erfolgt. Menschenrechte als Druckmittel gegen Länder wie China zu benutzen, während man zu schlimmen Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien und Katar zurückhaltend ist, bleibt am Ende instrumentell und unglaubwürdig. Friedenspolitik bedarf der Fähigkeit zu friedlicher Koexistenz. Die wiederum fußt auf dem Vermögen, andere Gesellschaften als andere zu akzeptieren.“

2.4. Kritik am Friedenspreis des Buchhandels 2022

Der diesjährige [Friedenspreis des Deutschen Buchhandels](#) ging an den ukrainischen Dichter Serhij Zhadan.

Franz Alt, 25.10.2022 [TAZ, Gastkommentar](#)

Sind wir tatsächlich so weit gekommen, dass ein Völkerhasser den renommierten Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen muss? In seinem Buch „Himmel über Charkiw“ bezeichnet der ukrainische Dichter Serhij Zhadan die Russen als „Horde“, „Verbrecher“, „Tiere“, „Unrat“. Und es geht weiter: „Die Russen sind Barbaren, sie sind gekommen, um unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Bildung zu vernichten.“ Der Friedenspreisträger schreibt: „Brennt in der Hölle, ihr Schweine.“

Man mag seinen Augen und seinem Verstand nicht trauen, wenn man das liest. Hat uns unsere Solidarität mit dem von Putin überfallenen ukrainischen Volk moralisch blind gemacht? Ein Friedenspreis für Unmenschlichkeit? Ein Friedenspreis für einen Dichter, der nicht zwischen einem Kriegsverbrecher Putin und dem russischen Volk unterscheiden kann? Müssten nicht gerade Dichter, Schriftsteller,

Journalisten aus Verantwortung für ihren Beruf diese Unterscheidung kennen und benennen?

Was für ein Dichter ist das, der das gemeinsame Menschliche aller Menschen ganz offensichtlich vergessen, verdrängt und verloren hat. Hass im Krieg gegen den Aggressor ist verständlich. Aber muss ein Dichter dafür mit einem Friedenspreis geehrt werden? Alle früheren Preisträger sollten aus Protest ihren Preis zurückgeben. Zhadan schreibt, dass er seit dem 24. Februar eine Waffe bei sich trägt, und gibt zu: „Diese Erfahrung ist in unserer Welt leicht zu erwerben, aber danach schwer wieder loszuwerden.“

Ein bemerkenswertes und mutiges Stück Selbsterkenntnis. Aber dafür einen Friedenspreis, wenn er gleichzeitig alle Russen hasst? Dass der Börsenverein den Friedenspreis an einen Völkerhasser vergibt, ist ein Skandal. Die Zeit gibt den Preisverleihern recht. Der Skandal, so heißt es in dem Wochenblatt, sei weder der Dichter noch sein Buch. „Der Skandal ist der russische Überfall auf die Ukraine und das tägliche Töten. Die Literatur wehrt sich mit ihren Mitteln.“ Seit wann, so fragt man sich, ist Völkerhass eine Hilfe für den Frieden?

3. Antikriegs- und Sozialproteste gehören zusammen!

Zeitschrift „Frieden und Zukunft“, November- Dezember 2022: Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag [...], „Der Herbst dieses Jahres ist geprägt von wachsender Unruhe in der Bevölkerung wegen drastisch steigender Lebenshaltungskosten, die in erster Linie auf die Teuerung bei den Energiepreisen zurück zu führen ist. Letzteres hängt hauptsächlich mit dem Ukrainekrieg zusammen. Naheliegender ist auch deshalb die Forderung nach diplomatischen Aktivitäten, die zu einer Beendigung des Krieges am Verhandlungstisch führen.“ [...] Inhaltsangabe der Zeitschrift:

Milliardengrab Kampfjet F-35 • Militarisierung: Zeitenwende in den Köpfen • Wer profitiert von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik? • Kriegsdrehscheibe Deutschland • Sozialdemos: Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?

Grundrechtereport 2022

Der Grundrechtereport 2022 steht nach der Vielzahl von Umweltkatastrophen im Jahr 2021 schwerpunktmäßig einerseits im Zeichen des Klimaschutzes und beleuchtet hierbei unter anderem den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz sowie das unzureichende Verbandsklagerecht zum Klima und Umweltschutz.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Situation in Afghanistan nach dem chaotischen Abzug der Bundeswehr Mitte 2021. Im Fokus steht dabei die falsche Lagebewertung der Stabilität des Landes und die deutsche Abschiebepolitik der letzten Jahre.

Auch grundrechtliche Aspekte des Umgangs mit der Corona-Pandemie finden Eingang in den aktuellen Band, ebenso wie illegale Pushbacks seitens der polnischen Behörden an der Grenze zu Belarus. - *Viele weitere Themen [hier](#)*

Grundrechte-Report 2022 Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland



Herausgegeben von:
Benjamin Derin, Andreas Engelmann, Vera Fischer, Rolf Gössner,
Wiebke Judith, Hans-Jörg Kreowski, John Philipp Thurn,
Rosemarie Will, Michèle Winkler



Meinungsfreiheit

„Meinungsfreiheit ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.“
Hannah Arendt

Assange - Solidaritätsaktionen am 10. Dezember 2022

[Pressenza](#) - Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, versammelten sich an vielen Orten auf der Welt Menschen, um Julian Assange Gedanken der Zuneigung, der Dankbarkeit und der Nähe zu schicken. - Infos und Termine: <https://freeassange.eu> – [Interview mit Prof. Nils Melzer](#) (Uno-Sonderberichterstatter für Folter)

Digitalcourage

Türchen für Türchen zu mehr Privatsphäre – ein digitaler Adventskalender, der nicht Verlosungen oder Produktwerbungen anbietet, sondern wirklich nützliche Tipps, die jede und jeder sofort ausprobieren und umsetzen kann.

Privatsphäre schützen und die Kontrolle über die eigenen Daten und Geräte behalten: Der Adventskalender zur digitalen Selbstverteidigung zeigt spielerisch, wie das geht: Wie kann ich meinen Browser sicher einrichten? Wie kann ich Kontrolle über mein Smartphone bekommen und es von überflüssiger Software und Trackern frei halten? Wie sieht ein sicheres Passwort aus und wie soll ich mir das ohne

Elefantengehirn merken? Mit welchen Videokonferenztools und Messengern kann ich kommunizieren, ohne überwacht zu werden?

Sichere Videokonferenzen statt Zoom

Wie können Videokonferenzen unseren Arbeitsalltag bereichern, ohne dass unnötig Daten abfließen? Darüber haben wir uns eine Woche lang im Rahmen einer „Digitalcourage-Themenwoche“ mit Menschen ausgetauscht. *Alles zu unseren neuen Themenwochen und bald auch die hilfreichsten Tipps zum Thema Videokonferenzen gibt es auf unserem Blog: <https://digitalcourage.de/blog/2022/themenwoche-videokonferenzen>*

Massenüberwachung geplant

Die EU-Kommission plant mit einer neuen Verordnung ein massives Überwachungsgesetz: Alle Chats sollen durchleuchtet werden. Ob mit Demos, Protestaktionen oder Anrufen an unsere Abgeordneten: Um die Möglichkeit zur privaten Kommunikation zu retten, müssen wir jetzt aktiv werden! <https://chat-kontrolle.eu/>

Widerstände gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit

Als Erstes traf es Attac. Campact und Change.org folgten. Den Anstoß zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit gab damals die Entscheidung des Bundesfinanzhofs. Nacheinander verlieren kleine & große Organisationen und Vereine die Gemeinnützigkeit, weil sie sich "politisch einmischen" - Schluss damit! Mehr und Unterschrift hier: [Petition](#)

Attac Deutschland kämpft weiter um Transparenz im Verfahren über die Aberkennung seiner Gemeinnützigkeit: **Am 13. Dezember wird die Informationsfreiheitsklage des globalisierungskritischen Netzwerks gegen das Bundesfinanzministerium (BMF) vor dem Verwaltungsgericht Berlin verhandelt.**

Das Ministerium verweigert die Herausgabe von Dokumenten, die Aufschluss über die Kommunikation mit dem verfahrensführenden Bundesfinanzhof (BFH) geben.

„Die Weigerung des Bundesfinanzministeriums, zentrale Teile seiner Kommunikation in der Causa Attac offenzulegen, erhärtet den Verdacht, dass es sich bei dem Urteil des Bundesfinanzhofs um ein politisch beeinflusstes Urteil handelt. Wir fordern vollständige Aufklärung und werden deshalb um die Freigabe jedes einzelnen Dokuments kämpfen“, sagt Maria Wahle vom Vorstand des Attac-Trägervereins.

Nachdem 2014 das Finanzamt Frankfurt Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt hatte, war eine erste Klage dagegen vor dem Finanzgericht Kassel erfolgreich. Doch in der Revision, die das Finanzamt Frankfurt auf Weisung des BMF einlegte, hob der BFH das Urteil auf und steckte dabei den Rahmen für politisches Engagement von gemeinnützigen Organisationen äußerst eng. Diesem Urteil folgend mussten die Richter*innen der ersten Instanz die Klage von Attac gegen ihre eigene Überzeugung ablehnen. So kritisierte der Vorsitzende Richter in Kassel, das Urteil des Bundesfinanzhofs sei „mit heißer Nadel gestrickt“.

Die Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac hat Bedeutung für die gesamte Zivilgesellschaft. Im Frühjahr 2021 hat Attac Verfassungsbeschwerden gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit eingereicht.

Mehr [hier](#)

Nachdenkseiten

Zum Jahresende soll den NachDenkSeiten die Gemeinnützigkeit aberkannt werden. Zentrale Aussagen des zuständigen Finanzamts bezogen auf den Förderverein der NachDenkSeiten IQM e.V. sind: „Die erneute Prüfung der satzungsmäßigen Voraussetzungen führte zu dem Ergebnis, dass die in der Satzung aufgeführte Zweckverwirklichung, das Betreiben einer Website, nicht geeignet ist, einen gemeinnützigen Zweck zu verwirklichen. [...]

Der Verein verfolgt mit dem Betrieb dieser Internetseite weder die Volksbildung noch einen anderen in § 52 AO genannten gemeinnützigen Zweck. ...

Aus dem Themenspektrum der Website ist ersichtlich, dass mittels der eingestellten Artikel objektiv weder die Wissensvermittlung noch politische Bildungsaspekte im Sinne der gemeinnützigen Volksbildung primär gefördert werden.“ [Mail an die Leser*innen](#)
Infos und Kommentare dazu [hier](#)

89 Organisationen (u.a. Europäisches Attac Netzwerk) Schluss mit der Finanzierung der Klimakatastrophe! Großbanken sind Teil des Problems, nicht der Lösung

08.11.2022 – Wir können den Planeten nicht retten, ohne die **Finanzmärkte in die Pflicht** zu nehmen.

Solange Billionen von Dollar in die Finanzierung fossiler Brennstoffe und die Abholzung von Wäldern fließen, kann der Klimawandel nicht gebremst werden und die betroffenen Menschen können sich nicht darauf einstellen.

Der Finanzsektor spielt eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Klimakrise. Eine der wichtigsten Forderungen des Pariser Klimaabkommens (2015) war es daher, die "Finanzströme mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und einer klimaresistenten Entwicklung in Einklang zu bringen". Obwohl diese Vereinbarung zu begrüßen ist, **haben allein die Banken seit 2015 3,8 Billionen Dollar in Projekte für fossile Brennstoffe investiert – einschließlich neuer Infrastrukturen zu deren Förderung.** Investoren erzielen aktuell enorme Profite aus den hohen Preisen für fossile Brennstoffe – und keinerlei Regulierung verbietet es ihnen, noch mehr **Geld in die Zerstörung unseres Planeten zu investieren.**

Wie die Großbanken die Macht übernahmen

Dieser skandalöse Umstand ist **der COP26 zu verdanken, die (mit dem Wohlwollen der Regierungen und der Vereinten Nationen) einer Allianz von Finanzkonzernen die Kontrolle darüber ermöglicht** – anstatt sie zu regulieren, wie es die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit seit 2010 fordert. Unter der Führung des ehemaligen Gouverneurs der Bank of England, Mark Carney, und des Wall Street Finanzmagnaten Mike Bloomberg übernahm die sogenannte Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) **die Leitung der Governance Agenda für das private Finanzwesen.** Dadurch wurde einigen der weltweit wichtigsten Investoren in fossile Brennstoffe und Entwaldung die Verantwortung für die Reform des Finanzsektors zur Bewältigung der Klimakrise überlassen, während öffentlichen Stellen nur noch eine **beratende Rolle** zugesprochen wurde.

Von Anfang an war klar, dass die Finanzkonzerne und die GFANZ ihr Engagement bei der COP nur als eine **weitere Möglichkeit** sahen, aus dem Kampf gegen die Klimakrise Profit zu schlagen. Ihre "Netto Null bis 2050"-Initiativen haben weder eine signifikante oder rasche Reduzierung der Finanzierung fossiler Brennstoffe zum Ziel, noch hatten die Finanzkonzerne jemals die Absicht, ihre klimaschädlichen Geschäftsmodelle zu ändern.

Während sie ihre Emissionen "kompensieren" (was zu noch mehr Emissionen und Landgrabbing im Globalen Süden führt), haben sie ein Narrativ aufgebaut, das auf dem Wunschenken über zukünftige Technologien basiert.

Darüber hinaus nutzen sie ihre Machtposition, um ihr bevorzugtes Modell der Klimafinanzierung zu propagieren, das auf **Steuervergünstigungen und einem strengen Investitionsschutz basiert – wiederum zum Nachteil des Globalen Südens.**

Diese Vereinnahmung der Klimapolitik durch den Finanzsektor war nur durch das **rasante Wachstum des Multi-Stakeholder Ansatzes innerhalb des UN-Systems** möglich. Dabei werden Konzerne eingeladen, an der Seite von Staaten an den Verhandlungstischen Platz zu nehmen. So können Großbanken die Agenda bestimmen und nach ihren Vorstellungen und Wünschen umsetzen. **Ein großer Teil der Klimapolitik wird also in den Vorstandsetagen der Wall Street und der Londoner City entworfen. Die Folgen sind Greenwashing und eine Verschärfung der Klimakrise.**

Die Klimakrise erfordert wirksame Maßnahmen!

Das Maß aller Dinge darf heutzutage nicht mehr sein, ob Finanzkonzerne etwas besser abschneiden als im Jahr zuvor, oder ob sie vielleicht langfristig Verbesserungen in Aussicht stellen. Die entscheidende Frage ist, ob ihre Investitionen **die Erderwärmung auf über 1,5°C bringen.** Die Wissenschaft ist hier eindeutig: Sowohl die Internationale Energieagentur (IEA, 2021) als auch der Weltklimarat (IPCC, 2022) haben festgestellt, dass jede neue Investition in die Infrastruktur für fossile Brennstoffe uns über die 1,5°C Grenze und damit in einen gefährlichen, unaufhaltbaren Klimawandel bringt.

Die Regierungen müssen daher mit Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Klimabewegung **die Kontrolle über die private Finanzwirtschaft übernehmen.** Wir brauchen wirksame Vorschriften für den Finanzsektor, die uns **vor dem totalen Klimakollaps bewahren.** Wir müssen Finanztransaktionen besteuern und die Finanzmärkte umfassend reformieren. Regulierung, Überwachung und Rechenschaftspflicht müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen einen Neustart.

Denn Großbanken und freie Märkte sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

Unsere Forderungen an die Regierungen

Die Unterzeichnenden fordern die Regierungen daher dringend auf:

1. Begrenzen und regulieren Sie den Einfluss der Finanzindustrie in den Entscheidungsgremien der COP.

Die Finanziere der Klimakrise, wie etwa GFANZ, dürfen auf einer COP keine Bühne und keinen Sitz in einer beratenden Gruppe haben. Sie dürfen keine Rolle in einem Entscheidungs- oder Beratungsgremium spielen.

Darüber hinaus muss die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen einen Verhaltenskodex verabschieden, der den Kontakt mit Unternehmen einschränkt, die an der Ausbeutung, dem Vertrieb und der Finanzierung fossiler Brennstoffe beteiligt sind.

2. Die gesamte Finanzindustrie muss sich den Bestimmungen und Zielen des Pariser Abkommens unterwerfen. Das Minimum dafür sind strenge Regeln für den Ausstieg aus Investitionen in fossile Brennstoffe und Entwaldung sowie Interventionen der Zentralbanken, um die Finanzierung kohlenstoffintensiver Unternehmen zu verteuern.
3. Die Industrieländer müssen sofort Schritte einleiten, um alle Investitionen in Projekte für fossile Brennstoffe zu stoppen und ein ernsthafter Plan für die Finanzierung der Transformation im Globalen Süden ist zu entwickeln. Dieser Plan muss den Forderungen des Globalen Südens und der übermäßig großen historischen Verantwortung des Globalen Nordens für den Klimawandel Rechnung tragen. Er muss zudem Kompensationspläne für den Verbleib fossiler Brennstoffe im Boden enthalten.
4. Die Mittel zur Bewältigung des Klimawandels im Globalen Süden müssen erheblich aufgestockt werden. Der 2009 versprochene, aber nie eingelöste jährliche 100 Milliarden Dollar-Fonds muss neu konzipiert und erhöht werden und auf Zuschüssen (und nicht auf Krediten) basieren. Der Preis

für die Transformation geht in die Billionen, nicht in die Milliarden. Daher müssen Finanztransaktionen und Konzerne besteuert werden.

*Attac Frankreich hat den Text mit den unterzeichnenden Organisationen veröffentlicht.
Übersetzung: [attac Österreich](#) /SiG-Redaktion*

636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27

- **Studie** von Global Witness, Corporate Accountability and Corporate Europe Observatory



<https://kickbigpollutersout.org/demands>

Profite der Konzerne

Ölkonzerne beglücken ihre Aktionäre

16.11.2022 – [Tagesschau](#) – (...) Rekordgewinne bei den großen Konzernen der Branche. So verdiente **BP** 8,2 Milliarden Dollar, **Shell** 9,5 Milliarden, **Chevron** 11,2 Milliarden, **Exxon Mobil** 18,7 Milliarden, der saudi-arabische Staatskonzern **Saudi Aramco** sogar 41,6 Milliarden Dollar ... **in gerade einmal drei Monaten**. Von diesen Multi-Milliarden-Profiten schütteten die Ölproduzenten im dritten Quartal Dividenden in Höhe von 46,4 Milliarden Dollar an ihre Aktionäre aus. (...) Das sei ein Plus von mehr als drei Vierteln im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Weltweit seien die Dividenden enorm gestiegen, um zehn Prozent auf 416 Milliarden Dollar, hieß es in der Janus-Henderson-Studie. Das sei ein Rekord für ein drittes Quartal - und das obwohl Auszahlungen von Bergbaukonzernen wegen fallender Rohstoffpreise gesunken seien. Rund 90 Prozent der Unternehmen hätten ihre Dividenden angehoben oder gleich gehalten.

Engagierte Netzwerke nehmen Konzerne unter die Lupe:

Corporate Europe Observatory (CEO),

<https://corporateeurope.org>

ENCO (European Network of Corporate Observatories),

<https://corpwatchers.eu>

L'Observatoire de la dette dans la mondialisation (ODG),

<https://odg.cat>

L'Observatoire des multinationales, <https://multinationales.org>

S2B Network, <http://s2bnetwork.org>

Transnational Institute (TNI), <https://www.tni.org>

<https://power-shift.de>

u. a. m. !

BlackRock

BlackRock-Managerin Elga Bartsch leitet jetzt Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium

Die Ökonomin hat lange als europäische Chefvolkswirtin von Morgan Stanley gearbeitet und zuletzt die Abteilung für Wirtschafts- und Marktforschung beim Vermögensverwalter BlackRock geleitet.[FAZ 17.11.2022]

„ **BlackRock ist der größte Eigentümer von Aktien in Deutschland**, gehört zu den führenden Aktionären aller 40 DAX-Konzerne, von Siemens und Deutscher Bank und Commerzbank und RWE und Bayer und Daimler und vom größten Wohnungskonzern Vonovia und vom zweitgrößten Wohnungskonzern Deutsche Wohnen und vom drittgrößten Wohnungskonzern LEG und so weiter.

Und die DAX-Konzerne schütteten zuletzt für das angebliche Krisenjahr 2021 soviel Gewinne an die Aktionäre aus wie noch nie“.[FAZ 24.9.2022]. BlackRock gehört zu den führenden Aktionären der US-Fracking-Industrie, der Top Ten der US-Rüstungskonzerne, der Öl-Konzerne undso weiter.“ (Werner Rügemeier, [NDS](#) 18.11.2022)

Videos des **BlackRock-Tribunals** im September 2022: <https://www.blackrocktribunal.de/vortraege-der-konferenz-2022/> (u.a. Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse; Privatisierung der Renten und Abwehr dagegen; [Greenwashing von BlackRock](#))

Urgewald NGOs enthüllen die Verantwortlichen hinter der Expansion fossiler Brennstoffe in Afrika

Berlin / Sharm El-Sheikh , 15.11.2022 - Anlässlich des UN-Klimagipfels COP27 haben Urgewald, Stop EACOP, Oilwatch Africa, Africa Coal Network und 33 weitere afrikanische NGOs heute den Bericht [„Who is Financing Fossil Fuel Expansion in Africa?“](#) veröffentlicht.

Der Bericht identifiziert **200 Unternehmen**, die in Afrika nach neuen fossilen Ressourcen suchen, diese bereits erschließen oder neue fossile Infrastruktur wie Flüssigerdgas (LNG)-Terminals, Pipelines oder Gas- und Kohlekraftwerke entwickeln. „Fossile Brennstoffe sind die Hauptursache für die Klimakrise und Afrika ist hiervon stärker betroffen als jeder andere Kontinent. Dennoch überschwemmen 200 Kohle-, Öl- und Gasunternehmen den Kontinent mit schmutzigen Energieprojekten, die mit den Pariser Klimazielen und dem 1,5-Grad-Limit völlig unvereinbar sind“, sagt Omar Elmawi, Koordinator der Stop EACOP-Kampagne und Geschäftsführer von Muslims for Human Rights. Dem neuen NGO-Bericht zufolge **verfolgen diese 200 Unternehmen in 48 von insgesamt 55 afrikanischen Ländern Projekte zum Ausbau fossiler Energien.**

Öl- und Gasexpansion beginnt mit der Exploration

Allein in **Ägypten** sind 55 Unternehmen damit beschäftigt, nach neuen Öl- und Gasfeldern zu suchen, darunter auch die **deutsche Wintershall DEA**. Seit 2017 wurden in Afrika 886.000 km² für neue Öl- und Gasexplorationen genehmigt – eine Fläche größer als Frankreich und Italien zusammen.

[1] Von den 45 afrikanischen Ländern, in denen die Öl- und Gasindustrie derzeit nach neuen Ressourcen sucht, sind 18 sogenannte „Frontier-Countries“, d. h. Länder wie Namibia, Uganda oder Somalia, in denen es bisher keine oder nur eine geringe Öl- oder Gasproduktion gegeben hat.

Basierend auf einer Analyse von Daten von Rystad Energy zeigt der neue Bericht, dass die Gesamtausgaben (CAPEX) für Öl- und Gasexploration in Afrika von 3,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 auf 5,1 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 steigen werden. Auf afrikanische Unternehmen entfällt weniger als ein Drittel dieser Summe für 2022.

Der Großteil der Exploration neuer Öl- und Gasvorkommen in Afrika wird von ausländischen Unternehmen durchgeführt und finanziert. „Jeder Dollar, der für die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen ausgegeben wird, steht im Widerspruch zum 1,5°C-Pfad, den die Internationale Energieagentur 2021 vorgestellt hat“, sagt Heffa Schücking, Geschäftsführerin von Urgewald.

Welche Unternehmen führen die Öl- und Gasexpansion in Afrika an?

Der neue Bericht nutzt Daten der Global Oil and Gas Exit List (**GOGEL**) von Urgewald, um zu beurteilen, welche Unternehmen vor 2030 die größte Menge an neuen Öl- und Gasressourcen in Produktion bringen wollen.[2]

Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent ist **TotalEnergies** hierbei führend. Der französische Ölmulti fördert bereits 25% seiner Gesamtproduktion in Afrika und plant, sein afrikanisches Produktionsportfolio um 2,27 Milliarden Barrel Öläquivalent (boe) zu erweitern. Die Förderung und Verbrennung dieser neuen Ressourcen entsprächen dem Dreifachen der jährlichen CO₂-Emissionen Frankreichs.

Die zweit- und drittgrößten Upstream-Entwickler in Afrika sind die staatliche algerische Öl- und Gasgesellschaft **Sonatrach** (1,75 Mrd. boe) und der italienische Ölkonzern **Eni** (1,32 Mrd. boe). Insgesamt planen die fast 200 im Bericht identifizierten Öl- und Gasunternehmen, neue Ressourcen von mindestens 15,8 Mrd. boe bis 2030 in Produktion zu bringen. Diese Öl- und Gasressourcen zu fördern und zu verbrennen würde 8 Gigatonnen CO₂e in die Atmosphäre freisetzen - mehr als das Doppelte der jährlichen CO₂-Emissionen der EU. (Siehe Bericht, Seite 15: Tabelle „Top Upstream Oil & Gas Developers in Africa“)

Afrika wird mit neuer fossiler Infrastruktur überflutet

Fossile Infrastruktur wie Pipelines und LNG-Terminals sind teuer im Bau und ihre geplante Betriebsdauer erstreckt sich über Jahrzehnte. Die East African Crude Oil Pipeline (EACOP) von TotalEnergies und CNOOC wird über 5 Milliarden US-Dollar kosten und soll mindestens 20 Jahre lang betrieben werden. Das Rovuma LNG-Projekt von ExxonMobil und Eni in Mosambik und das LNG-Projekt von Equinor in Tansania werden jeweils auf 30 Milliarden US-Dollar geschätzt und sollen mehr als 30 Jahre lang betrieben werden.



Diese Projekte werden die fossilen Emissionen über Jahrzehnte hinweg festschreiben und den Gastländern die Möglichkeit nehmen, sich auf eine erneuerbare Zukunft zu konzentrieren. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur würde das Erreichen eines vollständigen Zugangs zu moderner Energie in Afrika bis 2030 Investitionen in Höhe von 25 Milliarden US-Dollar pro Jahr erfordern - eine Summe, die mit den Kosten eines einzigen großen LNG-Projektes vergleichbar ist.[3]

In Afrika entwickeln Öl- und Gasunternehmen neue LNG-Terminals mit einer Gesamtkapazität von über 87 Millionen Tonnen pro Jahr. Diese Projekte werden die bestehende LNG-Terminalkapazität in Afrika um 116% erhöhen.

Zudem: **Über 89% der neuen LNG-Infrastruktur wird für den Export gebaut**, hauptsächlich nach Europa und Asien. „Die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen ist ein wichtiger Treiber für neue LNG-Projekte in Afrika. Der Ansturm auf Afrikas Öl und Gas hat nichts mit der Verbesserung des Energiezugangs für Afrikaner*innen zu tun“, sagt Anabela Lemos, Direktorin von Justiça Ambiental (Friends of the Earth Mozambique).

Kohle: weder „phase-out“ noch „phase-down“

Auch wenn die Anzahl der geplanten Kohlekraftwerke in Afrika in den letzten vier Jahren geschrumpft ist, **expandiert die Kohleindustrie weiter auf dem Kontinent**.^[4] In elf afrikanischen Ländern sind neue Kohlekraftwerke, Kohlebergwerke oder der Bau von Kohletransportinfrastruktur geplant bzw. aktuell in Entwicklung. Insgesamt befinden sich über 10 Gigawatt neuer Kohlekraftwerkskapazität in der Pipeline. Mehr als die Hälfte hiervon ist in Simbabwe geplant, wird aber größtenteils die Bergbauindustrie mit Strom versorgen anstatt die 47% der Bevölkerung, die noch immer keinen Zugang zu Strom haben. Derzeit werden in neun afrikanischen Ländern 70 neue Kohleminen erschlossen oder bestehende erweitert. Die Länder mit den meisten Kohlebergbauprojekten sind Südafrika (49), Simbabwe (6), Botsuana (5) und Mosambik (4).

Wer finanziert den Ausbau fossiler Brennstoffe in Afrika?

„Afrika verfügt über 39% des weltweiten Potenzials für erneuerbare Energien. Doch ausländische Investoren unterstützen weiterhin eine fossile Zukunft für unseren Kontinent“, sagt Bobby Peek von der Life After Coal Campaign in Südafrika. Mit Stand Juli 2022 hielten mehr als 5.000 **institutionelle Investoren** Aktien und Anleihen im Gesamtwert von 109 Milliarden US-Dollar an Unternehmen, die neue fossile Projekte in Afrika vorantreiben.^[5] Auf die 23 größten Investoren entfallen 50% dieser Summe – 14 von ihnen haben ihren Hauptsitz in den USA und sechs in Europa. Darunter sind auch die Deutsche Bank mit der DWS und die Allianz mit den Töchtern AGI und Pimco. Der größte institutionelle Investor im Bereich der fossilen Expansion in Afrika ist der US-amerikanische Investmentgigant BlackRock mit einem investierten Vermögen von über 12 Milliarden US-Dollar. Es folgen Vanguard (8,4 Mrd. USD) und der Norwegische Pensionsfonds (3,7 Mrd. USD). Die Deutsche Bank mit ihrer Tochter DWS ist mit 1,2 Milliarden US-Dollar auf Platz 17 im internationalen Vergleich der Investoren und auf Platz 4 im europäischen. Hierbei sticht das Volumen der Investitionen in TotalEnergies hervor, dem größten Treiber fossiler Expansion auf dem afrikanischen Kontinent. Deutsche Bank ist international der achtgrößte und im europäischen Vergleich sogar der drittgrößte Investor in TotalEnergies in der Untersuchung. Die Allianz (mit AGI und Pimco) ist mit 938 Millionen US-Dollar auf Platz 21 im internationalen und Platz 6 im europäischen Vergleich. Die Allianz-Gruppe ist zudem europaweit der zweitgrößte Investor in Kohleexpansion in Afrika.

(Siehe Annex und Bericht, Seite 40: Tabelle „Top Investors in Fossil Fuel Expansion in Africa“)

Geschäftsbanken haben zwischen Januar 2019 und Juli 2022 über 98 Milliarden US-Dollar in Form von Konsortialkrediten und Underwriting an Unternehmen zur Verfügung gestellt, die neue fossile Projekte in Afrika entwickeln. Davon wurden 44 Milliarden US-Dollar in Form von Krediten und 54 Milliarden US-Dollar im Rahmen von Underwriting bereitgestellt. Die Nummer eins unter den Banken, die fossile Expansion in Afrika unterstützen, ist die Citigroup (5,6 Mrd. USD), gefolgt von JPMorgan Chase (5,1 Mrd. USD) und BNP Paribas (4,6 Mrd. USD).

Im internationalen Vergleich liegt die Deutsche Bank auf Platz 18 mit insgesamt 1,7 Milliarden US-Dollar an Krediten und Underwriting (europäischer Vergleich: Platz 9). Die Commerzbank kommt auf Platz 35 (europäischer Vergleich: Platz 15).

Beide deutschen Institute sind im europäischen Vergleich unter den Top 10 der Finanzierer von Kohleexpansion in Afrika: Deutsche Bank belegt Platz 3 und Commerzbank Platz 10.^[6] Die Deutsche Bank ist die größte Finanziererin weltweit von Glencore in der Untersuchung.

Auch bei den Ölmultis sind Deutsche Bank und Commerzbank gern gesehene Adressen: Bei ExxonMobil liegt die Deutsche Bank auf Rang 8 international, bei TotalEnergies auf Rang 9, bei BP auf Rang 10 und bei Shell auf Rang 12. Überraschend zeigt sich aber auch die Commerzbank als Finanzierer von BP in der Untersuchung: Platz 9 im internationalen Vergleich, also noch vor Deutsche Bank. Dabei ist BP unter anderem der Hauptinvestor und Projektbetreiber des umstrittenen Gasfeldes Grand Tortue Ahmedija vor der Küste Senegals und Mauretaniens, von dem 2023 Gas exportiert werden soll, u.a., nach Wunsch von Bundeskanzler Olaf Scholz, nach Deutschland (siehe auch Fallstudie hierzu im Bericht).^[7] (Siehe Annex und Bericht, Seite 43: Tabelle „Top Bankers in Fossil Fuel Expansion in Africa“)

Dem neuen Bericht zufolge sind 72% der Geschäftsbanken, die fossile Expansion in Afrika unterstützen, Mitglieder der **„Net Zero Banking Alliance“**. „Netto-Null-Versprechen für morgen sind bedeutungslos, wenn man heute Milliarden von Dollar für den Ausbau fossiler Brennstoffe ausgibt. Finanzinstitute, die behaupten, sich für 1,5°C einzusetzen, müssen aufhören, Kunden zu unterstützen, die uns in Richtung 2,8°C treiben. Die Richtlinien von Banken und Investoren zu fossilen Energien müssen dringend verschärft werden. Das gilt auch für deutsche Institute, allen voran die Deutsche Bank mit ihrer Tochter DWS. Sie tragen einen Nachhaltigkeitsanspruch vor sich her, dem sie in keiner Weise gerecht werden, wenn sie weiterhin Unternehmen wie Total & Co. unterstützen“, sagt Heffa Schücking.

Omar Elmawi sagt im Bericht im Namen der 36 afrikanischen Mitherausgeber: „Es ist an der Zeit, dass sich Finanzinstitute von den Unternehmen zurückziehen, die das verbleibende weltweite CO2-Budget verpulvern und Afrika an die schmutzigen Energiequellen der Vergangenheit ketten.“

Zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Afrika fordern eine grüne, erneuerbare Energiezukunft, die allen Menschen Zugang zu Energie verschafft.“

Der vollständige Bericht kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Notizen:

- [1] Regional Trends Report Africa, Rystad Energy, Juni 2022
- [2] Mehr Informationen unter: www.gogel.org. GOGEL wurde 2021 auf der COP26 im schottischen Glasgow erstmalig präsentiert und ist eine öffentliche Datenbank, die **901 Unternehmen umfasst, die für 95% der weltweiten Öl- und Gasproduktion verantwortlich sind**. GOGEL bietet nicht nur detaillierte Informationen über die derzeitige konventionelle und unkonventionelle Öl- und Gasförderung aller relevanten Produzenten, sondern ermöglicht den Nutzer*innen auch einen „Blick in die Zukunft“, indem sie Upstream- und

- Midstream-Expansionspläne aufzeigt. GOGEL 2022 kann unter www.gogel.org heruntergeladen werden ([Erklärvideo](#))
- [3] <https://www.iea.org/reports/africa-energy-outlook-2022/key-findings>
- [4] Basierend auf Daten Global Coal Exit List (GCEL) von urgewald: www.coalexit.org
- [5] Bei multinationalen Unternehmen haben wir mit Hilfe von Adjustern berechnet, welcher Anteil eines Unternehmenskredites oder einer Investition die fossilen Aktivitäten in Afrika unterstützt. Eine ausführliche Erläuterung unserer Methodik findet sich in dem Bericht. Die Finanzrecherche für den Bericht wurde von Proffundo durchgeführt.
- [6] Platzierungen im internationalen Vergleich der Finanzierung der Kohleexpansion in Afrika: Deutsche Bank Rang 14; Commerzbank auf Platz 25.
- [7] www.urgewald.org/medien/neue-gasfoerderung-senegal-deutsche-umwelthilfe-urgewald-klima-aktivist-yero-sarr-fordern

Annex: Deutschland kommt für den Untersuchungszeitraum Januar 2019 – Juli 2022 international auf 3% der Bankfinanzierung von Unternehmen, die fossile Expansion in Afrika betreiben. Seit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens 2016 haben deutsche Geschäftsbanken rund 5,7 Mrd. US-Dollar an Unternehmen geleitet, die fossile Expansion in Afrika betreiben. Insgesamt kommen deutsche Investoren (Stand Juli 2022) auf rund 3 Mrd. US-Dollar, die in Aktien und Anleihen von fossilen Expansionisten auf dem afrikanischen Kontinent gehalten werden.

<https://www.urgewald.org/medien/ngos-enthuellen-verantwortlichen-expansion-fossiler-brennstoffe-afrika>

Top 10 Firmen, in die Deutsche Bank/DWS und Allianz (AGI und Pimco) mit Stand Juli 2022 investiert waren und die fossile Expansion in Afrika betreiben (in Mio US\$)

MUTTERKONZERN	UNTERNEHMEN	HAUPTSITZ	AKTIEN	ANLEIHEN	TOTAL
Deutsche Bank	TotalEnergies SE	Frankreich	598	34	632
	Eni SpA	Italien	117	32	149
	Shell plc	Vereintes Königreich	83	6	89
	BP plc	Vereintes Königreich	45	23	68
	Chevron Corporation	USA	49	2	51
	Exxon Mobil Corporation	USA	46	3	49
	Sasol Ltd	Südafrika	15	4	18
	Glencore PLC / Phembani	Schweiz	9	3	12
	PTT Exploration and Production Public Company Ltd (PTTEP)	Thailand	9	0	9
	Bharat Petroleum Corporation Ltd	Indien	3	5	9
Allianz	Eskom Holdings SOC Ltd	Südafrika		420	420
	TotalEnergies SE	Frankreich	108	68	176
	Eni SpA	Italien	40	39	79
	Sasol Ltd	Südafrika		63	63
	BP plc	Vereintes Königreich	8	45	53
	Shell plc	Vereintes Königreich	13	21	34
	Chevron Corporation	USA	10	4	15
	Woodside Petroleum Ltd	Australien	4	10	14
	Exxon Mobil Corporation	USA	11	2	14
	Galp Energia SGPS SA	Portugal	0	11	12
Glencore PLC / Phembani	Schweiz	3	6	9	

Auf dem UN-Klimagipfel rufen senegalesische und deutsche Klimaschutzgruppen die "**Senegal-Germany-Alliance for Climate Justice**" aus. Sie sagen dem umstrittenen Erdgasprojekt in Senegal den Kampf an. - [Klimareporter](#)

Whistleblowing-Aufruf gegen Gaskonzerne Das aktivistische Kollektiv "Weiter so!" ruft Mitarbeiter:innen von Ministerien, Behörden und Energiekonzernen auf, Informationen über die Einflussnahme von Erdgaskonzernen auf die Politik zu leaken. Unterstützung erhält der Aufruf von Umwelt- und Transparenzorganisationen. – [Klimareporter](#)

Das 1,5-Grad-Ziel ist tot - Hoffnung kann nur von der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung kommen

29 Nov 22, [Transform!](#) - Die UN-Klimakonferenz (auch bekannt als Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC oder COP27) ging am 20. November 2022 in Sharm el-Sheikh, Ägypten, zu Ende. Das bedeutendste Ergebnis der COP27 ist die **Einrichtung des Fonds für Schäden und Verluste (Loss and Damage Fund)** durch die Länder des Globalen Südens nach drei Jahrzehnten des Kampfes, der den von der Klimaerwärmung am stärksten betroffenen Ländern sofortige finanzielle Unterstützung bieten wird. Dies ist eine echte Errungenschaft, da der Fonds Menschen in armen Regionen und Ländern der Welt entschädigen könnte, die enorm unter Überschwemmungen und Hitzeperioden leiden, wie wir kürzlich in Pakistan gesehen haben.

Sandeep Chachra, Direktor von ActionAid Indien, ist der Ansicht, dass "der Beschluss zur Einrichtung des Fonds für Schäden und Verluste, der auf der UN-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh gefasst wurde, ein historisches Ergebnis darstellt. Die G77 (Verhandlungsgruppe bestehend aus 134 Ländern, die mehr als fünf Milliarden der Weltbevölkerung vertreten) hat diese Solidarität am besten demonstriert. Der globale Süden hat die Einrichtung dieses Fonds nachdrücklich unterstützt".

Chachra nahm als einer der Redner:innen an dem von transform! europe, Egypt's Socialist People's Alliance, Global Justice Now und Acción Ecológica Ecuador organisierten Online-Seminar teil, das im Anschluss an die COP27 am 21. und 22. November 2022 stattfand. Die Konferenz sollte ursprünglich vor Ort in Kairo stattfinden, geriet aber in das Visier der ägyptischen Sicherheitsbehörden, die die Organisator:innen daraufhin zwangen, die Veranstaltung kurzfristig abzusagen. Daher mussten wir unter Einhaltung der strengen Sicherheitsmaßnahmen dazu übergehen, die Konferenz online abzuhalten. [...]

Dorothy Guerrero, Leiterin der Abteilung Politik bei [Global Justice Now](#), erörtere in dem Seminar die ungelösten Fragen im Zusammenhang mit dem Loss and Damage Fund: **Wer soll einzahlen und wer soll davon profitieren?** Einerseits wollen die westlichen Industrieländer, dass China einen Beitrag leistet, und andererseits wollen sie, dass nur die kleinen Inselentwicklungsländer, die am wenigsten entwickelten Länder und die klimatisch anfälligen Staaten davon profitieren. Diese Einteilung ist höchst ungerecht, denn demnach hätte **Pakistan** keinen Anspruch auf Finanzhilfe, obwohl es gerade in diesem Sommer eine der schlimmsten Klimakatastrophen seiner Geschichte erlebt hat. Allein diese Flut verursachte [Schäden](#) in Höhe von 14,9 Milliarden Dollar und wirtschaftliche Verluste in Höhe von 15,2 Milliarden Dollar. Sollte China einzahlen? Chinas Emissionen sind erst seit seinem Beitritt zur WTO im Jahr 2001 erheblich gestiegen, und seine Pro-Kopf-Emissionen haben erst kürzlich das Niveau der Ersten Welt erreicht (1). Ebenso wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass das Kapital ungleich verteilt ist. Der fossile Kapitalismus der letzten 200 Jahre hat immensen Reichtum ermöglicht. Allein die

fünf größten Ölgesellschaften der Welt haben in diesem Jahr 170 Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Dieses Geld muss in den Loss and Damage Fund umgeschichtet werden.

Viele der Redner:innen des Seminars folgten dem Vortrag des Mitveranstalters **Mamdouh Habashi** und diskutierten die von ihm geäußerten Bedenken zur aktuellen geopolitischen Lage. Während der COP27 drohte die EU damit, die Verhandlungen gänzlich zu verlassen. Ziel war es, China aus dem Block des globalen Südens zu entfernen, dessen Interessen von der so genannten G77-Gruppe vertreten werden. Den 134 Ländern, die in der G77-Gruppe vertreten sind, war klar, dass, sollten die westlichen Länder China erfolgreich abspalten, der Süden dadurch gespalten und vom Norden in immer kleinere "Häppchen" zerstückelt werden würde. Teilen und herrschen ist die traditionelle Art der Herrschaft imperialer Mächte. Es ist ein großartiges Ergebnis der COP27, dass **der Süden nicht gespalten worden ist**. Dazu mag beigetragen haben, dass sich die Länder des globalen Südens nur zu gut daran erinnern, wer sie bei der COVID-19-Pandemie mit Impfstoffen versorgt hat - nämlich China und Russland, nicht der Westen.

Abgesehen von der Zusicherung, dass es einen Fonds für Verluste und Schäden geben wird, sind die Ergebnisse der COP27 nicht sehr überzeugend. Seit dem Pariser Abkommen im Jahr 2015 sind die CO₂-Emissionen Jahr für Jahr gestiegen, mit Ausnahme von 2020 infolge von COVID-19. **Von echtem Klimaschutz kann also keine Rede sein...** Im Gegenteil, es werden immer mehr Ressourcen verbraucht, die Abfallberge wachsen und es gibt keine rechtlichen und durchsetzbaren Verpflichtungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Nach zwei Diskussionstagen zeigten sich die Teilnehmer:innen des Online-Seminars realistisch: Die COP27 hat die dringend notwendigen transformativen Entscheidungen zur Rettung des Klimas weitgehend verfehlt. Es gibt keine weiteren Pläne oder gar Verpflichtungen, wie die Emissionen weltweit reduziert werden können. Stattdessen bleiben wir beim "business as usual". **Pablo Solon** von der Fundación Solon, Bolivien, sagte es deutlich: "Lobbyismus ist nicht mehr hilfreich. Wir brauchen Druck von unten, Druck von der Straße". **Fatma Khafagy**, eine der Mitorganisator:innen des Seminars, brachte auch die Notwendigkeit einer breiten Beteiligung von Frauen und ihren Organisationen auf allen Ebenen der Klimapolitik in die Diskussion mit ein.

Das Online-Seminar endete mit der Feststellung, dass ein **echter Gegengipfel und eine gemeinsame Mobilisierung der Zivilgesellschaft erforderlich sind**, da es der COP an wirksamen Ergebnissen und echten Klimaschutzmaßnahmen mangelt. Daran wollen wir nun im Jahr 2023 arbeiten.

(1) Abbildung 4, S.10, in: European Commission, Joint Research Centre, ["CO₂ emissions of all world countries - 2022 Report"](#) (EUR 31182 EN)

Ingeborg Schellmann

Der Klimawandel, aus dem All gesehen

„Klar sieht, wer von Ferne sieht, nebelhaft, wer Anteil nimmt.“ Laotse

Als 1972 der erste Bericht des Massachusetts Institute of Technology mit dem Titel „**Grenzen des Wachstums**“ veröffentlicht wurde, beschäftigte sich die Öffentlichkeit erstmals mit der Erschöpfung der Ressourcen. Bei einem „Weiter so“ wären in 100 Jahren die absoluten Grenzen des Wachstums erreicht, so das Fazit des Berichts. Heute, nur 50 Jahre später, sind die Grenzen allein auf Grund des Klimawandels erreicht. Trotz der offensichtlichen desaströsen Folgen bewegt sich die Politik national und weltweit kaum, jedenfalls nicht in dem Maße, wie es erforderlich wäre. Gerungen wird um die Ziele, ob 1,5 Grad oder 2 Grad, um die Verursacher und die Verantwortlichen. Jahre vergehen und große Teile der Welt sind schon nicht mehr bewohnbar. Es fehlt der Blick aus der Ferne, um die zwingende Notwendigkeit zum Handeln zu erkennen. Es gibt Stimmen, die die Verantwortlichen gern ins All schicken würden, damit sie ihr Denken verändern und vielleicht als „Linke“ zurückkehren.

Wer einmal aus dem All heraus auf den blauen Globus, unsere Erde, schauen konnte, kehrt mit einer anderen Weltsicht und einer anderen Verantwortung zurück. Es ist die andere Perspektive, die ein anderes Empfinden und Denken bewirkt. Raumfahrer der ersten Stunde 1961 bis zum heutigen Tage, seien es Juri Gagarin oder Neil Armstrong oder Sigmund Jähn oder 2020 die Meeresbiologin und Astronautin Jessica Meir, alle sagen im Kern das, was Laotse 600 Jahre v. u. Z. bereits erklärte: „Klar sieht, wer von Ferne sieht, nebelhaft, wer Anteil nimmt.“

„Von hier oben ist die Erde wunderschön, ohne Grenzen oder Begrenzungen“, sagte **Juri Gagarin** 1961 und wenig später: „Ich sah, wie schön unser Planet ist. Leute, lasst uns diese Schönheit erhalten und vermehren, nicht zerstören.“

1978 bekannte **Sigmund Jähn**, Kosmonaut der DDR: „Ein faszinierender Anblick. Meine Pulswerte waren erhöht. Aber dieses Herzklopfen war keine Angst, eher anregend. Und was ich dann sah, war totale Glückseligkeit: Unsere Erde, in leuchtendes Blau gehüllt. Einfach traumhaft.“ Und wenig später: „Bereits vor meinem Flug wusste ich, dass unser Planet klein und verwundbar ist. Doch erst als ich ihn in seiner unsagbaren Schönheit und Zartheit aus dem Weltraum sah, wurde mir klar, dass der Menschheit wichtigste Aufgabe ist, ihn für zukünftige Generationen zu hüten und zu bewahren.“

Das Schützenswerte dieser Erde taucht bei allen Raumfahrern auf. „Mein Blickwinkel auf die Erde ist sehr verändert worden durch das, was ich von oben gesehen habe. Ich habe die Erde plötzlich als Gesamtsystem gesehen, als Kugel, abgeschlossen mit einer hauchdünnen Atmosphäre. Die sieht unvorstellbar zerbrechlich aus, als ob man sie mit einem Hauch wegpusten könnte. Und man sieht gleichzeitig, wie wir Menschen Schadstoffe hineinpusten. Sie wirkt zerbrechlich und gleichzeitig einsam und klein, als unser einziges Raumschiff, das wir Menschen haben, mit dem wir durch das schwarze Universum fliegen,“ so der deutsche Raumfahrer und Fotograf **Alexander Gerst**.

Es ist die unfassbare Schönheit der Erde, von der alle ergriffen sind, so auch der Raumfahrer **Patrick Baudry**: „Die Erde in ihrer Schönheit ist unendlich zart und reich, eine wunderbare

Harmonie strahlender sanfter Farben. Einzig ein Kind könnte in seiner Unschuld die Reinheit und den Glanz dieses Anblicks erfassen.“

Neil Armstrong, 1966: „Plötzlich fiel mir auf, dass diese winzige Erbse, hübsch und blau, die Erde war. Ich steckte meinen Daumen hoch und schloss ein Auge, und mein Daumen löschte den Planeten Erde aus. Ich fühlte mich nicht wie ein Riese. Ich fühlte mich sehr, sehr klein.“

Gerade die Aussagen der ersten amerikanischen Raumfahrer sind interessant, da fast alle Jagdbomberpiloten waren, ehe sie bei der NASA ihre Astronautenkarriere begannen. Sie wurden zu Lyrikern angesichts ihres Blicks auf die Erde.

Nicht nur die Verletzlichkeit der Erde war bewegend, erschütternd auch die Verlorenheit dieser kleinen Erde in der Schwärze des Alls. **James Irvin** drückte dies folgendermaßen aus: „Die Erde erinnerte uns an eine in der Schwärze des Welt-raums aufgehängte Christbaumkugel. Mit größerer Entfernung wurde sie immer kleiner. Schließlich schrumpfte sie auf die Größe einer Murmel – der schönsten Murmel, die du dir vorstellen kannst. Dieses schöne, warme, lebende Objekt sah so zerbrechlich, so zart aus, als ob es zerkrümeln würde, wenn man es mit dem Finger anstieße.“

Noch einmal Alexander Gerst: „Jetzt steht alles auf dem Spiel. Während sich 20.000 Experten aus 90 Ländern in Kattowitz zum größten Klimaforum der Welt COP24 versammeln, müssen wir uns alle daran erinnern, dass es keinen Planeten B gibt.“ Er nimmt damit Bezug auf die Klimakonferenz der Vereinten Nationen, die im Dezember 2018 im polnischen Kattowitz stattfand.

„Es spielt keine Rolle, in welchem See oder Meer du Verschmutzungen entdeckt hast, in den Wäldern welchen Landes du das Ausbrechen von Bränden bemerkt hast oder über welchem Kontinent ein Wirbelsturm entsteht. Du bist Hüter deiner ganzen Erde“, bestätigt **Juri Petrowitsch Artjuchin**.

Alexander Gerst in einem Brief an seine Enkel: „Ich bin mir sicher, dass ihr die Dinge inzwischen sehr viel besser versteht als meine Generation. Und wer weiß, vielleicht lernen wir ja auch noch was dazu. Dass ein Blick von außen immer hilft, dass dieses zerbrechliche Raumschiff Erde sehr viel kleiner ist, als die allermeisten Menschen sich das vorstellen können. Wie zerbrechlich seine Biosphäre ist und wie limitiert seine Ressourcen. Dass es sich lohnt, mit seinen Nachbarn gut auszukommen. Dass Träume wertvoller sind als Geld und dass man ihnen eine Chance geben muss. Dass Jungen und Mädchen Dinge genauso gut können, aber dass doch jeder von euch eine Sache hat, die er besser kann als alle anderen. Dass die einfachen Erklärungen oft die falschen sind und dass die eigene Sichtweise eigentlich immer unvollständig ist. Dass die Zukunft wichtiger ist als die Vergangenheit und dass man niemals ganz erwachsen werden soll.“

Und zum Schluss: „Der Höhepunkt unserer Reise war die Erkenntnis, dass das Universum harmonisch, zweckvoll und schöpferisch ist. Der Tiefpunkt lag in der Feststellung, dass sich die Menschheit nicht gemäß dieser Erkenntnis verhält.“ **Edgar Mitchell**.

Gute Nachrichten

Die Welt befindet sich in wiederkehrenden Krisen, deren grundlegende Ursache die Dominanz der Logik des Kapitals (des Gottes PROFIT) über die grundlegenden Sphären unserer Gesellschaften ist: wirtschaftliche Dominanz, ideologische und kulturelle Dominanz, demokratische Geiselnahme, Unterwerfung, Blindheit und politische Komplizenschaft.

Es ist hässlich, es ist zerstörerisch, aber es hat einen Namen. **Es wird Kapitalismus genannt.**

Auf der einen Seite stehen Millionen von Menschen, die zwar die Gesellschaft am Laufen halten, aber ungerechtfertigt leiden. Auf der anderen Seite ein paar multinationale Konzerne und ihre Aktionäre, die sich unrechtmäßig bereichern.

Es gibt eine Verbindung zwischen den beiden! Eine enge Verbindung. „**Aus der Hölle der Armen wird das Paradies der Reichen gemacht**“ (Victor Hugo).

Gute Nachrichten: Margaret Thatchers berühmte Rede „There is no alternative“ (TINA) ist alles andere als wahr. Überall auf der Welt werden soziale, wirtschaftliche, demokratische und ökologische Alternativen geschaffen. Überall auf der Welt lehnen Frauen und Männer die Ungerechtigkeit ab und bekämpfen sie. Einige dieser Kämpfe führen zu Siegen. Die Website [IL FAUT TUER TINA – VICTOIRES](https://www.ILFAUTTUERTINA-VICTOIRES.com) verfolgt das Ziel, diese kleinen und großen Siege sichtbar zu machen, die, auch wenn sie nur teilweise und unzureichend sind, uns helfen, mit dem Fatalismus zu brechen, und Inspirationsquellen für unser individuelles und kollektives Handeln darstellen.

Die SiG-Redaktion dokumentiert Beispiele einiger guter Nachrichten. <http://www.bonnes-nouvelles.be/site/>

Aus Reporterre: „Am 13. September stimmte das Europäische Parlament über den Entwurf einer Verordnung gegen importierte Entwaldung ab.“

Die Verordnung soll verhindern, dass Waren, die aus Entwaldung stammen oder mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, auf den EU-Binnenmarkt gelangen. Eine entscheidende Aufgabe: In den letzten 30 Jahren wurden 420 Millionen Hektar Wald – mehr als die Fläche der Europäischen Union – von Kettensägen verschlungen. Aus einem Interview mit Marie Toussaint, Europaabgeordnete (Europe Écologie-Les Verts, EELV):

„Alle Unternehmen, die Produkte auf dem EU-Markt platzieren, sind davon betroffen. Auch Banken, Versicherungen und Investmentfonds. Das ist ein wichtiger Fortschritt: Dank eines Berichts von [Global Witness](https://www.globalwitness.org/) ist bekannt, dass BNP Paribas beispielsweise Unternehmen, die mit Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, mit 5 Milliarden Euro finanziert.

Wir haben nicht alles gewonnen. Auf der Seite der Umweltschützer wollten wir eine nicht erschöpfende Liste von Produkten, die nach und nach hätte erweitert werden können. Es ist uns auch nicht gelungen, fossile Produkte in die Liste der betroffenen Produkte aufzunehmen. Auch andere empfindliche Ökosysteme wie den Cerrado, der durch Soja- und Viehzucht bedroht ist, schützt der Text nicht vollständig.“

SiG-Redaktion: Am 6. Dezember 2022 wurde eine [Einigung](#) zwischen dem EU-Parlament und der Kommission erzielt.

S. auch <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/lula-kuendigt-nachhaltige-regenwaldnutzung-an>

Attac France (27. Oktober 2022): Das Steuerschlupfloch für Kerosin für Privatjets wird abgeschafft

Angesichts der Untätigkeit der Regierung haben wir uns im Januar dafür entschieden, Aktionen des zivilen Ungehorsams durchzuführen, um die Klimaauswirkungen der Ultra-reichen und ihrer extrem umweltschädlichen Transportmittel, Privatjets und Megayachten, aufzuzeigen.

Unsere Mobilisierung, wie auch die anderer Bewegungen in dieser Frage, hat einen ersten Sieg ermöglicht: Die Steuer auf Kerosin – den Treibstoff für Privatjets – wird im Haushalt 2023 verdoppelt und ihr Satz an den von Benzin für Autos angeglichen.

Diese Maßnahme reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Verbreitung von Flügen mit Jets, einem extrem umweltschädlichen Verkehrsmittel, zu bekämpfen: Deshalb müssen wir den Druck aufrechterhalten!

Vianey Lorin: Billige Züge in Österreich gegen die globale Erwärmung

Seit einem Jahr gibt es in Österreich ein Ticket für 3 Euro pro Tag, mit dem man alle öffentlichen Verkehrsmittel des Landes unbegrenzt nutzen kann. Diese Maßnahme ist Teil des Ziels, bis 2040 klimaneutral zu sein. Der Staat gibt jährlich 160 Millionen Euro für dieses Ticket aus. In den letzten Monaten stieg die Zahl der Fahrgäste in den Zügen um 15 Prozent im Vergleich zu 2019, also vor der Covid-Pandemie.

Der Verkehr ist jedoch immer noch einer der Sektoren mit den höchsten Emissionen, gleich nach der Industrie. Das Klimaticket ist zwar positiv, aber nach Ansicht vieler Verbände bei weitem nicht ausreichend. „Unsere Verkehrspolitik ist nicht kohärent genug, denn gleichzeitig werden Autobahnen ausgebaut und das Angebot für den Autoverkehr erhöht“, urteilt Johannes Wahlmüller von der NGO Global 2000.

Baumbesetzer wegen Klimanotstands freigesprochen
[LegalTribuneOnline](https://www.legaltribuneonline.com/), 8. Dezember 2022

100 Prozent biologische Landwirtschaft in Sikkim

Kann man auf Pestizide und chemische Düngemittel verzichten? Im Westen spaltet die Debatte über Glyphosat die Landwirte. Dabei ist alles biologisch möglich: In Nordindien hat der im Himalaya gelegene Regionalstaat Sikkim vor vier Jahren den Einsatz jeglicher Pestizide und chemischer Düngemittel verboten.

Das gesamte Ackerland wurde auf biologische Landwirtschaft umgestellt, wodurch aus einem Hirngespinnst eine Realität wurde, die als Vorbild dient: Sikkim wurde zum ersten Bundesstaat der Welt, der zu 100 Prozent biologisch ist.

[Video von Arte](#)

Weder Atom noch Kohle noch Öl noch Gas

„Jetzt ist es an der Zeit, die Wut in Taten umzusetzen. Jeder Bruchteil eines Grades zählt.“
UN-Generalsekretär Guterres bei der Vorstellung des Weltklima-Berichts 2022

Powershift: klimagerechte Energiewende finanziell machbar?

Ja, das können wir. Jährlich müssten für den Umstieg auf alternative Energiequellen in den nächsten zehn Jahren 105,7 Milliarden Euro aufgebracht werden, was knapp 2,9 Prozent des deutschen BIP entspricht. Das ist weniger als die Ausgaben für Öl- und Gasimporte sowie Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2021, die ungefähr 113,2

Milliarden Euro betragen haben. Es wird geschätzt, dass die Umstellung auf Erneuerbare Energien nach 2035 massive finanzielle Einsparungen durch den Wegfall von fossilen Importen freisetzen würde und in den folgenden Jahrzehnten überschüssige Energie für potenzielle Exporte generieren könnte. (...), November 2022

Ausgestrahlt: Fatale Fehlentscheidung

Mit den Stimmen der Ampelkoalition hat der Bundestag am 11. November nach einer hitzigen Debatte den Weiterbetrieb der AKW Neckarwestheim-2, Emsland und Isar-2 bis Mitte April erlaubt. Der Atomausstieg ist damit in ernsthafter Gefahr. FDP, CDU/CSU und AfD haben bereits erklärt, dass ihr Ziel eine jahrelange Laufzeitverlängerung der AKW ist.

Die Begründungen für den Weiterbetrieb sind fadenscheinig und falsch. Längst ist erwiesen, dass die Energieversorgung in Deutschland auch ohne Atomkraftwerke gesichert ist. Es gibt genügend Strom, genügend Kraftwerke und genügend Leitungen. Das viel zitierte angebliche Problem mit der Netzstabilität kann nur auftreten, wenn sehr viel Strom im Angebot ist und deshalb mehr Strom ins Ausland verkauft wird, als Leitungen für den Transport dorthin vorhanden sind. Es würde sich in Luft auflösen, wenn man den Stromverkauf ins Ausland auf die physikalisch auch transportierbaren Mengen begrenzen würde. Alles, was es dafür braucht, sind vernünftige Regelungen.

Was es ganz sicher nicht braucht: Reaktoren in altersgeschädigtem Zustand, die uns jeden Tag einen Super-GAU

bescheren können. **.ausgestrahlt** hat mit einer lauten, gemeinsamen Aktion von BUND, IPPNW und Robin Wood am letzten Freitag vor dem Bundestag deutlich gemacht, dass Atomkraftwerke gefährlich und überflüssig sind.

[Energiewende retten – Atomkraftwerke abschalten](#)

Kein Ende in Sicht: Die Suche nach einem „Endlager“ für Atommüll verzögert sich: Auch die Bundesregierung räumt nun ein, dass sich das gesuchte Langzeit-Lager für hochradioaktive Abfälle nicht wie im Gesetz festgelegt bis 2031 finden wird. Die mit der Suche betraute Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) habe „bislang keinen Plan vorgelegt, wie innerhalb der verbleibenden neun Jahre das in der Tat umfangreiche Verfahren“ durchgeführt werden solle. **.ausgestrahlt** warnt seit langem, dass die Standortsuche auch qualitativ nicht den gesetzlichen Ansprüchen genügt. Zudem wird der Atommüll deutlich länger in den Zwischenlagern bleiben müssen als bisher geplant und eingeräumt. **.ausgestrahlt** fordert deshalb, die Sicherheit der „Jahrhundert-Lager“ in den Fokus zu nehmen. Mehr dazu im **.ausgestrahlt**-Flyer [„Jahrhundert-Lager“](#)

Widerstand gegen Braunkohleabbau

Alle Dörfer bleiben : Seid dabei: Lützerath schützen!

Im Januar wird es ernst: Der Kohlekonzern RWE will Lützerath zerstören und den Tagebau Garzweiler massiv ausweiten. Dazu hat RWE in einem Hinterzimmer-Deal grünes Licht von der Landesregierung NRW und der Bundesregierung bekommen. Laut einer Studie des DIW Berlin dürfen nur noch maximal 47 Millionen Tonnen CO₂ aus dem Tagebau Garzweiler II herausgeholt werden, **RWE und Regierung planen mit dem neuen Deal jedoch 280 Millionen Tonnen zu verbrennen.** Die Entscheidung, Lützerath zu opfern, bedeutet also einen Bruch mit der Wissenschaft und damit auch mit der Klimabewegung. **Erzählt Menschen von Lützerath, kommt ins Dorf, schützt es gemeinsam mit uns!** Aktuelle Termine [hier](#)



6.12.2022 – Pressemitteilung von Lützerath lebt

RWE kappt Leitung der zahlenden Ökostromkunden

Lützeraths Am Dienstagmittag begann der Braunkohlekonzern RWE die Stromleitung zum Dorf Lützerath in Holzweiler aus dem Boden zu reißen. Betroffen vom folgenden Stromausfall sind auch die zahlenden Naturstrom-Kunden im Mietshaus Eckardt Heukamps. Die Aktivist*innen im Dorf versorgen sich nun prekär mit autark produzierter Elektrizität aus wenigen Solarpanelen.

„Solange die RWE-AG mit ihrer Kohle massiv das Klima zerstört, werden wir gegen sie kämpfen. Für echte Versorgungssicherheit aller Menschen mit Strom, unabhängig davon, ob sie dafür zahlen können oder nicht. Und für Klimaschutz.“, erklärt Marten Reiß, Mieter in Lützerath

„Wir brauchen endlich das Ende dieser schmutzigen Klimazerstörung mit Braunkohle. Jetzt schon töten Klimakatastrophen wie die Fluten in Nigeria, Bangladesch und im Ahrtal viele Menschen. Mit den Folgen und Schäden müssen wir global solidarisch umgehen. Das heißt auch alternative Versorgungsmodelle aufzubauen, wie eine kostenlose, grüne und dezentrale Stromversorgung in den Händen der Menschen, nicht der Konzerne.“, so Ronni Zeppelin, Sprecher*in von Lützerath lebt!.

<https://luetzerathlebt.info/>

Urgewald: Expansion der Öl- und Gasindustrie

[...] Die Öl- und Gasindustrie nutzt die derzeitige geopolitische Situation schamlos aus. Mehr als die Hälfte der weltweit in Entwicklung befindlichen Verflüssigungskapazität befindet sich in den USA (44%) und Kanada (11%). Der Großteil dieses angeblichen „freedom gas“ soll durch Fracking gewonnen werden. Fracking ist eine der schmutzigsten und schädlichsten Fördermethoden, um an Gas und Öl zu gelangen, das in tiefen Gesteinsschichten eingeschlossen ist. Es erhöht das Risiko von Erdbeben und die dabei verwendeten Chemikalien können Grund- und Oberflächenwasser vergiften. Forscher*innen aus Yale haben herausgefunden, dass Kinder, die in der Nähe von Fracking-Standorten leben, ein zwei- bis dreifach höheres Risiko haben, an Leukämie zu erkranken. [7] 81% des weltweiten Frackings findet in den USA statt. Insgesamt kommen die USA auf 53,5% der weltweiten kurzfristigen Expansion im Bereich der unkonventionellen Förderung. [8] [...]

In fast allen Teilen der Welt sind große Unternehmen aus Europa und Nordamerika wichtige Akteure für die Expansion der Öl- und Gasindustrie. Um drei Beispiele zu nennen: **TotalEnergies** aus Frankreich, **ExxonMobil** aus den USA und **Shell** aus den Niederlanden/dem Vereinigten Königreich sind an der Öl- und Gasexpansion auf sechs Kontinenten beteiligt. Sie sind verantwortlich für Explorationsvorhaben in 69 von insgesamt 159 Ländern, in denen aktuell nach

neuen Öl- und Gasressourcen gesucht wird. Kurzfristig haben diese Unternehmen Upstream-Expansionspläne in 31 verschiedenen Ländern und sind an Pipeline- und LNG-Expansionsprojekten in 22 verschiedenen Ländern beteiligt. [...] Überall auf der Welt, von Uganda bis zu den Philippinen, protestieren lokale Gemeinschaften und Aktivist*innen gegen Öl- und Gasunternehmen wegen ihrer rücksichtslosen Expansionspläne. Wie **Omar Elmawi**, Koordinator der Stop EACOP-Kampagne und Geschäftsführer von Muslims for Human Rights, sagt: „Die unverantwortlichen, von Gier getriebenen Expansionspläne der Öl- und Gasunternehmen zerstören lokale Gemeinschaften und ganze Ökosysteme. Sie führen zu Verfolgung, Vertreibung und allen möglichen ökologischen und sozialen Schäden. Die Menschen in Afrika wollen das alles nicht. Erneuerbare Energien sind der Schlüssel für universellen Zugang zu Energie und eine gerechte Transition. Wir protestieren gegen die weitere kolonialistische Plünderung der natürlichen Ressourcen unserer Heimat durch gierige Öl- und Gaskonzerne, die Regierungen korrumpieren und ganze Länder ins Chaos stürzen. Afrika hat etwas Besseres verdient. Unser Planet verdient etwas Besseres.“

Anmerkungen

[7] <https://ehp.niehs.nih.gov/doi/full/10.1289/EHP11092>

[8] <https://gogel.org/fracking-permian-basin>.

Die USA haben den Gaskrieg gegen Russland gewonnen

09. November 2022, [Jens Berger](#) - [...] Nach einer [Studie](#) des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) lösen die USA Russland demnächst nicht nur als wichtigsten Energielieferanten ab, sondern nehmen für den EU-Gasmarkt mit einem Importvolumen von 40 Prozent dieselbe dominante Rolle ein wie Russland vor dem Ukrainekrieg.

[...] Die US-Frackingindustrie ist durch die Abschöpfung des Überangebots an Gas erst einmal gerettet. Die Prognosen für die Zukunft sehen dabei rosig aus. In Texas und Louisiana wurden bereits [Projekte genehmigt](#), mit denen sich die Kapazität der LNG-Exporte in den nächsten Jahren deutlich steigern wird. [...] Auch geostrategisch ist dies ein

Hauptgewinn für die USA, ist Europa doch nun völlig abhängig von US-Energielieferungen und damit politisch und volkswirtschaftlich erpressbar.

Neben der EU gibt es jedoch noch weitere Verlierer und das sind die Umwelt und das Klima. Die negativen Folgen für die Umwelt entstehen dabei vor allem in den Fördergebieten in den USA, in denen gefrackt wird. Die Studienlage ist [deprimierend](#) und in Europa wäre die Förderung nach jetzigem Recht gar nicht genehmigungsfähig. Der LNG-Boom hat jedoch auch globale Folgen. Über die gesamte Lieferkette, angefangen beim [Fracking](#) [...] entstehen nicht nur CO2-Emissionen, sondern auch die besonders klimaschädlichen Methan-Emissionen.

German Foreign Policy: Erdgas und Panzer in Qatar

30 Nov 2022 - DOHA/BERLIN (Eigener Bericht) – Deutschland wird ab 2026 relativ geringe Mengen Erdgas aus Qatar erhalten und muss sich auf eine Vertragslaufzeit einlassen, die offen der Energiewende zuwiderläuft. Dies sieht eine Liefervereinbarung vor, die gestern nach langwierigen Verhandlungen mit dem Staatskonzern Qatar Energy erzielt werden konnte. Demnach wird Qatar in vier Jahren beginnen, zwei Millionen Tonnen Flüssiggas im Jahr zu liefern – rund 5 Prozent der Menge, die Nord Stream 1 transportierte. Woher das bis 2026 benötigte Erdgas kommen soll, ist weiterhin unklar. Experten urteilen, bei konsequenter Umsetzung der Energiewende solle eigentlich bereits in

fünf Jahren kein zusätzliches Flüssiggas mehr nötig sein. Robert Habeck, Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, nennt die 15-Jahre-Laufzeit „super“. Der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Emirat, das die Bundesregierung zur Zeit mit einer Negativkampagne überzieht, findet auch auf anderen Geschäftsfeldern statt. So unterstützen deutsche Rüstungskonzerne Doha beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Qatar hat aus Deutschland Kampfpanzer und weitere Waffen für Milliardensummen erhalten, darunter Flugabwehrpanzer zum Schutz der Fußball-WM. Vollständiger Text: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9099>

Ja zu regenerativen Energien - aber NICHT SO

Rohstoffausbeutung in Lateinamerika Energiewende auf wessen Kosten?

15.12.2022 19 Uhr, Berlin

Die Produktion von Windrädern, Solaranlagen und E-Autos braucht Metalle – viele kommen aus Peru und Chile, wo der **Bergbau** die Umwelt verschmutzt und die Menschen krank macht.



Vergiftetes Grundwasser, ausgetrocknete Landstriche, Schwermetallbelastung. Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen für den Umstieg auf **erneuerbare Energien** und Elektromobilität in Industrieländern wie Deutschland führt zu Problemen in Lateinamerika. Denn Elektroautos, Windräder und Photovoltaikanlagen benötigen Metalle: In einem einzelnen Elektro-Pkw können bis zu sechs Kilometer Kupferverkabelung verbaut sein und 13,5 Kilogramm Lithium im Akku. Bisher kommen diese Rohstoffe fast ausschließlich aus Ländern des Globalen Südens wie Peru und Chile. Dort befinden sich die größten Kupfer- und Lithiumreserven der Erde.

Chile gilt aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung im Norden und der starken Winde in Patagonien außerdem als Paradies für erneuerbare Energien – und deshalb für die Produktion von grünem Wasserstoff und seinen Folgeprodukten. Siemens Energy und Porsche bauen gerade eine Pilotanlage in Patagonien, um strombasierte Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, mit Windkraft zu produzieren und nach Deutschland zu exportieren.

Lässt sich der **Klimawandel** allein durch eine Antriebswende aufhalten? Lagern die Länder des Globalen Nordens die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Lebensweise auf den Globalen Süden aus? Wer leidet unter der Rohstoffausbeutung? Warum brauchen wir eine Rohstoffwende?

Eine **taz Talk Veranstaltung** von **Nachrichtenpool Lateinamerika, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika** und **taz** 15. Dezember 2022, 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr, **taz Kantine**, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin - **Anmeldung erforderlich** – **weitere Infos** über die Veranstaltung

Power-shift: **Performance-Check Automobilindustrie Dossier Rohstoffwende**
<https://power-shift.de/campaign/rohstoffwende-jetzt/>

E-Autos: Werden sie das Klima retten?

Video 48 Minuten - Mit einem Elektro-SUV einer grünen Zukunft entgegen? 300 PS und ein gutes Gewissen? Oder einfach nur ein Trick, um noch mehr Autos zu verkaufen?

Ausstieg aus dem Agrokraftstoff ist dringend

Mit den Anbauflächen, auf denen derzeit Getreide, Raps und andere Pflanzen zur Produktion von Agrokraftstoff für den deutschen Markt wachsen, könnte der Kalorienbedarf von bis zu 35 Millionen Menschen gedeckt werden. Der Verbrauch von Agrosprit im laufenden Jahr jedoch angestiegen. Das unterstreicht, wie dringend es ist, die staatlichen Fehlanreize zu beenden.

Robin Wood, 23.11.2022

German Foreign Policy „Grüner Energie-Imperialismus“

8.12.2022 (Eigener Bericht) – **Die Bundesregierung verweigert weiterhin die Zahlung von Entschädigungen für den Genozid an den Herero und Nama und nimmt Namibia nun stattdessen als Lieferanten grüner Energieträger in Anspruch.** Wirtschaftsminister Robert Habeck hat in dieser Woche Namibia bereist, um den Bezug grünen Wasserstoffs bzw. Ammoniaks zu forcieren; Ammoniak lässt sich aus Wasserstoff herstellen und kann einfacher transportiert werden. Ein deutsches Unternehmen betreibt nahe Lüderitz ein Projekt, das ab 2017 eine Million Tonnen Ammoniak pro Jahr exportieren soll; der Energiekonzern RWE hat sich 300.000 Tonnen jährlich

gesichert. Während Namibia den Wasserstoff gerne nutzen würde, um eine eigene Industrie aufzubauen, ist unklar, wieviel von dem Energieträger überhaupt im Land verbleiben wird. Kritiker weisen außerdem darauf hin, dass das Projekt in einem ökologisch hochsensiblen Gebiet angesiedelt wird. Unterdessen dringt Namibias Regierung, unter dem Druck von Nachfahren der Herero und Nama, auf neue Verhandlungen mit Berlin über Entschädigungen für den Genozid und fordert Reparationen in Höhe von 73 Milliarden Euro.

Weiterlesen: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9106>

Europa



Europäisches Sozialforum in Florenz „Der Beginn eines gemeinsamen Weges“ Abschlussbericht des Organisationskomitees der Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des Europäischen Sozialforums in Florenz 10./13. November

„2022Firenze“ ist mit dem Start einer neuen Zeit der Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegungen unseres Kontinents zu Ende gegangen. "Es ist der Beginn eines gemeinsamen Weges nach zu vielen Jahren thematischer und geografischer Zersplitterung, die jeden geschwächt hat, der für soziale und ökologische Gerechtigkeit kämpft, egal in welchem Land und auf welchem Breitengrad", erklärt das Organisationskomitee des viertägigen Treffens.

Der Fahrplan sieht die Schaffung eines stabilen Beziehungsnetzes zwischen allen Organisationen und Bewegungen vor, mit regelmäßigen Treffen und zwei Zielen: "Das erste ist, in den kommenden Monaten alle großen und kleinen Akteure einzubeziehen, die bereit sind, sich zusammenzuschließen und zu koordinieren, um gemeinsam die großen Probleme unserer Zeit anzugehen. Das zweite ist die Arbeit am Aufbau globaler Mobilisierungen der Zivilgesellschaft, beginnend mit einem alternativen AlterCop während der nächsten Klimakonferenz der Vereinten Nationen, die Bewegungen aller Generationen zusammenbringt."

An dem europaweiten Treffen, das anlässlich des 20. Jahrestages des Europäischen Sozialforums in Florenz stattfand und 45 Veranstaltungen umfasste, nahmen insgesamt mehr als 700 Delegierte teil, die 155 italienische und europäische Organisationen vertraten. Nicht weniger als 25 Länder waren anwesend, von Dänemark bis Griechenland, von Portugal bis Osteuropa, mit Stimmen aus dem Iran, Irak, Libyen, Brasilien und einer Online-Verbindung mit Lateinamerika und Aktivisten, die in Sharm el-Sheikh in Ägypten bei der COP27 anwesend waren.

Mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen und Bewegungen aus allen Generationen und geografischen Regionen, die Fridays for Future und die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die antirassistische Bewegung, die Bauernbewegung und die Gemeingüter sowie Organisationen aus den Bereichen Soziales, Kultur, internationale Zusammenarbeit, ethisches Finanzwesen, Sozial- und Solidarwirtschaft und verschiedene Gewerkschaften und politische Organisationen der europäischen Linken repräsentieren, sprachen auf der Vollversammlung, die auch online von mehr als 2.000 Personen verfolgt wurde.

Unter ihnen die Organisatoren der großen Friedensdemonstration am 5. November in Rom und die Initiatoren der Arbeiter- und Umweltproteste, weltbekannte Intellektuelle wie der Nobelpreisträger für Physik Giorgio Parisi und viele Aktivisten, die heute an vorderster Front stehen, von Nordeuropa mit der Polin Marta Lempart, die für das Recht auf Abtreibung und die Lgbtqi+-Gemeinschaft kämpft, bis in den Süden mit der Libyerin Souad Wheidi, die sich für die in libyschen Konzentrationslagern gefolterten Migranten einsetzt.

"Mit 2022Firenze beginnt eine neue Phase der Bewegungen. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, sie fruchtbar zu machen. Der Planet bittet uns, die Würde der Frauen und Männer, die ihn bewohnen, bittet uns", schließt das Organisationskomitee.

Berichte: <https://www.counterfire.org/articles/opinion/23617-we-cannot-simply-wait-voices-from-the-european-left>

Politische und soziale Situation in Europa

Eigentlich könnten Berichte und Analysen über die politische und soziale in Europa ein ganzes SiG-Heft füllen – wir begrenzen uns jetzt auf einige Einblicke mittels Links.

Italien: Faschisten beglückwünscht - Meloni übernimmt Regierungsgeschäfte. - [jungewelt](#), 24.10.2022

Schülerproteste Ungarn: »Kein freier Unterricht, keine angemessene Bezahlung« Ungarn: Lehrer streiken für bessere Arbeitsbedingungen. Schüler solidarisieren sich mit ihnen. Ein [Gespräch](#) mit Ákos Bozai von Milán Csoma

Großbritannien: Britische Pflegekräfte einigen sich auf landesweiten Streik - [jungewelt](#) 9.11.2022
Rentenstreik an britischen Universitäten [labournet](#)
Streikwelle im Dezember 2022 [labournet](#)

Spanien: Massenprotest gegen Privatisierung des Gesundheitswesens und der Altenpflege [labournet](#)

Belgien: Gemeinsam für eine soziale und ökologische Zukunft eintreten, <http://www.fairefront.be/>

Frankreich: Proteste gegen Bewässerungsprojekte – [TAZ](#), 30.10.2022
25.- 26. November 2022: Aktionstage gegen Amazon - [attac Frankreich](#)

Transform-network.net Die EU-Programme zur Aufbau- und Resilienz nach COVID-19 Dieses eDossier umfasst Studien aus allen Teilen Europas, die analysieren, wie die Diskussionen über die Rückkehr der Austeritätspolitik in den einzelnen Ländern geführt werden, ob eine Care-Gesellschaft bzw. eine Klimapolitik jeweils Teil des Diskurses ist und welche linken Alternativen zu den hegemonialen Staatsprojekten entwickelt wurden.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Menschenrechte im Krisenmodus

Die stetig steigende Inflation, insbesondere der massive Anstieg von Energie-, Gas- und Nahrungsmittelpreisen, macht vielen in Deutschland zu schaffen. [...]. Die Wohnungsmieten explodieren bereits seit Jahren.

[...] Die Bundesregierung versucht, auf die Krise zu reagieren, zuletzt mit 200 Milliarden Euro sowie einer Gas- und Strompreisbremse. Bereits jetzt ist klar, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird. Es bräuhete weitergehende, systemische Maßnahmen.

Auch üben Sozialverbände harte Kritik: Teilweise verschärfen die Pläne der Bundesregierung die soziale Ungleichheit weiter, weil Bezieher*innen höherer Einkommen stärker entlastet werden.

Nicht wenige Politiker*innen offenbaren gleichzeitig ihre Verachtung für Menschen in Armut. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) empfiehlt etwa, sich mit dem Waschlappen zu waschen, statt zu duschen, um Geld zu sparen. FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner unterstellte den Nutzer*innen des 9-Euro-Tickets eine „Gratismentalität“, dabei ermöglichte es vielen Menschen deutlich mehr soziale Teilhabe und teilweise den ersten Urlaub seit Jahren. Ebenjener Minister reiste im Sommer zu seiner Hochzeit auf Sylt mit dem Privatjet an. Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble wiederum forderte die Menschen auf, nicht zu sehr zu jammern. Der Staat könne der Bevölkerung nicht alle Belastungen abnehmen. Mit zwei Pullovern und Kerzen solle man sich gegen Kälte und Stromausfälle wappnen.

Gegen diese Zustände formiert sich auch in Deutschland Protest. Ein „heißer Herbst“ wurde sowohl von links als auch von rechts ausgerufen. Dabei gelingt den großen Bündnissen aus Sozialverbänden und Gewerkschaften sowie den vielen neu entstandenen lokalen Initiativen meist eine treffsichere Analyse der gegenwärtigen Krise. Gemeinsam ist jedoch allen, dass sie bislang noch wenig Mobilisierungskraft entfalten.

Strukturelle Veränderungen müssen sein

Eine fortschrittliche Kritik thematisiert die Energiekrise dabei auch als Krise der Ungleichheit. Das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland verbraucht fast fünfmal so viel Energie wie der Durchschnitt. Die Folgen der Krise können nicht durch individuelles Handeln und Sparen aufgefangen werden, es bedarf struktureller Veränderungen.

Bündnisse wie „Genug ist Genug“, „Umverteilen“ oder „NichtaufunseremRücken“, fordern Umverteilung, damit die Krisenkosten nicht auf Geringverdienende abgewälzt werden. Notwendige strukturelle Veränderungen wären zudem die Vergesellschaftung von Energiekonzernen, der Zugang zu kostenloser oder zumindest günstiger Mobilität, die Vergesellschaftung von Wohnraum, die Deckelung von Miet- und Energiepreisen, signifikante Lohnerhöhungen und angemessene Entlastungen für den Winter. Der sofortige Umstieg auf erneuerbare Energien und der Ausstieg aus

fossilen Energieträgern ist dabei zentral.

All diese Forderungen könnten uns zusammen mit der Besteuerung von hohem Vermögen, Erbschaften und Übergewinnen von Konzernen, die durch die Krise profitieren ([vor allem aus den Sektoren fossile und erneuerbare Energien, Rüstung und Agrar](#)) nicht nur durch den kommenden Winter bringen, sondern auch die Grundlage für eine gerechtere Gesellschaft bereiten.

Hetze gegen Asylbewerber

Proteste des rechten Spektrums fordern dagegen nicht primär eine andere Energiepolitik oder Umverteilungsmaßnahmen, sie hetzen stattdessen wie gewohnt gegen Geflüchtete. [...] Den Versuch, mittels rechtem Populismus politisches Kapital zu schlagen, unternahm auch Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die Asylbewerber*innen [diskreditierte](#), indem sie eine populistische Trennlinie zwischen in Deutschland willkommenen Ukrainer*innen und Flüchtenden aus anderen Herkunftsstaaten setzt [...] – deren Anzahl sei zu begrenzen. Folge dieser Politik sind etwa seit Monaten verstärkte Racial-Profilingskontrollen im Grenzgebiet zu Tschechien und Polen.

Es ist dieses rhetorische Zündeln, auf das rechte Gewalt und tatsächliche Brandstiftung folgen. Im sächsischen Bautzen brannte Ende Oktober das als Flüchtlingsunterkunft vorgesehene „Spreehotel“, gegen das die AfD in derselben Woche noch protestiert hatte. In Groß Strömkendorf bei Wismar in Mecklenburg-Vorpommern war wenige Tage zuvor eine Flüchtlingsunterkunft niedergebrannt.

Rechte Regierungen

In Schweden und Italien fassen rechte Kräfte in der Krise gleichzeitig dramatisch Fuß. Regierungsoberhäupter verschiedener EU-Länder biederten sich direkt nach dem Wahlsieg in Italien eilig den Faschisten an. Nicht nur traf sich der französische Präsident Emmanuel Macron bereits kurz nach dem Regierungsantritt mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Auch Olaf Scholz, Ursula von der Leyen und weitere gratulierten überschwänglich und erklärten eilig ihren Willen zu Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft. Die fehlende Distanz zu einer weiteren extrem rechten Regierung normalisiert diese Politik innerhalb der EU einmal mehr.

Erste Anzeichen für ein härteres Vorgehen der neuen Rechtsregierung in Italien sind die Blockade von Schiffen der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer sowie der Richtungswechsel hin zu einer ultrarechten Biopolitik [...] Auch die knappe Wahlniederlage des Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro in Brasilien hält uns vor Augen, dass die rechte Formierung nicht allein ein europäisches Phänomen ist.

Die verschiedenen Krisen gefährden derzeit vielerorts in der Welt die Menschen- und Bürgerrechte. Um sie gilt es noch härter zu streiten als zuvor. [Grundrechtekomitee](#)

Grundenergiebedarf sozial und ökologisch decken!

Attac Deutschland:

Gaspreisbremse: Unsozial und unökologisch

Die von der Bundesregierung geplante Gaspreisbremse bevorteilt nach Ansicht von Attac weiterhin Vielverbraucher*innen, indem sie den bisherigen Verbrauch als Bemessungsgrundlage beibehält. Attac fordert stattdessen eine günstige Grundversorgung, die sich nach Haushaltsgröße und energetischem Zustand des Wohngebäudes richtet. Darüber hinausgehender Bedarf muss progressiv teurer werden, um Anreize zum Energiesparen zu setzen. Zur Finanzierung sollten die Übergewinne der Energiekonzerne und große Vermögen herangezogen werden.“, sagt Annette Schnoor vom bundesweiten Attac-Rat.

Attac kritisiert die Energiepolitik der Bundesregierung und fordert einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Offenlegung der Energieverbräuche in der Wirtschaft. Damit öffentlich darüber debattiert werden kann, welche Produkte und Dienstleistungen sich eine klimaneutrale Gesellschaft künftig leisten will, fordern wir als ersten Schritt die Offenlegung der Daten, die die Bundesnetzagentur in den letzten Monaten über die Gasflüsse in der Wirtschaft erhoben hat.“ [mehr](#)

[SiG 147: Energieversorgung in Deutschland](#)

Attac Österreich fordert sozial-ökologischen Energie-Grundanspruch, [Attac Österreich](#); [SiG 146](#)

Konzeptwerk Neue Ökonomie:

[Bausteine für Klimagerechtigkeit](#)

[imk-Studie: Obergrenze bei der Gaspreisbremse](#) sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit

RLS: <https://www.rosalux.de/energiekrise>

Attac Österreich

Die negativen Folgen der Liberalisierung

8.9.2022 - Die aktuelle Krise zeigt, dass liberalisierte Energiemärkte weder leistbare noch sichere Versorgung leisten. Zugenommen hat hingegen die Marktmacht der großen fünf europäischen Energiekonzerne (RWE, Engie, EDF, Uniper, Enel). Das meistgenannte Argument für die Liberalisierung sind niedrigere Preise. Doch Vergleiche mit einem fiktiven Szenario der Nicht-Liberalisierung sind auch laut Studien methodisch schwierig und umstritten. Es zahlreiche Entwicklungen, die in den letzten beiden Jahrzehnten die Energiepreise gedrückt haben, wie die Rezession nach der Fi-

nanzkrise 2008 oder das Gas-Überangebot durch den Fracking-Boom in den USA. Zunehmend waren die Jahrzehnte zuvor öffentlich errichtete Energie-Infrastrukturen zum Großteil abbezahlt.

Fest steht jedenfalls, dass die Energiearmut in Europa stark angestiegen ist, da die großen privaten Energiekonzerne keine gemeinnützigen Ziele verfolgen und es dadurch zu Abstrichen in der Versorgung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen kommt.

Die Marktmechanismen können den ökologischen Umbau des Energiesystems nicht sicherstellen. Die großen Energiekonzerne haben beim Ausbau erneuerbarer Energien völlig versagt und können über internationale Schiedsgerichtsklagen sogar die Energiewende verteuern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde vor allem durch Initiativen der Zivilgesellschaft vorangetrieben. Das war jedoch nur möglich, weil sie durch öffentliche Subventionen vor Marktliberalisierung und dem Binnenmarkt geschützt wurden. Dennoch besteht EU-weit immer noch ein enormes Defizit an dezentraler, erneuerbarer Energieproduktion und Investitionen im Bereich der Mittel- und Niederspannung, während transeuropäische Hochleistungsnetze für den Handel zwischen fossilen Großherzeugern massiv ausgebaut wurden.

Handel über Strombörsen beenden - Energiedemokratie statt liberalisierte Strommärkte

Die aktuelle Krise zeigt für Attac jedoch, dass ein Ende der Liberalisierung und eine starke öffentliche und demokratische Kontrolle über die Energieproduktion und -verteilung nötig ist. Anstelle des profitorientierten Marktes sollte mittelfristig ein kooperativer europäischer Energierraum treten. Strom und Gas sollen nicht mehr über Börsen gehandelt. Der nötige Ausgleich und der Handel von Energie sollte über öffentlich kontrollierte Stellen ablaufen und damit die nötigen Sicherheiten garantieren. Für eine sozialökologische Transformation unseres Energiesystems hat Attac das Konzept der [Energiedemokratie](#) entwickelt. Private und öffentliche Energieversorger sollten in gemeinnützige Gesellschaftsformen überführt werden, deren Hauptziel die Versorgung der Bevölkerung ist. Wichtig ist dabei auch die Förderung von dezentralen, erneuerbaren Energieproduzent*innen wie Bürger*innenkraftwerke, kommunalen Energiegenossenschaften und Stadtwerken. Analog zum Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz sollten deren Gewinne und Verwendungszweck gesetzlich beschränkt werden. Mehr: attac.at

Verbände fordern Schutz vor Energiesperren und vor Wohnungsverlust - [Offener Brief](#), 7.12.2022

WIPO Verdi: Keine Rendite mit der Miete - Wiedereinführung einer Wohngemeinnützigkeit

Die Mieten in zahlreichen Städten ziehen seit langem deutlich an. Menschen werden dadurch aus ihren Vierteln verdrängt. Viele Beschäftigte können sich heute keine Wohnung in Arbeitsplatz-Nähe mehr leisten. Die Wohnungsfrage braucht vor diesem Hintergrund neue Antworten. Diese [Broschüre](#) von ver.di und IG BAU zeigt, welchen Beitrag die Wiedereinführung einer Wohngemeinnützigkeit für bezahlbaren, guten und klimagerechten Wohnraum leisten kann.

Gutes Leben für alle statt Überfluss für wenige

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen (...).“
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, **Art. 25 Abs. 1**)

Prekäre Arbeit ...

... ohne Tarifvertrag, mit Niedriglöhnen, in „Teilzeit-Falle“, mit Arbeitsverdichtung und Dauerstress:

Das ist das Los von Millionen Beschäftigten weltweit.

In Deutschland: Über ein Drittel der abhängig Beschäftigten hat kein normales Arbeitsverhältnis

4,33 Millionen sind nur befristet beschäftigt

1,4 Millionen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit

816 000 Beschäftigte sind Leiharbeiter*innen

4,4 Millionen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt

Seit den 1990er Jahren ist Deutschlands **Niedriglohnssektor** um gut 60 Prozent gewachsen.

Quellen: [statista](#), [deutschlandfunk](#), [tagesschau](#), [WSI](#)

Schluss mit prekärer Arbeit

Einige Forderungen und Kampagnen gegen prekäre Arbeit:

gleiche Rechte für Leiharbeiter*innen;

deutliche Erhöhung des Mindestlohnes; unbefristete Arbeitsverträge

Arbeit fair teilen

ausreichende Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter (statt Bürgergeld)

Webseiten: <https://arbeitsunrecht.de>

<https://www.labournet.de/>

<https://www.labournet.de/express/>

25. November 2022: Make Amazon Pay Day!

Internationaler Aktionstag für bessere Arbeitsbedingungen bei Amazon.

Streiks an zehn Standorten in Deutschland. mehr: [Verdi](#)



Streik bei Amazon in Bad Hersfeld

Werner Rügemer: - Buch : Imperium EU

ArbeitsUnrecht – Krise – Neue Gegenwehr

- Vortrag auf der Tagung der AG Europa, 26.11.2022

Bürgergeld??? - Hartz V!

- [Attac Deutschland](#), 25.11.2022 - Die jetzigen Pläne bedeuten eine Fortsetzung des menschenverachtenden Hartz-Systems unter anderem Namen. Hartz V wäre die richtige Bezeichnung. Dank des Kompromisses gelten nun alle Sanktionen bereits ab dem ersten Tag. Übrig geblieben ist einzig eine völlig unzureichende Erhöhung des Schonvermögens sowie die Anpassung des Regelsatzes um 53 Euro, bei der es sich allerdings nicht um eine echte Erhöhung, sondern lediglich um einen Inflationsausgleich handelt.

Attac Deutschland fordert echte Entlastungen, die durch entschiedene Umverteilung finanziert werden müssen. So braucht es dauerhafte Mietobergrenzen, ein Ende von Zwangsräumungen sowie ein Sozialticket, das allen Menschen Zugang zu klimaverträglicher Mobilität erlaubt.

- **Förderverein gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeit:** Auch das Bürgergeld stellt sich uns so als Verarmungs- und Zwangssystem dar mit dem Hauptziel, die Löhne zu drücken. Das gilt erst recht, nachdem der Vermittlungsausschuss auf Druck der CDU verschiedene zunächst geplante Verbesserungen, etwa bei den Kosten der Unterkunft, zusammengestrichen hat. - mehr: [erwerbslos.de](#)

- **Hartz IV bleibt Hartz IV – Scharfe Kritik des Paritätischen am Kompromissvorschlag von Ampel und Union zum Bürgergeld – [Pressemitteilung](#)**

- **Fünf Mythen der rechten Bürgergeld-Hetze – [freitag](#)**

Zu den Ursprüngen von Hartz IV:

Unser Alt-Bundeskanzler **Schröder** am 28. Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

„... **Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.** „

„Wir fordern die Bundesregierung auf, die Regelsätze auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.“ (Von 459 Organisationen unterschrieben, u. a. vom DGB – <http://www.der-paritaetische.de>, 2019 !)

1 % der Weltbevölkerung besitzt 40 % des weltweiten Vermögens.

Die unteren 50 % der Weltbevölkerung haben **weniger als 1 %** des weltweiten Vermögens. ([Oxfam](#); [Ethecon](#))

In Deutschland: Die zum wohlhabendsten Prozent gehörenden Haushalte besitzen 30 % des Gesamtvermögens.

NaturFreunde Deutschlands

CETA-Ratifizierung: Ein schwarzer Tag für Klima und Umwelt



02.12.2022 | Zur heutigen Bundestagsabstimmung über das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada erklärt **Uwe Hixsch**, Mitglied im Bundesvorstand der **NaturFreunde Deutschlands**:

Mit der Zustimmung zu CETA hat die Mehrheit im Deutschen Bundestag dem Klima und dem Umweltschutz einen Bärendienst erwiesen. Durch die Ratifizierung macht der Bundestag die Türen weit auf für Klagen von internationalen Konzernen gegen eine Verbesserung des Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutzes. Die Schiedsgerichte hebeln die demokratische Gerichtsbarkeit aus und tragen dazu bei, dass internationale Konzerne ihre Forderungen gegen die Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen können. Besonders die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen, die bei den großen CETA-Demonstrationen noch in der ers-

ten Reihe mitliefen und vor Zehntausenden laut und deutlich ihre Ablehnung des Freihandelsabkommens formulierten, ist absolut unverständlich. Die nächsten Jahre werden zeigen, dass internationale Konzerne CETA dafür nutzen werden, Milliardenklagen gegen Deutschland anzustreben. [...] Die NaturFreunde Deutschlands haben seit mehr als zehn Jahren gegen die Verabschiedung dieses neoliberalen Freihandelsabkommens gekämpft. Mit der heutigen Ratifizierung im Bundestag **geht der NaturFreunde-Einsatz für die Kündigung von CETA in eine neue Runde.**

Das Engagement der globalisierungskritischen Bewegung hat jedoch erreicht, dass die Energiecharta (ECF) durch Deutschland gekündigt wird. Es zeigt sich also auch, dass ein jahrelanger Kampf für die Veränderung bestehender Abkommen zu Erfolgen führen kann.

Jetzt geht es darum, CETA noch zu stoppen. Die NaturFreunde Deutschlands **unterstützen die globalisierungskritischen Kräfte in jenen Staaten, deren Parlamente dem Abkommen bisher nicht zugestimmt haben** und hoffen, dass dieses neoliberale Abkommen noch gestoppt werden kann.

Attac Österreich

EU-Kommission will Österreichs Veto bei EU-Mercosur aushebeln

Breite Kritik aus Europa und Lateinamerika an Aufteilung von Handelsabkommen

23.11.2022 - Die EU-Kommission will den Widerstand Österreichs und anderer EU-Staaten gegen das [Handelsabkommen EU-Mercosur](#) aushebeln. Sie plant, das Abkommen in ein politisches und ein wirtschaftliches Kapitel zu teilen. Der wirtschaftliche Teil soll dabei möglichst rasch ohne Mitsprache der nationalen Parlamente beschlossen werden können - dafür sollen bereits eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat und eine einfache Mehrheit im EU-Parlament genügen. Auch bei den Abkommen EU-Mexiko und EU-Chile will die EU-Kommission so vorgehen. Diesen Freitag, 25.11., findet das erste Treffen der EU-Handelsminister*innen seit der Wahl in Brasilien statt. Aus diesem Anlass fordern [209 Organisationen](#) aus der EU und Lateinamerika die demokratische Mitsprache ihrer Parlamente sicherzustellen und die Aufteilung der Abkommen zu verhindern. Denn seit der Wahl Lulas in Brasilien verstärken Befürworter*innen des Mercosur-Abkommens den Druck. Das "Splitting" von Abkommen ist dabei eine intransparente und undemokratische Vorgangsweise, die einzig darauf abzielt, den Widerstand von EU-Mitgliedsländern auszuhel-

beln. "Das österreichische Parlament hat die Regierung an ein Nein zum Mercosur-Abkommen gebunden. Doch mit den veränderten Abstimmungsregeln wäre dieses Veto im Handels-Minister*innen Rat zu wenig. Wirtschaftsminister Kocher darf daher nicht zulassen, dass das berechtigte Nein des Parlaments durch einen Verfahrenstrick außer Kraft gesetzt wird", betont die [Plattform Anders Handeln](#).

Laut einer [juristischen Analyse](#) hätte die Abspaltung des wirtschaftlichen Teils des EU-Mercosur Abkommens schwerwiegende negative Folgen für die ohnehin unzureichende Durchsetzbarkeit von Menschenrechten, Arbeitnehmer*innenrechten und Klimaschutz, kritisiert Anders Handeln.

Das EU-Mercosur-Abkommen soll der südamerikanischen Agrar- und Rindfleischindustrie mehr Exporte in die EU ermöglichen - im Austausch für Handelserleichterungen für die europäische Industrie, allen voran die deutsche Autoindustrie. Mehr Rindfleisch- und Sojaimporte in die EU bedeuten mehr Abholzung des Regenwaldes, mehr CO₂-Ausstoß, mehr Vertreibungen von Kleinbäuer*innen und Indigenen sowie weniger Artenvielfalt und laxere Lebensmittelkontrollen. Auch der Handel mit klimaschädlichen Agrartreibstoffen soll erleichtert werden.

In der EU wiederum würde das Abkommen den Druck auf kleinbäuerliche Landwirtschaft, Produktionsstandards und Tierschutz weiter erhöhen und die Industrialisierung der Landwirtschaft noch stärker vorantreiben.

Quelle: [Attac Österreich](#)

Informationen über das EU-Mercosur-Abkommen und andere „Freihandelsabkommen“:

<https://www.gerechter-welthandel.org/material/mercotur/>
<https://power-shift.de/campaign/gerechte-handelspolitik-lateinamerika/>
<https://www.globaljustice.org.uk/our-campaigns/trade/>

Frieden

Schritte für einen gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine

Erklärung der Teilnehmer der Studiengruppe Wissenschaft und Ethik des Glücks; Treffen in der Casina Pio IV, Vatikanstadt, 6. bis 7. Juni 2022 (Auszüge)

Jeffrey Sachs, Romano Prodi et al.: „Die Trommelschläge des Kriegs müssen Worten des Friedens weichen“

Eine internationale Arbeitsgruppe um den US-amerikanischen Ökonom und Direktor des *UN Sustainable Development Solution Network* Jeffrey Sachs traf sich am 6. und 7. Juni in der Casina Pio IV, Vatikanstadt, um Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“ zu erarbeiten.

KARENINA dokumentiert die dort entstandene „Erklärung der Teilnehmer der Studiengruppe Wissenschaft und Ethik des Glücks“, die unter anderen der italienische Ministerpräsident Romano Prodi und der ehemalige spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos unterzeichnet haben, in deutscher Übersetzung.

[...] Die USA, die Europäische Union, die Türkei, China und andere Länder sollten den beiden Seiten helfen, sich mit einem ausgehandelten Friedensabkommen sicher zu fühlen.

Für die Ukraine bedeutet Sicherheit, dass auf ein Friedensabkommen keine erneuten russischen Drohungen oder Übergriffe folgen werden. Für Russland bedeutet Sicherheit, dass ihrem Rückzug aus der Ukraine nicht die Osterweiterung der Nato und schwere Bewaffnung der Ukraine folgen werden. Kurz gesagt bedeutet Frieden eine neutrale Ukraine, deren Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität gesichert ist.

Papst Franziskus hat sein Plädoyer für Frieden klar und kraftvoll formuliert: „Ich erneuere meinen Appell an die Regierenden der Nationen: Führt die Menschheit nicht in den Ruin. Bitte! Führt die Menschheit nicht in den Ruin!“

Seine Allheiligkeit, der ökumenische Patriarch Bartholomäus hat erklärt: „Wir rufen alle beteiligten Parteien auf, diesen Weg des Dialogs und der Achtung des Völkerrechts fortzusetzen, um den Konflikt zu beenden und allen Ukrainern ein harmonisches Leben zu ermöglichen. Waffen sind nicht die Lösung.“

Ziel der Friedensstiftung in der Ukraine ist nicht nur ein negativer Frieden – ein Frieden ohne Gerechtigkeit –, sondern ein positiver Frieden, der entschieden auf den vier Säulen der moralischen Beziehungen zwischen den Staaten beruht, die der heilige Johannes XXIII. in seinem maßgeblichen „Pacem in Terris“ anerkannt hat: Wahrheit, Gerechtigkeit, bereitwillige Zusammenarbeit und Freiheit (Paragraf 80). Derartige moralische Beziehungen sind nicht nur zwischen Russland und der Ukraine notwendig, sondern auch zwischen Russland, den USA und der Europäischen Union. Russlands Invasion der Ukraine ist zweifellos eine abscheuliche Verletzung der UN-Charta und des Völkerrechts. Russlands Differenzen mit der Ukraine hätten sicherlich durch vom UN-Sicherheitsrat unterstützte Verhandlungen unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Länder beigelegt werden müssen.

Nun sollten die düsteren Gegebenheiten der andauernden Schlacht, bei der wahrscheinlich keine Seite einen entschei-

denden militärischen Sieg erringen wird, beide Seiten so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch bringen, um die Verlängerung des Kriegs zu verhindern und einen Frieden mit Gerechtigkeit zu erreichen.

[...]

Die Basis für ein mögliches Friedensabkommen wurde in der zweiten Märzhälfte skizziert, als bei Verhandlungen beide Seiten gute Fortschritte meldeten, sowie in jüngster Zeit in Italiens Vorschlag eines vierteiligen Friedensplans Ende Mai. In den Verhandlungen in der zweiten Märzhälfte schlug die Ukraine vier Punkte für eine Friedensregelung vor: Neutralität; internationale Sicherheitsgarantien für die Ukraine; einen ausgedehnten Zeitrahmen, um den Status der Krim abschließend festzulegen; und Verhandlungen über „die komplexen Fragen des Donbass“.

Auch Italiens Friedensplan hat vier Punkte: Waffenstillstand; Neutralität der Ukraine; laufende Verhandlungen über die Krim und den Donbass; und multilaterale Verhandlungen innerhalb der OSZE sowie zwischen Russland und der Nato über regionale Sicherheitsvereinbarungen.

[...] Wir schlagen die folgenden Richtgrößen für einen Waffenstillstand und ein positives Friedensabkommen vor:

1. Neutralität der Ukraine, d. h. der Verzicht auf den staatlichen Ehrgeiz, der Nato beizutreten, bei gleichzeitiger Anerkennung der Freiheit der Ukraine, Abkommen mit der Europäischen Union und anderen abzuschließen;
2. Sicherheitsgarantien für Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine durch die fünf ständigen Mitglieder der Vereinten Nationen (P-5: China, Frankreich, Russland, Großbritannien und Vereinigte Staaten) sowie der Europäischen Union und der Türkei, was militärische Transparenz und Beschränkungen der Stationierung von Militär und groß angelegter Übungen in Grenzgebieten unter internationaler Beobachtung im Zusammenhang mit der Aufhebung von Wirtschaftssanktionen beinhalten könnte;
3. Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von Jahren, danach würden die Parteien auf diplomatischem Weg eine dauerhafte De-jure-Lösung anstreben, die den erleichterten Zugang für lokale Gemein-

- schaften sowohl zur Ukraine als auch zu Russland, eine liberale Grenzübergangspolitik für Personen und Handel, die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte und finanzielle Entschädigungen einschließen könnte;
4. Autonomie der Regionen Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte einschließen könnte, die kurzfristig genauer festgelegt werden;
 5. Garantiertes wirtschaftliches Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerbäfen beider Länder;
 6. Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland verknüpft mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß dem Abkommen;
 7. Einen multilateralen Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung der vom Krieg gezeichneten Regionen der Ukraine – an dem auch Russland beteiligt ist – und sofortigen Zugang für humanitäre Hilfe;
 8. Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Bereitstellung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens.

Auf dem Weg zu einem positiven Frieden

[...] Um Probleme zu lösen, brauchen wir Zusammenarbeit, und für Zusammenarbeit brauchen wir Vertrauen. Dauerhafter Frieden hängt daher nicht nur von formellen Verträgen ab, sondern auch von der Zusammenarbeit in Gemeinschaften, über Ethnien, Religionen und Nationalstaaten hinweg. Auch die Medien tragen Verantwortung dafür, dass die Trommelschläge des Kriegs Worten des Friedens weichen. Die Religionsgemeinschaften stehen an der Spitze des positiven Friedens. [...] Wir empfehlen den religiösen Führern aller Glaubensrichtungen, Russland und die Ukraine dabei zu unterstützen, einen positiven Frieden anzustreben und sich an die Worte Jesajas zu halten: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Jesaja 2,3-4

Nachtrag: Weitere Überlegungen

Selbst wenn die Kämpfe weitergehen, wird wahrscheinlich weder Russland noch die Ukraine ein Ergebnis erzielen, das besser ist als ein ausgehandelter Frieden. Nichtsdestotrotz werden die oben genannten Bedingungen sicherlich die folgenden vier Einwände hervorrufen, auf die wir unsere Antwort geben.

Einwand 1: Die Ukraine hat das Recht, sich für den Nato-Beitritt zu entscheiden

Während die [OSZE-Charta](#) (Absatz 8) das Recht der OSZE-Mitgliedstaaten anerkennt, ihre Sicherheitsvereinbarungen, einschließlich Bündnisverträge, zu wählen, sind die Staaten auch verpflichtet, „ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken“. Stattdessen verpflichteten sie sich, einen gemeinsamen OSZE-Sicherheitsraum „ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichem Sicher-

heitsniveau“ zu schaffen (Abs. 1), und es „kommt keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisationen mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet zu als anderen, noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil des OSZE-Gebiets als seinen/ihren Einflussbereich betrachten“. (Absatz 8)

Zu diesem Zweck haben sich die Nato-Mitgliedstaaten und die Russische Föderation in der Nato-Russland-Grundakte (1997) verpflichtet, strategische Zurückhaltung und Stabilität zu wahren – durch Rüstungskontrollverpflichtungen und durch die Verbesserung der gegenseitigen Sicherheitszusammenarbeit und die Stärkung der OSZE als gemeinsame Sicherheitsorganisation. Darüber hinaus ist die Nato nicht verpflichtet, Anträge anderer Staaten auf Beitritt zum Bündnis anzunehmen, vielmehr muss sie die Auswirkungen auf die regionale und strategische Stabilität und die gegenseitige Sicherheit abwägen.

Nach Ansicht Russlands würde die Nato-Erweiterung um die Ukraine und Georgien auf Kosten der Sicherheit Russlands gehen. Mit der beabsichtigten Nato-Erweiterung hätten die USA und ihre Verbündeten die strategische Basis der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim in Besitz nehmen können, neue potenzielle Stationierungsgebiete für Truppen und Raketen in der Nähe der russischen Kernländer geschaffen und damit das strategische Gleichgewicht untergraben; die Nato-Streitkräfte wären in der Lage, den Zugang Russlands zum Schwarzen Meer und zum östlichen Mittelmeer für seine wirtschaftlichen und militärischen Zwecke einzuschränken. Das sind uralte Überlegungen, die im Krimkrieg (1853 bis 1856) eine Rolle spielten und heute wieder spielen.

Außerdem, während die Nato selbst sich als rein defensives Bündnis bezeichnet, sieht Russland das anders. Russische Führungskräfte und Diplomaten haben wiederholt ihre ernste Besorgnis über die Bombardierung des russischen Partners Serbien durch die Nato 1999 geäußert; die von den USA angeführte „Koalition der Willigen“ im Krieg gegen den Irak 2003 gegen die Einwände des UN-Sicherheitsrats; und die Verletzung der Mandate des UN-Sicherheitsrats bei der Bombardierung des russischen Partners Libyen durch die Nato-Verbündeten 2011, die zu einem Regimewechsel und einem anhaltenden Chaos führte.

Nach Ansicht Russlands dient die Nato den geopolitischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten weit über ihre erklärte Begründung der kollektiven Verteidigung Westeuropas im Kontext des lang anhaltenden Kalten Kriegs hinaus. Wie auch immer: Obwohl sie solche russischen Bedenken ernst nehmen, rechtfertigen sie in keiner Weise eine militärische Aggression gegen einen souveränen Nachbarstaat.

Einwand 2: Die Ukraine wird bald Gebiete zurückerobern, die Russland seit der Invasion im Februar eingenommen hat

Die Ukraine und ihre Unterstützer behaupten, dass die Ukraine einen Zermübungskrieg gewinnen wird, und weisen auf den Schaden für die russische Wirtschaft durch westliche Sanktionen und die schlechte Leistung des russischen Militärs hin. [...] Die Aussichten der Ukraine in einem Zer-

müßungskrieg hängen vollständig von weiterer umfangreicher finanzieller und militärischer Unterstützung des Westens ab. Jedoch schwindet die öffentliche Unterstützung in den USA und der EU für weitere umfangreiche Mittelzuweisungen bereits, insbesondere unter der schweren Last sinkender Lebensstandards infolge der wirtschaftlichen Verwerfungen durch Krieg und Sanktionen.

Einwand 3. Russland sollte für die Invasion bestraft und nicht belohnt werden

Russlands Differenzen mit der Ukraine und mit der Nato hätten sicherlich durch friedliche Verhandlungen gelöst werden müssen. Doch als Russland 2021 versuchte, mit der Biden-Administration und der Nato über die Frage der Nato-Erweiterung zu verhandeln, antworteten die USA und die Nato, das Vorrecht der Ukraine, der Nato beizutreten, sei nicht verhandelbar. Als Russland das Problem des Versagens der Ukraine bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen aufwarf, leisteten die europäischen Garantieländer keine Unterstützung.

Diese Tatsachen rechtfertigen in keiner Weise Russlands Invasion der Ukraine, aber sie helfen, sie zu erklären, und was noch wichtiger ist, sie helfen, Orientierungspunkte aufzuzeigen, die helfen werden, den Krieg zu beenden.

Russland muss auch davon absehen, Narrative zu schaffen, welche die nationale Identität der Ukraine leugnen, und absichtlich Gebiete zurückfordern, von denen es behauptet, dass sie historisch russisch sind, da dies zu einem längeren Krieg führen und alle Chancen auf Versöhnung und Frieden zerstören würde.

Einwand 4. Russland und die Ukraine sind weit von einer Verhandlungslösung entfernt, weshalb die Kämpfe weitergehen werden

Für das Vertrauen in Verhandlungen sprechen folgende Gründe: An der militärischen Front hat sich der Krieg zu einem intensiven Konflikt in einer begrenzten Region der Ukraine (Donbass und südliche Küstenlinie, 20 Prozent des Territoriums der Ukraine) entwickelt. Bodengewinne für beide Seiten sind sehr kostspielig. Die Befürchtungen des Westens, dass Russland die Ukraine überrennen und dann weitere Länder angreifen wird, sind längst vergessen.

Auf der anderen Seite ist auch der Glaube widerlegt, dass Nato-Waffen Russland schnell vom Schlachtfeld verdrängen werden. Außerdem haben sich die Sanktionen des Westens, die einst als Mittel zur Zerschlagung der russischen Wirtschaft galten, als nur begrenzt wirksam und mit hohen Kosten für den Rest der Welt erwiesen.

Beide Seiten haben den Zustand einer „schmerzhaften Patt-situation“ erreicht[...].

Unwahrscheinlich ist, dass auch die Ukraine diese Ausgangslage durch fortgesetzte Kämpfe verbessern wird. Die USA und andere Nato-Länder haben die Grenzen der Art der militärischen und finanziellen Unterstützung, die sie anbieten werden, klargemacht. Die ukrainische Wirtschaft ist bereits verwüstet, und bei anhaltenden Kämpfen würden noch gravierendere Verluste folgen.

Die Ukraine hat bereits die Realität der Nichterweiterung der Nato eingeräumt, aber der Abschluss einer Einigung mit Russland in diesem Punkt könnte der Ukraine erhebliche Vorteile bei den von Russland vereinbarten Gegenmaßnahmen sichern.

Das größte Hindernis für ein Verhandlungsergebnis ist vielleicht die Angst vor Verhandlungen selbst. Politiker befürchten, dass sie als Beschwichtiger und sogar als Defätisten angegriffen werden, wenn sie am Verhandlungstisch Kompromisse statt eines militärischen Siegs fordern.

Deshalb sind Friedensstifter in dieser Phase so wichtig. Die Rolle Seiner Heiligkeit Papst Franziskus und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn António Guterres, und anderer geschätzter Friedensstifter könnte zu diesem Zweck von entscheidender Bedeutung sein.

Die Befürworter des Friedens müssen die Politiker stärken, die das Risiko eingehen, Verhandlungen anzustreben. Diejenigen wie Ministerpräsident Mario Draghi, der kürzlich Italiens Vorschläge für den Frieden vorgelegt hat, verdienen unsere tiefste Belobigung. Wir müssen zivilgesellschaftliche Organisationen und die Weltöffentlichkeit für den Frieden mobilisieren und ein Bündnis für den Frieden fordern.

Erstunterzeichner

Jeffrey D. Sachs, Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network und Universitätsprofessor an der Columbia University

Anthony Annett, Gabelli Fellow an der Fordham University
Maria Paola Chiesi, Studiengruppe Wissenschaft und Ethik des Glücks

Richard Falk, Milbank Professor für Internationales Recht und Praxis, Emeritus, Princeton University

Ana Marta Gonzalez, Professorin für Moralphilosophie an der Universität von Navarra

Nina Chruschtschowa, Professorin für Internationale Angelegenheiten an der New School

Anatol Lieven, Senior Research Fellow am Quincy Institute for Responsible Statecraft

Mario Marazziti, ehemaliger Abgeordneter und Präsident des Menschenrechtsausschusses, Italienisches Parlament

Miguel Ángel Moratinos, Hoher Vertreter der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen und ehemaliger Außenminister Spaniens

Romano Prodi, ehemaliger Ministerpräsident Italiens und zehnter Präsident der Europäischen Kommission

Wolfgang Richter, Senior Associate für Internationale Sicherheit an der Stiftung Wissenschaft und Politik

Richard E. Rubenstein, Universitätsprofessor für Konfliktlösung und Public Affairs an der George Mason University

Michael von der Schulenburg, ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen in UN-Peace Missions

Anna Sun, außerordentliche Professorin für Religionswissenschaft an der Duke University

William F. Vendley, Vizepräsident für Weltreligionen und Spiritualität am Fetzer Institute und emeritierter Generalsekretär bei Religions for Peace

Übersetzung aus dem englischen Original: Peter Köpf

<https://michael-von-der-schulenburg.com/frieden-in-der-ukraine/>

**Ossietzky.net : Wolfgang Herzberg:
Verhandlungslösung alternativlos**

Internationaler Appell für einen Waffenstillstand in der Ukraine über Weihnachten

Lasst uns für das diesjährige Weihnachts- und Neujahrsfest 2022/23, vom 25. Dezember bis zum 7. Januar, zu einem Waffenstillstand in der Ukraine aufrufen – als Zeichen der Menschlichkeit, Versöhnung und des Friedens.

Der weihnachtliche Waffenstillstand von 1914 inmitten des Ersten Weltkriegs war ein Symbol der Hoffnung und des Mutes. Er wurde von den Völkern der kriegsführenden Länder eigenmächtig vereinbart und führte zu einer spontanen Versöhnung. Das ist der Beweis, dass selbst in den gewalttätigsten Konflikten nach den Worten von Papst Benedikt XV "die Kanonen zumindest in der Nacht, in der die Engel singen, schweigen können".

Wir wenden uns an die Regierungen der Kriegsparteien: Lasst die Waffen schweigen. Schenkt den Menschen einen Moment des Friedens und öffnet den Weg zu Verhandlungen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, einen weihnachtlichen Waffenstillstand mit aller Kraft zu unterstützen und sich für einen Neubeginn der Verhandlungen zwischen beiden Seiten einzusetzen.

Unsere Vision und unser Ziel ist eine neue Friedensarchitektur für Europa, die Sicherheit für alle europäischen Länder auf der Grundlage der Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ beinhaltet. Frieden, Versöhnung und ein gemeinsames Verständnis von

Menschlichkeit können über den Hass, die Gewalt und die Schuldgefühle triumphieren, die derzeit im Krieg herrschen. Lasst uns daran erinnern, dass wir alle Menschen sind und im Gegensatz dazu Krieg und gegenseitige Zerstörung sinnlos ist.

Ein Frieden zu Weihnachten ist die Gelegenheit, unser Mitgefühl und die Nächstenliebe für- und zueinander wieder zu erkennen.

Gemeinsam – davon sind wir überzeugt – kann der Kreislauf von Zerstörung, Leid und Tod durchbrochen werden. **Unterzeichnen Sie die Petition:** <https://www.christmasappeal.ipb.org/german-de/>

Eine Kampagne vom International Peace Bureau <https://www.ipb.org/>

Krieg in der Ukraine - Was jetzt?

Vijay Prasad: <https://asiatimes.com/2022/10/west-must-stop-blocking-ukraine-russia-negotiations/>

„Zeitenwende“ auf lateinamerikanisch?

Pressenza, November 2022 - Da gerade die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Geschichte besonders oft Opfer von gewalttätigen Interventionen der USA, von militärischen Eingriffen bis zur Installation von Militärregimen und der Unterstützung rechter Putschisten im Namen der US-amerikanischen Monroe-Doktrin waren,[3] lehnen sie Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Verletzung der Souveränität und Integrität anderer Staaten vehement ab und treten für die Einhaltung des Völkerrechts ein.

Und gerade deshalb hat kein lateinamerikanischer Staat in der UNO gegen die Verurteilung Russlands wegen seiner Intervention in die Ukraine gestimmt. Aber sie lehnen nicht nur die russische Intervention in der Ukraine ab, sondern alle Interventionen, auch die der USA in Lateinamerika und anderswo wie in Vietnam, in Afghanistan, im Irak, in Jugoslawien und in Syrien mit tausenden Toten.

Andreas Zumach: "Ukrainekrieg - was jetzt? Gibt es noch eine Friedenspolitik?", **Vortrag** am 1.12.2022

Russland und die Ukraine - Vortrag von Gabriele Krone-Schmalz

„Vorgeschichte zum Krieg - Russland und der Westen“ - Jörg Kronauer beim Verdi Arbeitskreis Frieden, Hamburg

Krieg und Profitmechanismen. Von Ethecon

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e. V.: **Friedenslogik statt Kriegslogik** – Handlungsoptionen hin zu einer sozial-ökologischen Transformation

Infosperber: Stimmen wie diejenige von **Antje Vollmer** kommen in grossen Medien selten zu Wort. Deshalb dokumentieren wir hier ihre Aussagen in einem Interview auf Telepolis: [...] Irgendwann müssten sich die Grünen entscheiden: «Wollen sie vorrangig die Bösewichte der Welt, also die Putins und Xi Jinpings, bestrafen, oder wollen sie die Welt retten?» Heute gelte «eine pazifistische Vision als charakterlos, wenn sie selbst für den Paria einen Ausweg sucht hin zu gemeinsamen Zielen». «Wir sollten wirklich alles darauf konzentrieren, Wege zum Frieden zu finden, damit wir endlich zu einer gemeinsamen Klimapolitik kommen.»

Kaufkraft zählt : Das Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine profitiert bis jetzt die Agrar- und Lebensmittelindustrie in den reichen Ländern des Westens. **Studie** der niederländischen Universität von Wageningen ruralsociologywageningen.nl auch in englischer Sprache : »Krise und Kapitalismus: Ein tiefer Einblick in die Black Sea Grain Initiative und die globale Ernährungspolitik«

Abgrenzungsdebatten in der Friedensbewegung
[Materialien](#) zum Webinar am 16. November 2022

[Vortragsfolien](#) Karl-Heinz Peil

Hannes Hofbauer: [Auszug](#) aus dem Buch: Zensur Beiträge aus der Ausgabe des FriedensJournals 2-22 u.a.: [Die NATO als Sieger im Informationskrieg](#)

Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke (2015): Wider denunziatorische Kommunikation – Volksfront statt Querfront, [Beitrag](#) in den Marxistischen Blättern

Karl-Heinz Peil (2017): Ist der antifaschistische Konsens in der Friedensbewegung gefährdet? Eine [Flugschrift](#) zu Querfrontdebatten, Diffamierungen und Medienkompetenz

Begehrlichkeiten gegenüber der Ukraine

Wolfgang Lieberknecht
Harte neoliberale Politik:

Zelensky verkauft die Ukraine buchstäblich an US-Konzerne der Wall Street

18. September 2022 - Der vom Westen unterstützte ukrainische Staatschef Wolodymyr Zelensky eröffnete am Morgen des 6. September virtuell die New Yorker Börse und läutete symbolisch per Videostream die Glocke. Zelensky verkündete, dass sein Land "offen für Geschäfte" sei, d. h., dass es ausländischen Unternehmen frei stehe, in das Land zu kommen und seine reichhaltigen Ressourcen und niedrig bezahlten Arbeitskräfte auszubeuten. In einer Rede, mit der er das neoliberale Ausverkaufsprogramm Advantage Ukraine einleitete, bot Zelensky der Wall Street "eine Chance für Sie, jetzt in Projekte im Wert von Hunderten von Milliarden Dollar zu investieren".

Der Finanznachrichtendienst Business Wire veröffentlichte eine Pressemitteilung der ukrainischen Regierung, in der sich Zelensky rühmte: Die auf AdvantageUkraine.com vorgestellten Investitionsmöglichkeiten im Wert von mehr als 400 Milliarden Dollar umfassen öffentlich-private Partnerschaften, Privatisierungen und private Unternehmungen. Ein von USAID unterstütztes Projektteam aus Investmentbankern und Forschern, die vom ukrainischen Wirtschaftsministerium ernannt wurden, wird mit Unternehmen zusammenarbeiten, die an Investitionen interessiert sind.

Der Bericht zitiert auch den Präsidenten der NYSE Group, Lynn Martin, mit den Worten: [...] Wir fühlen uns geehrt, dass der Präsident die NYSE gewählt hat, um den Start von Advantage Ukraine zu feiern und sich mit der internationalen Geschäftswelt auszutauschen.

In der Pressemitteilung werden Führungskräfte der US-Unternehmensgiganten Google, Alphabet und Microsoft zitiert, die von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Ukraine schwärmen. [...]

Zelensky koordinierte seinen Werbegag an der New Yorker Börse mit einem Leitartikel im Wall Street Journal, in dem er US-Kapitalisten anflehte, in die Zukunft der Ukraine zu investieren. "Ich habe meine Regierung dazu verpflichtet, ein günstiges Umfeld für Investitionen zu schaffen, das die Ukraine zur größten Wachstumschance in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs machen würde", schrieb Zelensky. Er fuhr fort: [...] Unser Land hat bereits Regeln und Gesetze verabschiedet, die es Unternehmen ermöglichen, transparente Unternehmensstrukturen aufzubauen, ausländische Investitionen leichter anzuziehen und zusätzliche Mechanismen zum Schutz immaterieller Vermögenswerte zu nutzen. Günstige Bedingungen werden es uns ermöglichen, die Ukraine als leistungsstarkes IT-Zentrum zu etablieren und innovative Geschäftsideen schnell und effektiv umzusetzen.

Multipolarista berichtete bereits über ein Treffen westlicher Regierungen und Unternehmen in der Schweiz im Juli, bei dem sie eine harte neoliberale Wirtschaftspolitik planten, die sie der Ukraine aufzwingen wollten. Die westlichen Teilnehmer veröffentlichten Dokumente, in denen sie dazu aufriefen, Arbeitsgesetze zu kürzen, "Märkte zu öffnen", Zölle zu senken, Industrien zu deregulieren und "staatliche Unternehmen an private Investoren zu verkaufen". [...]

Quelle: [internationale FriedensFabrik](#)

März 2015: "Land-Grabbing" in der Ukraine?

Westliche Konzerne übernehmen Kontrolle über profitable Agrarbereiche

Nach dem Sturz des ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Janukowytsch ist eine pro-westliche Regierung in der Ukraine an die Macht befördert worden. [...]

Der Strategieexperte Frédéric Mousseau am Oakland Institute [...] verweist auf die Tatsache, dass zeitgleich zu der Ankündigung der USA, Kanadas und der Europäischen Union Mitte Dezember 2014, Russland mit weiteren Sanktionen zu überziehen, der Ukraine 350 Millionen Dollar an US-Militärhilfe ausgezahlt worden sind. Neun Monate zuvor schnürte der US-Kongress der Ukraine ein Hilfspaket von einer Milliarde Dollar.

Das Maßnahmenpaket beinhaltete auch die Reform der öffentlichen Wasser- und Stromversorgung.

Der ukrainische Agrarsektor gehört zu den vorrangigen Zielen ausländischer Privatinvestitionen und wird vom IWF und von der Weltbank deshalb als prioritär reformbedürftig eingestuft. Diese Agrarreformpläne erleichterten ausländischen Investoren den Zugang zu Agrarland. Auch die Nahrungsmittel- und Pflanzenbestimmungen sowie die Kontrollen und die Verringerung von Steuern und Zöllen wird dadurch einfach, schreibt Mousseau.

Biotechnologieunternehmen wie Monsanto, Cargill und Dupont sind in der Ukraine präsent und haben ihre Investitionen in den letzten Jahren erheblich erhöht.

Westliche Konzerne haben nicht nur die Kontrolle über bestimmte profitable Agrarbereiche übernommen, sondern mit einer vertikalen Integration des Agrarsektors begonnen.

Auch sind sie recht erfolgreich in den Bemühungen, sich den Zugriff auf den Infrastruktur- und Transportbereich zu sichern, so der Strategieexperte.

Alle Aspekte der ukrainischen Agrarlieferkette werden zunehmend von westlichen Firmen kontrolliert.

Ausländische Konzerne erhalten EU-Subventionen

Die Bundesregierung berichtet im Rahmen einer Kleinen Anfrage der Links-Partei, dass die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) 2014 Kredite an insgesamt 131 ukrainische und 55 internationale Agrohol-

dings vergeben hätte. Die Links-Partei fragte auch, ob die Agrarkonzerne DuPont und Monsanto KfW-Kredite für ihre Operationen in der Ukraine bekommen hätten. Darauf wollte die Bundesregierung nicht konkret antworten.

In dem Schriftstück steht ausserdem:

"In Osteuropa findet in den letzten Jahren eine massive Umverteilung von Land, "Landgrapping" statt. Dies gilt nicht zuletzt für die Ukraine. Im Schatten der Ukraine-Krise ist hier ein besorgniserregender Transfer von Land an ukrainische Oligarchen, aber auch an westliche, börsennotierte Agrarunternehmen sowie nichtwestliche Staaten zu beobachten.

Die Ukraine galt in der Vergangenheit als die Kornkammer der Sowjetunion und ist wegen ihres beträchtlichen Vorkommens von Schwarzerde als besonders fruchtbar und produktiv bekannt. Mit 32 Millionen Hektar Anbaufläche verfügt die Ukraine über doppelt so viel landwirtschaftlich nutzbare Fläche wie Deutschland. Ukrainische und ausländische Agroholdings kontrollieren bereits etwa die Hälfte des ukrainischen Agrarlandes, das sind ca. 17 Millionen Hektar.

Die Verpächter erzielen aufgrund der noch niedrigen Pachtpreise nur geringe Einkommen und werden teilweise sogar nur in Naturalien bezahlt. Zwar wurde ein bis zum Jahr 2012 geltendes Verkaufsmoratorium für Land in der Ukraine bis Januar 2016 verlängert, aber durch das Konstrukt des Leasings für Zeiträume bis 50 Jahre ist das ukrainische Land bei den Investoren äußerst attraktiv.

Heute ist die Ukraine der fünftgrößte Weizenexporteur der Welt, die Landwirtschaft trägt zu 10 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes bei. Nach Einschätzung der US-Agrarbehörde für das Jahr 2013, in dem die Ukraine mehr als 30 Millionen Tonnen Getreide exportierte, könnte das osteuropäische Land zum zweitgrößten Getreideexporteur der Welt nach den USA aufrücken."

[...]

Hunter Biden, ein Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden, ist für die Rechtsabteilung der privaten Firma Burisma zuständig - nach eigenen Angaben der größte unabhängige Gasversorger der Ukraine. Der 44-Jährige ist nach Angaben des Unternehmens seit April 2014 als einer der Direktoren tätig. Auch ein früherer Mitbewohner des Stiefsohns von US-Außenminister John Kerry arbeitet dort als Direktor. Sowohl Kerry als auch Joe Biden sind als US-Regierungsmitglieder tief in die politischen Vorgänge in dem Land einbezogen.

Die Sprecherin für internationale Beziehungen der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, übte heftige Kritik auf die Berufung des Sohns von US-Vize-Präsident Joe Biden in das Direktorium des größten privaten Gasproduzenten der Ukraine. "Offenbar geht es bei dem Konflikt in der Ukraine von Seiten der USA in erster Linie um eine handfeste Auseinandersetzung um Ressourcen und Kapital", sagte die Linke Partei-Abgeordnete weiter. "In jedem Fall ist Joe Biden für weitere Vermittlungsbemühungen diskreditiert". [...]

oaklandinstitute.org

Werner Rügemer: Blackrock in der Ukraine

aus: [Nachdenkseiten](#), 18.11.2022

[...] Die ukrainische Regierung gab im September 2022 bekannt: BlackRock richtet für die Ukraine einen Fonds zum Wiederaufbau ein. Ziel des Fonds ist es, „öffentlichen und privaten Anlegern die Möglichkeit zu geben, sich am Wiederaufbau und an der Verjüngung der Marktwirtschaft in der Ukraine zu beteiligen, indem den Anlegern faire und gerechte Renditen geboten werden“. Zelenskij bekräftigte persönlich: „Wir haben gezeigt, dass wir wissen, wie man auf dem Schlachtfeld gewinnt. Eine weitere wichtige Aufgabe für uns ist es, auch in der Wirtschaft Siege zu erringen und ein attraktives Land für Investoren zu sein.“ (1)

BlackRock kennt sich schon lange auch in der Ukraine aus: Als führender Aktionär des größten Zigarettenherstellers in der Ukraine, des US-Konzerns Philip Morris, und als führender Aktionär bei John Deere, Monsanto/Bayer, Cargill, Glencore, die das Agro-Business mit der fruchtbaren Schwarzerde managen.

Zukünftig, so ein Beschluss unter der Zelenskij-Regierung, können auch ausländische Investoren den begehrten Agrarboden kaufen – bisher darf der Boden nur gepachtet werden, und nur durch einheimische Oligarchen. So sieht die „Verjüngung der Marktwirtschaft“ aus: US-Investoren statt einheimischer Oligarchen. Und die Ukraine bietet im Vergleich zu allen EU-Staaten die konkurrenzlos niedrigsten Löhne – der gesetzliche Mindestlohn beträgt 1,21 Euro pro Stunde. (2)

Die *New York Times* hatte über die vorbereitende Video-Konferenz des Ukraine-Deals zwischen BlackRock-Chef Laurence Fink und dem ukrainischen Präsidenten lobend berichtet: Die Beratung durch die Investmentgesellschaft basiert auf der langjährigen Zusammenarbeit „mit Finanzinstituten, Aufsichtsbehörden und Regierungen.“ (3) [...]

(1) president.gov.ua/en/news/volodimir-zelenskij-i-golova-blackrock-obgovorili-zaluchenny-77861

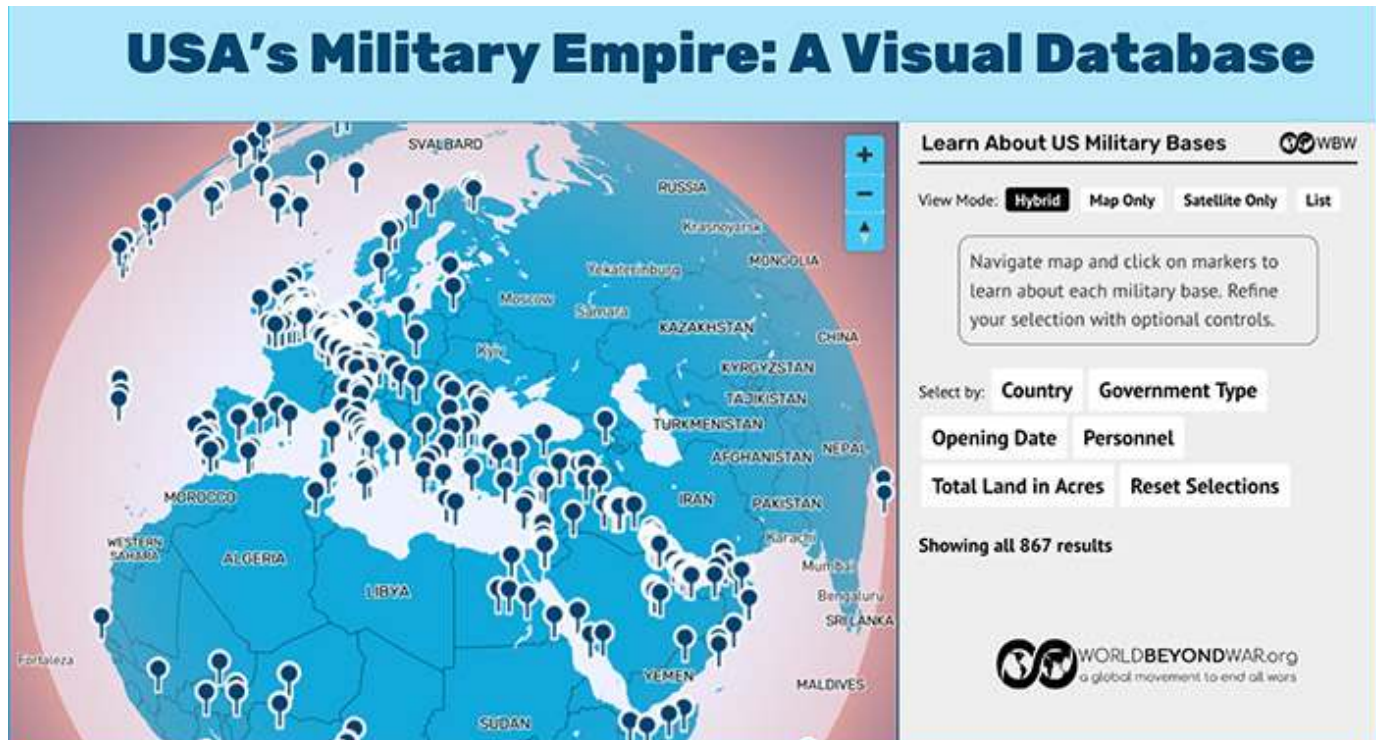
(2) Werner Rügemer: „Unsere europäischen Werte“: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine, nachdenkseiten.de 22.07.2022
SiG-Red.: Wir zitieren daraus: „Frauen-Armut II: Der weibliche Körper als Nutzungsmaterial - Die Ukraine ist der globale hot spot für industrielle Leihmutterchaft, mit weitergehender „Liberalisierung“ als sonst. Die weit verbreitete Frauen-Armut bietet ein unerschöpfliches Reservoir. Vittoria Vita, La Vita Nova, Delivering Dreams oder etwas prosaischer BioTex – unter solchen Namen preisen in Kiew und Charkiw Agenturen für Leihmutterchaft ihre Dienste bzw. ihre Frauen an. In Katalogen werden, für zahlungskräftige Ausländer, hübsche gesunde Ukrainerinnen angeboten. Zwischen 39.900 und 64.900 Euro liegen die Preise für ein gesund abgeliefertes Baby. Aus den USA, Kanada, Westeuropa, China kommen die Wunschkind-Touristen.“

(3) nytimes.com/2022/09/19/business-zelensky-blackrock-reconstruction-fund.html

Begehrte sind auch die vielen Rohstoffvorkommen in der Ukraine: <https://reporterre.net/Un-enjeu-cache-de-la-guerre-en-Ukraine-les-matieres-premieres>

867 US-Militärbasen weltweit

Pressenza: World BEYOND War (Welt ohne Krieg) hat auf worldbeyondwar.org/no-bases ein neues Online-Tool eingestellt, das es Benutzern ermöglicht, sich einen Globus mit 867 markierten US-Militärstützpunkten in Ländern außerhalb der Vereinigten Staaten anzuschauen und aus Satellitenansicht für detailliertere Informationen in jede Basis hinein zu zoomen.



[...] Im Unterschied zu jeder anderen Nation unterhalten die Vereinigten Staaten von Amerika ein massives Netzwerk ausländischer militärischer Einrichtungen auf der ganzen Welt. Wie ist es entstanden und wie wird es fortgeführt? Einige dieser technischen Anlagen befinden sich auf nach einem Krieg weiterhin besetztem Gebiet. Die meisten werden durch eine Zusammenarbeit mit Regierungen aufrechterhalten, viele von ihnen brutal und repressiv, die von der Präsenz der Basen profitieren. Um Platz für diese vor Ort unwillkommenen militärischen Einrichtungen zu schaffen, wurden in vielen Fällen Menschen vertrieben, sie dadurch ihres Landes beraubt und den lokalen Wassersystemen und der Luft große Mengen an Verschmutzung zugefügt.

US-Stützpunkte im Ausland verstärken oft geopolitische Spannungen, unterstützen undemokratische Regime und dienen so auch als Rekrutierungsinstrument für militante Gruppen, die gegen die US-Präsenz und die jeweiligen Re-

gierungen, die diese Präsenz unterstützen, vorgehen. In anderen Fällen haben es ausländische Stützpunkte den Vereinigten Staaten erleichtert, katastrophale Kriege zu beginnen und durchzuführen, einschließlich derjenigen in Afghanistan, Irak, Jemen, Somalia und Libyen. Im gesamten politischen Spektrum und sogar innerhalb des US-Militärs wächst die Erkenntnis, dass viele Stützpunkte in Übersee schon vor Jahrzehnten hätten geschlossen werden sollen, aber bürokratische Trägheit und fehlgeleitete politische Interessen haben sie weiter offen gehalten.

Die jährlichen Kosten durch die ausländischen Militärbasen belaufen sich für die USA nach Schätzungen auf 100 bis 250 Milliarden Dollar.

[Sehen Sie sich ein Video](#) über das neue Tool der Militärbasen an. [Originalartikel](#) von World BEYOND War

Wie klimaschädlich ist Krieg?

Diese Frage stellte detektor.fm der IPPNW-Vorsitzenden Dr. med. Angelika Claußen in einem Podcast.

<https://detektor.fm/wissen/mission-energie-wende-krieg>

Umweltsünder Militär doch ohne Folgen - [pressenza](#)

Neue Daten zu den globalen CO2-Emissionen des Militärs: umwelt-militaer.org

Einige informative Webseiten:

<http://www.atomwaffenfrei.de>, <https://www.connection-ev.org/>, <https://dfg-vk.de>,
<https://www.friedenskooperative.de>, <https://friedensratschlag.de/>, <https://www.imi-online.de/>,
<https://nie-wieder-krieg.org/>, <https://www.no-to-nato.org/en/>, <https://www.stoppramstein.de/>, usw....

Glänzende Waffendeals

junge Welt, 6.12.2022 - Laut SIPRI wurde 2021 **weltweit von 100 Konzernen Kriegsgerät für 592 Milliarden US-Dollar verkauft**. Obwohl die Wachstumsrate mit 1,9 Prozent höher war als ein Jahr zuvor (1,1 Prozent), lag sie unter dem Durchschnitt der vier Jahre vor der Covid-19-Pandemie (3,7 Prozent). Lucie Béraud-Sudreau, Direktorin des SIPRI-Programms für Militärausgaben und Waffenproduktion, erläuterte, die Pandemie und Lieferkettenprobleme hätten den Absatz gebremst. Zusätzlich dämpft demnach der Wirtschaftskrieg gegen Russland die westliche Rüstungsproduktion, weil das Land als wichtiger Lieferant von Rohstoffen ausfällt. Das kann laut SIPRI »die laufenden Bemühungen in den Vereinigten Staaten und Europa behindern, ihre Streitkräfte zu stärken und ihre Lagerbestände aufzufüllen, nachdem sie Munition und andere Ausrüstung im Wert von Milliarden Dollar in die Ukraine geschickt haben«.

SIPRI zählt bei den 100 Unternehmen 40 aus den USA – darunter die fünf größten mit Lockheed Martin an der Spitze –, 27 aus der EU und sechs aus Russland. Die US-Konzerne kamen mit einem Umsatz von 299 Milliarden Dollar auf 51 Prozent aller Waffenverkäufe. Das bedeutete einen leichten Rückgang um 0,8 Prozent, den SIPRI auf die hohe Inflation in den USA zurückführte. Auf Platz zwei folgt China mit einem Anteil von 18 Prozent, dahinter liegen Großbritannien (6,8 Prozent) und Frankreich (4,9 Prozent). Russland kommt bei einem Zuwachs von 0,4 Prozent auf 3,0 Prozent, die Bundesrepublik auf 1,6 Prozent. In der EU nahmen die Rüstungsverkäufe 2021 um 4,3 Prozent zu und stiegen auf 123 Milliarden Dollar. Die deutschen Konzerne Rheinmetall, Thyssen-Krupp, Hensoldt und Diehl legten insgesamt um 5,6 Prozent auf 9,3 Milliarden Dollar Umsatz zu.

Walter Baier

Wir brauchen ein europäisches Sicherheitssystem, das die NATO nicht ist und niemals sein kann - Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren!

Im Oktober 2022 fand in Athen das 6. Europäische Forum statt. Walter Baier kommentiert im Namen von transform! europe, das Abschlussdokument – [Text](#) „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“

Eine Überlegung zum globalen Kontext: Im vergangenen Jahr waren weltweit 828 Millionen Menschen von Hunger betroffen. Jedes dritte Land der Welt ist von Wasserknappheit bedroht. Mehr als vier Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu irgendeiner Art von sozialem Schutz. Verdienen diese Menschen denn kein menschenwürdiges Leben? Ist es nicht das, worum es bei Sicherheit geht?

Wir verurteilen die Aggression der Russischen Föderation, weil sie das Völkerrechts verhöhnt, das nicht nur eine der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften ist, sondern auch die unabdingbare Voraussetzung für die Veränderung unserer unerträglichen Situation. An dieser Stelle kann es kein „Aber“ geben. Unsere Haltung in dieser Hinsicht ist klar und eindeutig.

Leider verkannte Frau von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union im September die akute Gefahr, in der wir uns befinden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen warnte in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats: „Die Aussicht auf einen nuklearen Konflikt, einst undenkbar, ist jetzt wieder im Bereich des Möglichen.“ In der Tat droht Russland mit dem Einsatz von Kernwaffen, während auf der anderen Seite die NATO den Atomkrieg gerade auf europäischem Boden probt – in Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Italien.

Das ruft uns etwas in Erinnerung, das wir im letzten Jahrhundert hätten lernen sollen: Das größte Risiko für die globale Sicherheit geht von den Atomwaffenarsenalen aus, die derzeit umfassend modernisiert werden.

Die Gefahr einer gegenseitigen Zerstörung besteht für die gesamte Weltbevölkerung. Aus diesem Grund haben die Nicht-Atomwaffenstaaten im Rahmen der Vereinten Nationen dem Atomwaffenverbotsvertrag zugestimmt, der die Entwicklung, die Produktion und den Einsatz von Kernwaffen sowie die Drohung damit verbietet und inzwischen geltendes Völkerrecht geworden ist.

Jetzt bietet sich eine einmalige Gelegenheit, die nukleare Gefahr zu beseitigen, und wir müssen von der EU und den Staatsregierungen fordern, dass sie den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren und so den Weg für einen atomwaffenfreien europäischen Kontinent ebnen.

Wir brauchen ein europäisches Sicherheitssystem, das die NATO nicht ist und niemals sein kann. Nicht aus doktrinären Gründen, wie manche behaupten, sondern weil Sicherheit immer auch die Sicherheit der anderen ist, also Sicherheit nur durch ein System gewährleistet werden kann, das alle relevanten Akteur:innen einschließt und ihre Interessen berücksichtigt. So gesehen ist die NATO weder Teil der Lösung noch Teil des Problems: Sie ist das Problem. Sie ist ein zentrales Hindernis auf dem Weg zu einem solchen europäischen Sicherheitssystem.

Es war Papst Franziskus – der erste Papst aus dem Globalen Süden –, der erklärte, der Krieg sei eine Kapitulation der Politik. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu reagieren, indem wir die Politik des Friedens neu beleben. Das bedeutet, für einzelne konkrete Schritte zur Entspannung zu kämpfen, wie es in der pragmatischen Ostpolitik der 1970er-Jahre der Fall war.

KURDEN kämpfen um ihre Selbstbestimmung

Dastan Jasim und Pedram Zarei (Medico) Kurdistan - Angriff zweier Großmächte

Was treibt die Türkei und den Iran, zwei hegemoniale Mächte im Nahen Osten, bei der Unterdrückung der Kurden zu kooperieren?

Die Geschichte der Kurd*innen in allen Teilen Kurdistans ist von Genoziden, Repression und Zwangsassimilation geprägt. Die Nationalstaaten, in denen die Kurden zwangseingebunden sind, waren trotz unterschiedlicher geopolitischer Interessen oftmals Verbündete, wenn es um die kurdische Frage ging. Das zeigt sich am deutlichsten an der Anzahl der geschriebenen Verträge, gegenseitigen Abschiebungen politischer Geflüchteter und gleichzeitiger militärischer Offensiven.

Gerade auf den Iran und die Türkei trifft das zu. Schon ihr erster Freundschaftsvertrag von 1926 beinhaltete die Verpflichtung, sich gegenseitig bei dem jeweiligen „Kurdenproblem“ zu helfen. Obgleich es also vielleicht auf den ersten Blick scheint, als stünden die Türkei und der Iran aufgrund ihrer Position in unterschiedlichen Machtblöcken [auf verschiedenen Seiten der regionalen Konflikte](#), teilen sie doch zahlreiche gemeinsame Interessen und bemühen sich um bilaterale Kooperationen. Die Moderne zeichnet sich zudem dadurch aus, dass die beiden Staaten vom politischen Islam beherrscht werden: Im Fall des Irans handelt es sich um ein theokratisches Regime, dessen Entstehung auf das Jahr 1979 zurückgeht, und in der Türkei um die AKP, die in den frühen 2000er Jahren an die Macht kam. Erst im Juli 2022 trafen sich beide Länder im Zuge des Astana-Prozesses (*zur Beilegung des Syrien-Konflikts, SiG-Red.*) mit dem ebenfalls autokratisch regierten Russland in der iranischen Hauptstadt Teheran. Dort haben der türkische Präsident Erdogan, der iranische Religionsführer Chamenei und der iranische Präsident Ebrahim Raisi über das militärische Vorgehen gegen die kurdischen oppositionellen Kräfte konferiert. Vor Beginn der seit 19. November parallel ablaufenden Angriffe hat der iranische Innenminister in einem Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen kundgegeben, [dass der Iran im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde mit der Türkei zusammenarbeiten würde](#).

Absurdität der westlichen Politik

Während der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine von allen deutschen Massenmedien von Anbeginn an richtigerweise kritisiert wird, findet der seit Jahren anhaltende völkerrechtswidrige Angriffskrieg des NATO-Staates am Bosphorus gegen die Kurd*innen in Rojava und der autonomen Region Kurdistans Irak (KRI) keine mediale Aufmerksamkeit. Angesichts der neuen Eskalation seitens der Türkei begnügte sich die deutsche Innenministerin Nancy Faeser bei einem Treffen mit ihrem Amtskollegen Süleyman Soyulu mit der Bitte, dass die Angriffe „verhältnismäßig“ bleiben

sollten und deklarierte, dass Deutschland im Kampf gegen den Terrorismus an der Seite der Türkei stehe.

In Folge der jüngsten türkischen Angriffe auf die Autonome Administration Nordost Syrien (AANES), die in der Nacht vom 19. auf den 20. November begonnen haben, [sind bereits elf Zivilist*innen zu Tode gekommen und Dutzende wurden verletzt](#). Die Angriffe zielen auf die Vernichtung der vitalen Infrastruktur wie Getreidesilos, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Ölfelder, Gas- und Wasserversorgung. Laut lokaler Medien sind sechs der zehn Getreidesilos in Dahr al-Arab, in der Nähe von Darbasiyah, beschädigt oder zerstört worden. Die Reparatur der Silos, in denen 1.000 Tonnen Mais gelagert waren, soll 150.000 Dollar kosten. Auch die Stadtzentren von Kobane und Qamislo sind von Angriffen mit Kampffjets und Drohnen betroffen. Während die Türkei den Terroranschlag in Istanbul am 13. November zur Rechtfertigung der Angriffswelle instrumentalisiert, betont Mazlum Abdi, der Generalkommandant der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), dass niemand in Nord- und Ostsyrien in den Anschlag verwickelt sei und die SDF für [eine vollständige Kooperation mit jeder Art von Untersuchungskommissionen](#) bereitstünden. Für eine solche Untersuchung hat die HDP im türkischen Parlament erst kürzlich einen Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde – [vor allem durch die regierende AKP-MHP Fraktion](#).

Keine Freunde außer den Straßen

In Ostkurdistan (iranisch besetztes Kurdistan) geht das Regime mit aller Härte gegen die Zivilist*innen vor. Nachdem die Stärke und das Ausmaß der landesweiten Proteste etwas abgenommen haben, konnte das Regime seine repressiven Kräfte in den nordwestlichen Gebieten des Landes konzentrieren. Dabei setzten mehrere Momente des Kontrollverlustes über einige Stadtteile in [Şino](#), Ciwanro, Mehabad und Bokan dem Mythos der Unbesiegbarkeit des Regimes ein Ende und boten einen nie da gewesenen politischen Raum, der allen marginalisierten Menschen und Völkern des Mehrvölkerstaats Iran vorenthalten wurde. In der Stadt Mahabad, wo im Jahre 1946 die Republik Kurdistan gegründet wurde, feierten die Menschen die vorübergehende Abwesenheit des iranischen Regimes und erinnerten an die kurze Zeit der Freiheit nach der Revolution von 1979.

Die massiven Proteste in den kurdischen Städten waren dem Regime über diese zwei Monate hinweg ein Dorn im Auge. Das Regime hat während dieser Zeit mehrmals die Stützpunkte der ostkurdischen [Parteien im irakischen Kurdistan mit Raketenwerfern und Kamikazedrohnen angegriffen](#). Die Islamische Republik, die versucht, die Massenproteste

als ausländisches Komplott darzustellen, wirft den kurdischen Oppositionsgruppen vor, diese angestachelt zu haben. Nun versucht das Regime die von Kurdistan ausgehenden Proteste an ihrem Ausgangsort niederzuschlagen. Es wird ein Krieg gegen die Menschen erklärt, obwohl die andere Seite nicht bewaffnet ist. Bilder, die trotz der Internetsperre aus den kurdischen Gebieten kommen, zeigen [den Einsatz von Kriegshubschraubern und Maschinengewehren](#). Laut neuester Meldungen hat die iranische Revolutionsgarde (IRGC) sich an der iranisch-irakischen Grenze gesammelt und bereitet sich auf einen großangelegten Einmarsch in die benachbarte Kurdistan Region Irak vor, um dort die iranisch-kurdischen Parteien zu vertreiben. Das geschieht, nachdem die an irakische und kurdische Beamte in Bagdad gerichtete Drohung des iranischen Kommandeurs der Quds-Truppen, Esmail Ghaani, bei einem unangekündigten zweitägigen Besuch am Montag letzter Woche [nicht zu gewünschten Ergebnissen führte](#).

Die Reaktion der Öffentlichkeit in den beiden Ländern

Die türkische Bevölkerung reagiert auf die Angriffe in Nordostsyrien mit mehrheitlicher Zustimmung oder verfällt wie bei anderen früheren Angriffen in Schweigen. Im Iran hingegen steht die nicht-kurdische Öffentlichkeit vor einer Weggabelung. Aufgrund der kulturellen Verwobenheit mit anderen Völkern im Iran und ihrer kulturellen Präsenz in der iranischen Gesellschaft erfreuen sich die Kurd*innen zum einen der Sympathie von Teilen der iranischen Bevölkerung. Zum anderen macht der vom iranischen Nationalismus beeinflusste Teil der Bevölkerung sich Sorgen, dass die als separatistisch gebrandmarkten Kurd*innen durch die wachsende Anerkennung politische Macht gewinnen – ein Narrativ, das sowohl durch die monarchistischen Kräfte mit ihren starken medialen Konglomeraten als auch durch den islamischen Propagandaapparat verbreitet wird. Der iranische Nationalstaat wurde wie sein türkischer Nachbar um eine Ablehnung der Selbstständigkeit anderer Völker und demzufolge deren Zwangsassimilation gebildet. Die iranische, auf Perser konzentrierte Propaganda wurde sowohl von der Islamischen Republik als auch von den Pahlavis (die Dynastie des ehemaligen Schahs des Irans) systematisch gefördert und hatte einen [tiefgreifenden Einfluss auch auf die Selbstdefinition der überwiegend im Zentrum des Irans lebenden Menschen](#). Während der türkische Staat die Existenz der Kurden jahrelang vehement verleugnet hat, unternahm der iranische Staat den Versuch, die kurdische Nation in die Identität des Großen Irans zu integrieren und ihr jedes Recht auf sprachliche und kulturelle Unterschiedlichkeit und Selbstbestimmung zu nehmen. Doch das Vorgehen des Irans und der Türkei gegen die Kurden ist nicht nur ein Resultat strategischer Erwägungen. Sie bekämpfen die Kurden als Avantgarden einer anderen, einer demokratischen, feministischen und egalitären Wertegemeinschaft.

Das gegenseitige solidarische Verhältnis von Rojava und Rojhelat

Das politische Bewusstsein der Kurd*innen in Rojhelat (kurdisch für Ostkurdistan) wurde immer wieder von denen in den anderen Teilen des abgespaltenen Kurdistan gelobt und wertgeschätzt. In den letzten Jahren wurden auf den Straßen der ostkurdischen Städte Parolen in Solidarität mit Rojava gerufen. Beim IS-Angriff auf Kobane im Jahr 2015 fanden in fast allen ostkurdischen Städten Spendenkampagnen statt und die Frauen in Rojhelat haben sich im Widerspiegel der emanzipatorischen Bewegung in Rojava an ihre eigene Geschichte des Widerstands erinnert und versucht ihre Kämpfe [nach diesem Vorbild zu reorganisieren](#). In Rojava, wo auch viele Kurd*innen aus Rojhelat in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten kämpfen, haben die Frauen sich nach dem Tod von Jina Amini mit Menschen im Iran und ihrem Kampf gegen das Patriarchat solidarisiert. Trotz aller staatlicher Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran im Krieg gegen Kurdistan ist deutlich: Auch zivile, demokratische und innerkurdische Kooperation ist möglich, Rojava und Rojhelat stehen nebeneinander, wie die Menschen heute auf den Straßen beider Kurdengebiete rufen.

*Dastan Jasim ist Politikwissenschaftlerin und Doctoral Fellow am German Institute for Global and Area Studies. Gerade ist sie in Sulaimaniya in der Kurdistan-Region Irak, wo sie Feldforschung zu ihrem Dissertationsprojekt über die politische Kultur von Kurd*innen durchführt. Pedram Zarei ist mehrsprachiger Übersetzer, Journalist und politischer Aktivist aus Rojhelat (Ostkurdistan). Er lebt seit vier Jahren als politischer Geflüchteter in Deutschland. Zu seinen Interessengebieten gehören die kurdische Frage, Kritische Psychologie und Kulturosoziologie.*

<https://www.medico.de/blog/angriff-zweier-grossmaechte-18877>



*Dossier von <https://womendefendrojava.net>
Women and children in the Turkish invasion from Afrin to the present day, Januar 2020*

„Frankfurter Appell“: Stopp der Angriffe auf Rojava

Sonntag, 27. Nov. 2022, 17:35 - Unter fadenscheiniger Begründung und mit Lügen bombardiert die türkische Regierung seit dem 19. November die Autonomieregion Nordostsyrien. Gegen die Gebiete um die Städte Dêrik, Qamişlo, Heseke, Deir ez-Zor, Minbic und Kobanê werden Kampfflugzeuge, Drohnen und Artillerie eingesetzt. Über 300 Artilleriegeschosse sind in der Umgebung der Stadt Afrin eingeschlagen, die die Türkei bereits seit 2018 widerrechtlich besetzt hält. Ohne die Duldung von Russland, den USA und Deutschland könnte die Türkei ihre Angriffe nicht durchführen. Gezielt wird die kritische Infrastruktur zerstört - Luftangriffe und Artilleriefeuer auf Schulen, Kliniken, Getreidesilos, Tankstellen und Ölfelder. Dies ist ein Krieg gegen die Menschlichkeit. „Die Menschen können die permanente Bedrohungssituation psychisch nicht mehr ertragen. Sie können nicht länger in ständiger Angst leben. Ein normales Leben ist seit langem nicht mehr möglich. Ein Aushalten ist nicht mehr möglich. Sie sagen, das soll der letzte Krieg sein“ berichtet Emine G., die sich zurzeit in Nordostsyrien aufhält. Über 40 Menschen sind seit Beginn der Angriffe in der Autonomieregion Nordostsyrien bereits ums Leben gekommen, darunter mindestens elf Zivilist:innen. Mehrere Menschen wurden verletzt. In Kobanê wurde das gerade neu errichtete Covid-Krankenhaus, das mühsam

auch mit Spenden aus Deutschland aufgebaut wurde, sowie ein ländliches Gesundheitszentrum vollständig zerstört.

Wir, die den Aufbau des Gesundheitssystems, Projekte der Frauenbewegung und der Zivilgesellschaft in Nordostsyrien politisch, finanziell und personell unterstützen, verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff der türkischen Regierung auf Nordostsyrien und die autonome Region Kurdistan-Irak. Wir verurteilen das Schweigen der NATO und der Bundesregierung. Bundesinnenministerin Nancy Faeser mahnte Verhältnismäßigkeit bei den Militärschlägen gegen die Kurden an, was nichts anderes bedeutet als ihre prinzipielle Zustimmung zu einem Angriffskrieg und Völkerrechtsbruch.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sofort bei der Türkei, der UN und NATO zu intervenieren, um den Angriffskrieg zu beenden und Zugang für humanitäre Hilfe in Nordostsyrien zu gewähren. So wie die Bundesregierung den Völkerrechtsbruch Russlands in der Ukraine verurteilt, muss sie den Angriffskrieg der Türkei gegen das kurdische Volk in Syrien und Nordirak verurteilen.

Erstunterzeichner:innen:

[https://frankfurt-kobane.org/27-november-2022-](https://frankfurt-kobane.org/27-november-2022-frankfurter-appell/)

[frankfurter-appell/](https://frankfurt-kobane.org/27-november-2022-frankfurter-appell/); Weitere Unterzeichnungswünsche bitte per Mail an frankfurt-kobane@gmx.de

Einzelne Erklärungen, Aktionen und Analysen

Erklärung der Attac-BAG Gloablisierung und Krieg

[...] Die deutsche Regierung muss ihr Schweigen endlich brechen und alle Angriffe auf Gebiete mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung unmissverständlich verurteilen - eben gerade auch die ihres NATO-Partners Türkei.

Die BAG GuK fordert ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung und fordert den Stopp von Rüstungsexporten auch in die Türkei.

Die BAG GuK weist darauf hin, dass der entsprechende Luftraum unter Kontrolle der USA und (!) Russlands steht. Beide hätten die Macht, die Bombardements sofort zu beenden.

Die BAG GuK steht solidarisch an der Seite der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten und ruft zur Teilnahme an Solidaritätsveranstaltungen auf.

[Kundgebung in Aschaffenburg](#) am 21.11.2022 (Bericht und Redebeiträge)

„Türkische Angriffe öffnen die Tür für den Islamischen Staat“ womendefendrojawa.net

Dossier Die Türkei versucht mit allen Mitteln, die Revolution in Rojava zu beenden. Sie befürchtet, dass ein Erfolg der kurdischen Autonomie in Syrien den Kampf um die kurdische Autonomie in der Türkei weiter anheizen wird. Dieses [Dossier](#) fasst die wichtigsten Hintergrundinformationen zu diesem Thema zusammen.

Aufruf von Women Defend Rojava:

Beteiligt euch alle an der Kampagne zur Verteidigung der Revolution in Kurdistan!

Grenzübergreifend: Der türkische und iranische Krieg in Kurdistan - [rosalux](#)

2023 wird es 100 Jahre her sein, dass der Vertrag von Lausanne die Spaltung des kurdischen Volkes in vier Teile besiegelt hat und bis heute sind diese gezogenen Grenzen ein blutiger Fakt im Herzen des kurdischen Siedlungsgebietes. Die Grenze zwischen Türkei und Syrien wird durch die mittlerweile [drittlängste Mauer der Welt](#) geprägt, die Grenze zwischen der Türkei und dem Irak ist ein brandgefährlicher Komplex aus türkischen Armeestellungen und wirtschaftlich lukrativen Zollabnahmestellen und die Linie, die die Türkei und den Irak vom Iran trennen, ist [Todesort tausender kurdischer Lastenträger](#), denen im wirtschaftlichen Elend außer dieser gefährlichen Tätigkeit nichts bleibt.

So scheinbar unüberwindbar diese Bodenlinien für das kurdische Volk sind, so durchlässig sind sie für die Türkei und den Iran dieser Tage, gerade, wenn es um kriegerische Operationen geht.

«**Rojava ist der Angelpunkt, um unseren Kampf fortzusetzen**», Gespräch mit einem arabischen Linken über die Rolle von Rojava für den demokratischen Kampf in Syrien - [rosalux](#)

Iran: Massenproteste und äußere Bedrohungen

„7.12.2022 - Unglaubliche Streikbeteiligung (trotz massiver Drohungen) geht am 3. Streiktag weiter; Regime-Gewalt, die sich zunehmend in die (immer volleren) Gefängnisse zurückzieht, gegen ungebrochenen Widerstand, nicht nur der StudentInnen.“ Diese Meldung ist Teil eines [Dossiers von Labournet](#) zu den aktuellen Kämpfen und zu deren Repression im Iran. Seit Jahren führt Labournet eine umfangreiche Webseite zu den Massenprotesten und den Lebensbedingungen im Iran: <https://www.labournet.de/category/internationales/iran/>. Dokumentiert werden die Kämpfe für [Meinungs-](#) und Religionsfreiheit, die sehr harte Repression ([Liste der getöteten Menschen](#), Hinrichtung von [#MohsenShekhar](#)), ebenfalls der Widerstand im Iran gegen die Arbeitsbedingungen und die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Die jahrelange Solidarität von Gewerkschaftsorganisationen (z.B. [Offener Brief](#) von französischen Gewerkschaften) wird auch dargestellt.

Solidaritätsaktionen sind fortzuführen – ohne dabei die jahrzehntelange Politik der USA gegenüber dem Iran auszublenden, die sich verlogen auf die Menschenrechte berufen und immer wieder Angriffspläne gegen den Iran entwickeln.

Dazu veröffentlichen wir Auszüge aus aktuellen Artikeln.

Zu der Geschichte des Konflikts um eine atomare Aufrüstung verweisen wir auf die [Seite von imi-online](#), auf ein [Dossier](#) in der [jungewelt](#) und auf [Artikel in SiG](#).

USA beenden Atomgespräche mit Iran

[Tagesschau](#), 15.11.2022 - Die Vereinigten Staaten wollen sich vorerst nicht mehr um eine Wiederbelebung des Atomabkommens mit dem Iran bemühen. Zwar werde die Tür für Verhandlungen offengelassen, aber die US-Regierung werde sich nun auf eine Politik der Sanktionen und des Drucks konzentrieren, sagte der amerikanische Sonderbeauftragte für Iran, Robert Malley. Er begründete den Kurswechsel mit dem [Vorgehen iranischer Sicherheitskräfte gegen regierungskritische Demonstranten](#) und mit dem [Verkauf von Kampfdrohnen an Russland](#). Zudem seien die Verhandlungen nicht vorangekommen [...]

Malley sagte nun: Wenn der Iran mit seinem Atomprogramm neue Grenzen überschreite, werde es darauf eine mit den europäischen Partnern koordinierte Antwort geben. Nach Angaben von Diplomaten wird er sich am Dienstag (16.11.) mit seinen französischen, britischen und deutschen Kollegen abstimmen.

Mit dem **Atomabkommen von 2015** zwischen der Islamischen Republik und einer internationalen Gruppe von sechs Staaten wurde die Urananreicherung im Iran begrenzt. Damit sollte die Entwicklung von Atomwaffen erschwert werden. Im Gegenzug wurden Sanktionen gegen den Iran aufgehoben. [2018 kündigte der damalige US-Präsident Donald Trump einseitig den Vertrag auf](#) und verhängte neue Sanktionen. Der Iran begann daraufhin damit, seine Zusagen nicht mehr einzuhalten. Der jetzige US-Präsident Joe Biden wollte das Atomabkommen ursprünglich wiederbeleben.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) warnte seither wiederholt davor, dass der Iran seine Bemühungen zur Anreicherung von Uran vorantreibe. Hoch angereichertes Uran ist ein Grundstoff für Atombomben. Der Iran bestreitet, derartige Absichten zu haben, lässt aber internationale Kontrollen seiner kerntechnischen Anlagen nicht zu.

Iran und sein Atomprogramm: Verhandeln oder nicht?

21.11.2022, [dw.com](#) - Die Atomgespräche zwischen dem Westen und Teheran sind angesichts der iranischen Drohnenlieferungen nach Russland und der brutalen Reaktion auf die Proteste auf Eis gelegt.

Sollten sich beide Seiten nicht einigen, wird es zu verstärkten Spannungen kommen, heißt es auch in einer Analyse der Zeitschrift "Foreign Policy" (FP). In dieser Situation könnten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union weitere Sanktionen verhängen, Israels verdeckte Sabotage der iranischen Atomanlagen unterstützen und das entstehende, gegen den Iran gerichtete Verteidigungsbündnis aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel ermutigen, heißt es in FP. "Der Westen könnte sogar ein direktes militärisches Eingreifen in Erwägung ziehen." Inzwischen arbeite man im Weißen Haus für den Fall eines endgültigen Scheiterns der Gespräche an einem "Plan B", so FP weiter. Diesem zufolge könnten die USA etwa [Israel](#) beschleunigt mit wichtigen Verteidigungssystemen wie etwa Tankflugzeugen für Luftangriffe mit großer Reichweite beliefern. Dadurch wäre es in die Lage versetzt, die nukleare Infrastruktur des Irans zu treffen. Auch eine militärische Intervention der USA selbst sei denkbar, zitiert das Magazin einen ungenannt bleibenden europäischen Diplomaten. Doch eine solche Intervention sei hochriskant [...].

Atomverhandlungen mit dem Iran: Die Summe aller schlechten Kompromisse [Oliver Eberhardt](#), [heise.de](#)

Israel und USA proben gemeinsam Luftangriffe gegen den Iran

[junge Welt](#) 30.11.2022- Die Luftwaffen Israels (IAF) und der USA haben am Dienstag (29.11.2022) eine gemeinsame Militärübung begonnen, die bis Donnerstag dauern soll. Schauplatz ist der Luftraum über Israel und dem östlichen Mittelmeer. Ein Schwerpunkt des Programms sind Langstreckenflüge mit Auftanken in der Luft. Es sollen »verschiedene Szenarien angesichts der regionalen Bedrohungen simuliert werden«, heißt es in der offiziellen Stellungnahme der israelischen Streitkräfte (IDF). Die Medien des Landes erlegten sich keine Zurückhaltung auf und meldeten explizit, dass »Angriffe auf den Iran und dessen regionale Terrorhilfskräfte« geprobt werden sollen, wie *The Times of Israel* am Dienstag berichtete. [...]

Palästina

Norman Paech

Bericht der Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zur „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967“

21. November 2022 - An Berichten über die Situation der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas fehlt es dem UN-Menschenrechtsrat nicht. Seit dem ersten Bericht des Südafrikaners **John Dugard** im Jahr 2007 haben er und sein Nachfolger seit 2014, der US-Amerikaner **Richard Falk**, als Sonderberichterstatter mehrere Untersuchungen der Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten vorgelegt. In einem waren sie sich alle einig, in der scharfen und ungeschminkten Verurteilung der Gewalt, der Unterdrückung und schweren Menschenrechtsverbrechen der Besatzung. Sie nannten es schon damals ein Apartheidsystem. Und eines war ihnen auch noch gemeinsam, eine Veränderung der Verhältnisse in Israel und Palästina konnten sie nicht bewirken. Beide Autoren, angesehene jüdische Völkerrechtsprofessoren, wurden vielmehr aus Jerusalem angegriffen, und nach kurzen Jahren verloren sie ihre Aufgabe. Als dann Richard Falk und seine Kollegin Virginia Tilley im Auftrag der Wirtschafts- und Sozialkommission der UNO (ECOWAS) 2017 einen weiteren Bericht erstellten, steigerte sich die Empörung über den Vorwurf der Apartheid und des Rassismus derart, dass UN-Generalsekretär Guterres den Bericht kurz nach seinem Erscheinen von der Website der UNO nehmen ließ.

Und nun liegt ein weiterer Bericht der neuen Sonderberichterstatterin **Francesca Albanese** vor, noch analytischer, schärfer und pointierter die schweren Verbrechen aufzeigend, die sich aus ihrem Befund des Siedlerkolonialismus und des Apartheidsystems notwendig ergeben. Auch ihr wurde der Zutritt zu den besetzten Gebieten verwehrt, sodass sie ihre Untersuchung auf die juristische Analyse der reichhaltig vorhandenen Dokumente, Reports und Literatur sowie Gespräche, Interviews und Online-Treffen stützte.

Schon zu Beginn macht sie deutlich, dass der in jüngerer Zeit in den Vordergrund gerückte Begriff der Apartheid zwar den systematischen Charakter der israelischen Verbrechen hervorheben kann, aber dennoch einige Begrenzungen hat. So beziehe er nicht die Erfahrungen der palästinensischen Flüchtlinge mit ein und berücksichtige nicht die dem System von Anfang an innewohnende Rechtswidrigkeit der Besatzung. Vor allem aber benenne er nicht die Grundursachen des Netzes rassendiskriminatorischer Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen, die das tägliche Leben in den besetzten Gebieten seit 1967 strangulieren mit der eindeutigen Absicht, sich das Land anzueignen, die Bevölkerung zu vertreiben und durch die eigenen Siedler zu ersetzen. „Das ist das Markenzeichen des Siedlerkolonialismus und ein Kriegsverbrechen nach dem Römischen Statut.“ (II A 10c, S. 15)

Francesca Albanese legt ihrer Untersuchung das Recht auf Selbstbestimmung zugrunde, welches in den Kämpfen der Dekolonisation in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Völkerrecht und gestützt auf zahllose Resolutionen der UN-Generalversammlung zu einem zwingenden Recht erstarkte. Siedler-Kolonialismus und Apartheid erklären sich ihr zufolge erst durch den Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Unterworfenen. Es wird ihnen systematisch verweigert, ob in seiner politischen Dimension, eine eigene Regierung und Rechtsprechung ohne fremde Einmischung bilden zu können, seiner ökonomischen und kulturellen Dimension, frei über ihre Reichtümer und Ressourcen verfügen zu können, oder in seiner außenpolitischen Dimension, die die volle Souveränität über das eigene Territorium und die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit auch international bedeutet.

Die israelischen Regierungen haben nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, das okkupierte Land nie mehr zu verlassen und auch dort die „demographische Suprematie“ zu erlangen. Die Berichterstatterin macht deutlich, dass alle Regierungen ihre Vision eines jüdischen Staates vom Jordantal bis zum Mittelmeer ohne Rücksicht auf die palästinensische Bevölkerung verfolgt haben: vom Allon-Plan 1967 mit seinen entmilitarisierten Bantustans im jüdischen Staat, über die Annexion Ost-Jerusalems 1980, die Fragmentierung der Westbank durch den Oslo-Vertrag 1993 in die A-, B- und C-Zonen, die Verwandlung des Gaza-Streifens in eine überbevölkerte, verarmte Enklave nach den Wahlen 2006, bis zu den täglichen Demütigungen, Anschlägen, Überfällen, Razzien und Verhaftungen ohne Schutz der Gerichte in der Gegenwart. Immer ist es das Ziel gewesen, das Leben für die Menschen so unerträglich zu machen, dass sie freiwillig ihr Land verlassen.

Die Berichterstatterin erwähnt zahlreiche der bekannten Maßnahmen wie die Monopolisierung der Wasserquellen und die Verdrängung der palästinensischen Landwirtschaft aus der Zone C, dem fruchtbarsten Anbaugelände im Jordantal. Die Vereinten Nationen kamen 2019 zu der Schätzung, dass ohne die Besatzung das Pro-Kopf-Einkommen in der Westbank 44 Prozent höher wäre als aktuell. Man kann hinzufügen, dass die Weltbank seinerzeit den jährlichen finanziellen Verlust der Palästinenser durch die Vertreibung aus dem Jordantal auf über 3 Mrd. US-Dollar schätzte. Sie erinnert an die Zerstörung des Marokkanischen Viertels in Ost-Jerusalem zu Beginn der Besatzung, um Platz für die Klammern zu schaffen, die Entfernung der palästinensischen Geschichte aus den Schulbüchern und die Umwandlung oder Schließung von Stätten, die die kulturelle, politische

und religiöse Identität der palästinensischen Gesellschaft bewahren.

Die Berichterstatteerin brauchte nur auf die wöchentlichen Veröffentlichungen des United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA – Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit) zu schauen, um all die Vorwürfe und Anklagen bestätigt zu finden, die sie aus ihren Gesprächen und Interviews erfahren hat. So sind derzeit fast 4.500 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen, 730 ohne Anklage und meistens auf Grund geheimer Anschuldigungen – die berüchtigte Administrativhaft. Zwischen 500 bis 700 Kinder unter zwölf Jahren werden jährlich willkürlich verhaftet. Hinzu kommen gezielte außergerichtliche Tötungen, Entzug der Wohnerelaubnis und Deportationen, Angriffe auf Häuser, Wohnungen und Gebäude. Die täglichen Meldungen aus den besetzten Gebieten könnten eine Vielzahl weiterer Beispiele rechtswidriger Gewalt und Aggression hinzufügen, die alle nur den Befund des Berichts unterstreichen, dass es sich um ein „vorsätzlich habgieriges, die Rassentrennung förderndes, repressives Regime“ („intentionally acquisitive, segregationist and repressive regime“, VI, S. 21) handelt, mit dem einzigen Ziel, dem palästinensischen Volk den Gebrauch seines Rechts auf Selbstbestimmung zu verhindern.

Der Bericht ist skeptisch gegenüber den Möglichkeiten einer Friedenslösung nach dem Modell der bisher gescheiterten Versuche. Sie hätten sich nicht auf die Menschenrechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht konzentriert und den „siedler-kolonialen“ Charakter der israelischen Besatzung übersehen. Da das Selbstbestimmungsrecht aber zwingend und für alle verpflichtend sei, müsse die israelische Regierung die „Unterjochung“ („subjugation“) des palästi-

nensischen Volkes beenden und sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen.

Das ist dann auch die erste Empfehlung bzw. Forderung des Berichts, dass Israel seine Besatzung beende, sich sofort und bedingungslos zurückziehe und Reparationen leiste. Alle Staaten werden aufgefordert, die Verletzungen des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung durch Israel zu verurteilen, das sofortige Ende der rechtswidrigen Besatzung, die Rückgabe des geraubten Landes und aller Ressourcen zu fordern und in der UN-Generalversammlung einen Plan zu entwickeln, „um die siedler-koloniale Besatzung und das Apartheid-Regime zu beenden“ (VI, S. 21). Sollte Israel den Forderungen nicht folgen, sollten die Staaten diplomatische, ökonomische und politische Maßnahmen entsprechend der Charta der Vereinten Nationen ergreifen. Es sollte eine umfassende und transparente Untersuchung aller Menschenrechtsverletzungen, des humanitären Völkerrechts bis hin zu möglichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression unternommen werden. Die Staaten sollten schließlich die Täter mit Hilfe des Internationalen Strafgerichtshofs und anderer universeller Justizorgane zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Der Bericht ist wie die vorangegangenen eine scharfe und schnörkellose Abrechnung mit einem kriminellen System auf der Basis unanfechtbarer Tatsachen. Unsere Medien und Politik haben darauf bisher nicht reagiert, nur Israel – mit heftigen Angriffen auf die Autorin. Hoffen wir, dass sich die Spitze der UNO diesmal nicht von dem Bericht und ihrer Berichterstatteerin distanziert.

<https://bip-jetzt.de/2022/10/29/bip-aktuell-234-bericht-der-un-sonderberichterstatteerin-francesca-albanese>



Karte über Bethlehem: UN-Organisation <https://ochaopt.org/content/bethlehem-access-restrictions-july-2018>

Norman Paech
Bericht der „Internationalen Untersuchungskommission der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalem und Israel“ vom 14. September 2022, UNGA A/77/328

30. November 2022 - Der Menschenrechtsrat gibt sich wirklich Mühe. Dies ist nun der dritte Bericht, der über die Lage des Völkerrechts und der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas in diesem Jahr vom Menschenrechtsrat vorgelegt wird. Nach den beiden Berichten der Sonderberichterstatte Michael Lynk (HRC A/HRC/49/87 v. 21. März 2022) und Francesca Albanese (UNGV A/77/356 v. 21. 9. 22) hat der Menschenrechtsrat nun den Bericht einer Internationalen Kommission am 27. Oktober vorgelegt (UNGA A/77/328 v. 14. September 2022).

Den Auftrag dazu hatte er am 27. Mai 2021 erteilt, „in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, und in Israel alle mutmaßlichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und Verstöße gegen das internationale Menschenrecht vor und nach dem 13. April 2021 zu untersuchen.“

Der Auftrag ging also weiter als bei den Sonderberichterstatte, die sich auf die Situation der Menschenrechte konzentrieren sollten. Als Mitglieder der Kommission wurden Navanethem Pillay (Südafrika), Miloon Kothari (Indien) und Christopher Sidoti (Australien) ernannt.

Um es vorweg zu nehmen: allen drei Berichten ist gemeinsam, dass ihren Autorinnen und Autoren die Einreise in die besetzten Gebiete verwehrt wurde, nur Gaza öffnete sich ihnen. Die israelische Regierung änderte ihre Politik nicht und zeigt auch nicht, dass sie aus den Berichten Konsequenzen ziehen wird. Und schließlich gab es keine Reaktion aus der hiesigen Politik und keiner der Berichte fand in den Medien Erwähnung oder gab Anlass zu einer Diskussion über die Besatzungspolitik.

Juristische Basis und Ausgangspunkt des Berichtes ist die Feststellung, dass **die Besatzung mit allen ihren Folgen wie die Siedlungen und zahllosen Beschränkungen der palästinensischen Gesellschaft rechtswidrig** ist. Bei der Präsentation des 28seitigen Berichtes erklärte die Vorsitzende der Untersuchungskommission Navi Pillay sehr deutlich, „*dass jeder Versuch einer einseitigen Annexion des Territoriums eines Staates durch einen anderen Staat eine Verletzung des Völkerrechts darstellt und null und nichtig ist. 143 Mitgliedstaaten, darunter auch Israel, haben letzte Woche für eine Resolution der Generalversammlung gestimmt, in der dies bekräftigt wurde. Wenn dieses Grundprinzip der Charta der Vereinten Nationen nicht universell angewandt wird, auch auf die Situation in den besetzten Gebieten, wird es bedeutungslos.*“ Sie bezog sich dabei auf die Resolution v. 12. Oktober 2022, mit der die Generalversammlung die russische Annexion der vier Oblasten in der Donbasregion verurteilt hatte. Im Krieg ist die Besetzung eines Landes nach dem humanitären Völkerrecht nur kurzfristig rechtmäßig. Die nun schon 55 Jahre dauernde Besatzung, die nach Worten und Taten aller israelischen Regierungen auf Dauer

angelegt ist, wird von dem Völkerrecht nicht mehr gedeckt. Das gleiche gilt für die Blockade Gazas zu Lande, zur See und in der Luft, die auf Grund der totalen Kontrolle durch Israel wie eine Besatzung wirkt und ebenfalls rechtswidrig ist.

Die Kommission hat vor allem die **Siedlungspolitik** untersucht, die von Anfang an das zentrale Ziel der Besatzung war. Doch unabhängig von der Rechtmäßigkeit einer Besatzung ist die Besiedlung des besetzten Gebietes mit der eigenen Bevölkerung unzulässig und rechtswidrig, **Art. 49 4. Genfer Konvention**. Insofern ist die innerisraelische Diskussion um die Legalität der sog. Outposts, irrelevant. [...] In Ost-Jerusalem wird der Lebensraum für die Palästinenserinnen und Palästinenser immer enger. Über 1/3 der Stadt sind bereits für jüdische Siedler enteignet, denen erlaubt wurde, die Einwohner zu vertreiben. Heute leben dort 229 000 Siedler in 14 Siedlungen, und die gewaltsamen Vertreibungen halten an. Die zunehmende Gewalt der Siedler wird ignoriert, oft durch die Armee gedeckt und bleibt ohne rechtliche Konsequenzen. Der gepriesene Rechtsstaat Israels macht vor den besetzten Gebieten halt.

Ein zentrales Thema der Untersuchung sind die **Enteignung und Ausbeutung von Land und Ressourcen**, die immer weiter vorangetrieben werden [...] – über 200.000 ha seit 1967. Im Januar 2020 wurden 7 neue Naturparks über 13.000 ha zusätzlich zu den 12 bereits bestehenden Parks geschaffen. [...] In Zone C können die Palästinenser nur auf ca. 1 % des Bodens noch bauen. In den Industriezonen werden mit finanziellen Mitteln auch ausländische Firmen angeworben, um dort zu produzieren. Laut Presseberichten wurden so 2015 in den 11 Steinbrüchen in Zone 12 Mio. Tonnen Steine und Schotter gewonnen, wovon 10 Mio. Tonnen nach Israel gingen – ein erheblicher finanzieller Gewinn. Diese Maßnahmen sind nicht nur nach den Haager und Genfer Regeln völkerrechtswidrig, sondern nach Art. 8 2b Römisches Statut als Kriegsverbrechen auch strafbar. Ein großer Teil des Berichts ist den Auswirkungen der Zwangsmaßnahmen, Gewalt, Vertreibungen und Demütigungen gewidmet, die von der Besatzungs- und Annexionspolitik ausgehen. [...]

Der Bericht zitiert den damaligen Premierminister Netanjahu, der am 10. September 2019 seine Absicht erklärte, das Jordantal zu annektieren. Im August 2020 bekräftigte er, dass die Frage der Souveränität über die Westbank immer noch auf dem Tisch liege. Sein Nachfolger Bennett verkündete am 17. Mai 2022 in einer Rede an die Siedler in Elkana großspurig: „*Mit der Hilfe Gottes werden wir hier noch sein, wenn wir den fünfzigsten und siebzigsten, ja hundertsten, zweihundertsten und zweitausendsten Geburtstag von Elkana feiern in einem vereinten und souveränen Jüdischen Staat im Land von Israel.*“ Dass diese Vision nicht ohne

Krieg und erneute Intifada bleiben wird, muss auch dem neuen Premier mit seinem Kabinett vom rechten Rand der Gesellschaft klar sein.

Die Kommission sieht in all den von ihr zusammengetragenen Fakten der Besetzung **Anzeichen schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht** der Haager und Genfer Konventionen sowie **Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit** nach dem Römischen Statut. **Sie fordert von Israel** deswegen vor allem, die Besetzung zu beenden und alle völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu schützen und zu garantieren.

Desgleichen **empfiehlt sie allen Staaten**, ihren Verpflichtungen aus dem internationalen humanitären Recht und den Menschenrechten nachzukommen und fordert sie auf, „*alle Personen zu untersuchen und zu verfolgen, die verdächtig sind, internationale Verbrechen in den besetzten Gebieten begangen oder dabei geholfen, Beihilfe geleistet oder unterstützt zu haben*“. Der Generalversammlung der UN empfiehlt sie, den Bericht an den Sicherheitsrat weiterzuleiten, um sofortige Maßnahmen zur Beendigung der illegalen Situation zu ergreifen und beim Internationalen Gerichtshof (IGH) umgehend ein Gutachten über die rechtlichen Konsequenzen der Weigerung anzufordern, die Besetzung zu beenden und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu respektieren. Ebenso empfiehlt sie dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) Täter und ihre Unterstützer wegen möglicher Verbrechen zu verfolgen.

Es fragt sich allerdings allmählich, ob Untersuchungen, Empfehlungen und Aufforderungen überhaupt noch die geeigneten Mittel sind, israelische Regierungen zur Umkehr

auf den Weg des Völkerrechts und des Friedens zu bewegen. Es müsste vor allem ein Umdenken bei jenen Staaten erfolgen, die immer noch mit ihrer Unterstützung diese kriminelle Besetzung ermöglichen.

Inzwischen hat die UN-Generalversammlung die Berichte des Menschenrechtsrats diskutiert und in einer detaillierten Resolution [1] weitere Forderungen an die israelische Regierung und die Mitgliedstaaten der UNO gestellt. Zum Schluss hat sie gem. Art 96 UNO-Charta den Internationalen Gerichtshof ersucht, ein Gutachten über die rechtlichen Konsequenzen der illegalen Besetzung und der langandauernden Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser zu erstellen. Diese Fragen sind in über 55 Jahren Besetzung bereits erschöpfend diskutiert und geklärt worden und sollten auch bei den Mitgliedstaaten keine Zweifel mehr übrig gelassen haben. Der Generalversammlung war es aber wohl doch wichtig, trotz des zwar eindeutigen aber erfolglosen Gutachtens des IGH [2] zum Bau der Mauer, noch einmal ein klares Zeichen gegen die Besatzungspolitik zu setzen. Interessant bleibt nur noch die Stimmabgabe, bei der 58 Staaten der Resolution zustimmten, 17 dagegen und 52 sich enthielten. Von den Gegenstimmen kamen sieben aus Europa, neben Deutschland noch Österreich, Estland, Italien, Litauen, Tschechien und Ungarn, aus dem Rest der Welt waren es die USA, Australien, Guatemala, Israel, Kanada, Liberia, Marshall Inseln, Mikronesien, Nauru und Palau. Das muss man nicht mehr kommentieren.

Norman Paech <http://www.norman-paech.de/>

[1] [UNGV Resolution A/C.4/77/L.12/Rev.1 v. 10. 11. 2020](#)

[2] IGH, Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territories, Urteil Nr. 131 v. 9. Juli 2004, [ag-friedensforschung.de/regionen/Nahost/mauer-igh-orig.pdf](http://friedensforschung.de/regionen/Nahost/mauer-igh-orig.pdf).

Auftakt zum NAKBA-Gedenkjahr

NAKBA (arabisch für Katastrophe) bezeichnet die Ereignisse im Rahmen des Krieges von 1948 (1947-1949) und deren Folgen. Der neu gegründete israelische Staat beherrschte 77 Prozent des historischen Palästinas, mehr als 10.000 Palästinenser:innen kamen während der Kampfhandlungen ums Leben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden zerstört bzw. entvölkert und mehr als 700.000 Palästinenser:innen, das heißt mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina, wurden zu Flüchtlingen. Ihr in Israel befindliches Eigentum wurde vom israelischen Staat konfisziert.

([ISRAEL ein Blick von innen heraus](#), S. 82, 2022 Rosa-Luxemburg-Stiftung Israel)

Die Auftaktveranstaltung zum 75. NAKBA-Gedenkjahr

fand am 26. November 2022 in Berlin statt.

Veranstalter war der Deutscher Koordinierungskreis Palästina Israel <https://www.kopi-online.de/wordpress/>
Der Robert Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte war bis auf den letzten Platz besetzt.

Zu den zahlreichen Gästen zählte neben dem neuen Botschafter der palästinensischen Mission auch Charlotte Wiedemann, die durch ihr bei der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenes Buch „[Den Schmerz der Anderen begreifen](#)“ große Aufmerksamkeit erreicht.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet: [publicsolidarity](#)
- Grusswort des palästinensischen Botschafters **Layth A. O. Arafa**;

- Vortrag von Professor i.R. **Norman Paech**:
[„Die Teilungsresolution – eine immer noch offene Rechnung der UNO“](#);

- Beitrag von **Jonas Abou Zaher**:
„Die NAKBA aus Sicht der Enkel-Generation“.

Atlas of Palestine, 1917-1966

Detaillierte Karten und Informationen über Palästina
<https://www.plands.org/en/maps-atlases/atlases/the-atlas-of-palestine/pdfs/atlas-part-1.pdf>

Karten der UN-Organisation OCHAOPT:
<https://ochaopt.org/maps>

#KeinHandel Mit Siedlungen

Die Europäische Union lehnt Annexionen ab und betrachtet illegale Siedlungen in besetzten Gebieten als ein Hindernis für internationalen Frieden und Stabilität. Doch obwohl illegale Siedlungen ein Kriegsverbrechen darstellen, lässt die EU den Handel mit ihnen zu. Dieser Handel ermöglicht es, von Annexionen zu profitieren und trägt weltweit zur Ausweitung von illegalen Siedlungen bei. **Wir fordern ein EU-Gesetz, das dem Handel mit illegalen Siedlungen ein für alle Mal ein Ende setzt.** Dieses Gesetz wird für alle besetzten Gebiete gelten, einschließlich des besetzten palästinensischen Gebiets und Israels illegalen Siedlungen dort. Das Gesetz wird auch weltweit ein starkes Signal aussenden, dass die EU territoriale Aggression nicht länger mit Handel und Profiten belohnen wird. <https://stopsettlements.org/german/>

Mehr als [100 zivilgesellschaftliche Organisationen](#) haben eine Kampagne zur Sammlung von einer Million Unterschriften von EU-Bürger*innen gestartet. Die [Europäische Bürgerinitiative](#) ist ein offizielles Instrument, um die Stimmen der EU-Bürger zu verstärken und ihre demokratische Beteiligung zu verbessern. Wenn die Initiative innerhalb eines Jahres nach ihrem Start eine Million Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern in allen EU-Mitgliedstaaten sammelt, ist die Europäische Kommission gesetzlich verpflichtet, den Vorschlag zu prüfen, mit den Unterzeichnern zu diskutieren und gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten. Die *Europäische Bürgerinitiative (EBI)* unterliegt EU-Regularien:

<https://www.cidse.org/de/2022/04/07/take-action-to-end-european-trade-with-illegal-settlements/>

Einblicke

Markus Bickel: Sieg der Siedler

(November 2022) Das sechste Kabinett von Benjamin Netanyahu droht so rechts zu werden wie keines zuvor in der Geschichte des Landes. Die Abhängigkeit des Likud-Vorsitzenden vom rechtsnationalistischen Religiösen Zionismus und seinen ultraorthodoxen Regierungspartnern bedroht die Unabhängigkeit der Gerichte in Israel.

Ausführliche Darstellung der neuen israelischen

Regierung: <https://rosalux.org.il/artikel/sieg-der-siedler/>

ARD – 06.12.2022

Schul-Abriss im Westjordanland:

Die Bulldozer kamen zur Schulzeit

Dutzenden Schulen im besetzten Westjordanland droht der Abriss. Laut israelischen Behörden wurden sie illegal gebaut. Die EU, die viele Schulen finanziert hat, hält das für einen Verstoß gegen internationales Recht.

Einige Webseiten zu Palästina / Israel

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory
<https://ochaopt.org>

Organization of veteran soldiers who have served in the Israeli military since the start of the Second Intifada and have taken it upon themselves to expose the Israeli public to the reality of everyday life in the Occupied Territories
<https://www.breakingthesilence.org.il/about/organization>

Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI) <https://www.kopi-online.de/wordpress/>
(dort Hinweis auf andere Webseiten)

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
<https://dpg-netz.de/>

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V. <https://bip-jetzt.de/>

Immer wieder: Ablehnung von Raumnutzung für Palästina-Veranstaltungen

Wie jüdische Stimmen, die Israels Politik kritisch hinterfragen, in Deutschland zensiert werden - [Interview](#)
acTVism Munich 25.11.2022

In diesem Video sprechen wir mit dem unabhängigen Journalisten, Autor und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Shir Hever über die Umstände, unter denen sein Vortrag über Kinderarbeit in Palästina von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Deutschland kurzfristig abgesagt wurde. Außerdem erkunden wir die Bedeutung der israelischen Wahlen und wie sie sich auf die Zukunft Palästinas auswirken könnten.

Dr. Shir Hever ist ein unabhängiger Wirtschaftsforscher und Journalist. Er schreibt Artikel und Forschungsarbeiten für verschiedene Medien und hält Vorträge in politischen und akademischen Kreisen. Er ist Autor von *The Privatisation of Israeli Security* (Pluto, 2017) und *The Political Economy of Israel's Occupation* (Pluto, 2010). Derzeit ist er der Koordinator des Militärembargos des BNC (Boykott-Nationalkomitee) der BDS-Bewegung.

Abschrift zu diesem Video auf Englisch: [https://www.activism.org/en/\(SiG-Red.\)](https://www.activism.org/en/(SiG-Red.)) Webseite von Shir Hever:
<https://www.shirhever.com/>)

Was Israels Landkarten zu verbergen haben

Zwei israelische Fotografen haben Aufnahmen von Orten gemacht, von denen der israelische Staat nicht will, dass die Öffentlichkeit sie kennt: von im Krieg von 1948 zerstörte palästinensische Dörfer, als illegal erklärte Beduinendörfer. Die Ausstellung «Anti-Mapping» im Tel Aviv Museum of Art setzt der offiziellen Kartierung diese Bilder entgegen.
<https://rosalux.org.il/artikel/was-israel-zu-verbergen-hat/>